

**Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus  
und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen  
in Berlin und Brandenburg**

**Magisterarbeit**

zur Erlangung des akademischen Grades  
Magister Artium (M.A.) im Fach Erziehungswissenschaft

Humboldt-Universität zu Berlin  
Philosophische Fakultät IV  
Erziehungswissenschaftliche Institute  
Abteilung Soziologie und Pädagogik

Eingereicht von Michael Hammerbacher  
Geb. am 15. Juni 1965 in Berlin (West)

Wissenschaftliche Betreuerin: Prof. Dr. Yvonne Schütze  
Tag der Abgabe: 7. Februar 2001

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	4
<b>2. Begriffsklärung</b>	7
2.1. Ausländerfeindlichkeit	8
2.2. Fremdenfeindlichkeit, Xenophobie und Ethnozentrismus	9
2.3. Rassismus	11
2.4. Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus	12
<b>3. Von 1970 bis 1989: Antifaschistische Pädagogik in den alten Bundesländern</b>	14
3.1. Gesellschaftliche Situation in den siebziger und achtziger Jahren	14
3.2. Empirische Untersuchungen in den achtziger Jahren	16
3.3. Theoretische Erklärungsversuche in den achtziger Jahren	17
3.4. Die antifaschistische Handlungsstrategie	18
3.5. Die Umsetzung der antifaschistischen Pädagogik	18
3.6. Die Kritik an der antifaschistischen Pädagogik	19
<b>4. Nach 1989: Die „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“</b>	20
4.1. Gesellschaftliche Situation von 1989 bis 1993	21
4.2. Empirische Studien von 1989 bis 1993 aus Berlin/Brandenburg	23
4.3. Theoretische Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen von 1987 bis 1993	26
4.3.1. Die Modernisierungs- und Individualisierungsthese	27
4.3.2. Die These der sozialen Deprivation	30
4.3.3. Die These der Dominanzkultur	32
4.4. Zielgruppe und theoretische Herleitung der Handlungsstrategie	35
4.4.1. Jörg Kraußlach	35
4.4.2. Benno Hafener	37
4.4.3. Franz Josef Krafeld	37
4.5. Die pädagogische Umsetzung: Das Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“	39
4.6. Die Übertragung auf die neuen Bundesländer 1992 bis 1997	43
4.7. Die Kritik an der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“	45

4.7.1. Die Kritik an der Theorie	45
4.7.2. Die Mängel in der praktischen Umsetzung	46
4.7.3. Die Folgen für das lokale soziokulturelle Klima	48
4.7.4. Abschied vom Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“?	50
<b>5. Seit 1997: Zivilgesellschaftliche Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit</b>	<b>52</b>
5.1. Gesellschaftliche Situation nach 1993	53
5.2. Empirische Studien von 1997 bis 2000 aus Berlin und Brandenburg	57
5.3. Theoretische Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit <i>auch</i> bei Jugendlichen	59
5.3.1. Notwendigkeit einer Einbeziehung der DDR-Geschichte	61
5.3.1.1. Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR	62
5.3.1.2. Stärke und Mobilisierungsfelder der Rechtsextremen in der DDR 1989	64
5.3.1.3. Rechtsextremismus in den neuen Ländern als soziale Bewegung	64
5.3.2. Historische Ursachen	66
5.3.3. Erklärungsansätze aus der Sicht der Autoritarismusforschung	68
5.4. Theoretische Herleitung des zivilgesellschaftlichen Handlungskonzepts	70
5.5. Das zivilgesellschaftliche Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit	73
5.6. Träger der Maßnahmen und die Umsetzung des Konzepts	77
5.7. Die Kritik am zivilgesellschaftlichen Handlungskonzept	81
5.7.1. Die Kritik an der Theorie	81
5.7.2. Die Kritik an der Eingrenzung auf die neuen Bundesländer	83
5.7.3. Die Kritik am Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“	84
5.7.4. Bewertung und Ausblick	85
<b>6. Abschließender Vergleich und Ergebnis</b>	<b>87</b>
<b>7. Literaturverzeichnis</b>	<b>94</b>

## 1. Einleitung

Die Motivation für diese Arbeit, insbesondere die Frage nach den Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Berlin und Brandenburg, resultiert aus meiner ehemaligen Tätigkeit als Dozent in der politischen Jugendbildung in Berlin und Brandenburg. In Gesamt- und Berufsschulen Ostberlins und Brandenburgs beobachtete ich häufig die Dominanz einer rechtsextremen Jugendkultur und von fremdenfeindlichen Einstellungen in den Klassen. Die von mir darauf angesprochenen Lehrkräfte ignorierten häufig diese Situation, begegneten ihr zumeist hilflos und einige wenige der Lehrkräfte teilten sogar die Einstellungen der rechten Jugendlichen.

Die Erstellung dieser Arbeit fällt in eine Zeit, in der die Diskussion über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit das letztjährige „Sommerloch“ in der bundesrepublikanischen Politik- und Medienlandschaft bestimmte. Den Startschuss für diese öffentliche Diskussion gab die Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ am 3. Juli 2000, als ihr Bundesvorstand konstatierte: „Zahlreiche Überfälle auf Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, Menschen jüdischen und islamischen Glaubens zeigen: Rechtsextremismus ist kein Randproblem der Gesellschaft. (...) Die sogenannten ‚national befreiten Zonen‘ haben insbesondere in Ostdeutschland zugenommen. Potenziellen Opfergruppen und auch demokratisch eingestellten Jugendlichen ist eine angstfreie Bewegung im öffentlichen Raum nicht möglich.“<sup>1</sup> Nach dieser Analyse folgte die Schlussfolgerung, „(...) daß zukünftig ‚Bündnis 90/Die Grünen‘ der Bekämpfung des Rechtsextremismus deshalb höchste Priorität einräumen und den Punkt auf die für den 12. Juli 2000 geplante Sitzung der Rot-Grünen Koalitionsrunde setzen.“<sup>2</sup> Dies allein hätte nicht ausgereicht, um das Thema zu dem Bestimmenden dieses Sommers in den Medien zu machen. Endgültig setzte es sich in der öffentliche Diskussion nach dem Düsseldorfer Bombenanschlag am 27. Juli 2000 durch, bei dem sechs der neun Opfer jüdische Migranten aus Russland, der Ukraine und Aserbaidschan waren. Ein rechtsextremistischer Hintergrund wurde vermutet und das Attentat ist bis heute nicht aufgeklärt.<sup>3</sup>

Was hat sich aber heute im Verhältnis zu 1990 in Deutschland eigentlich geändert? Annetta Kahane, Leiterin der Regionalen Anlaufstelle für Ausländerangelegenheiten, Jugendarbeit und Schule in Berlin (RAA) beschrieb 1998 die Situation im Land Brandenburg so: „Wir haben akzeptiert, in einem Land zu leben, in dem besonders Fremde sich

---

<sup>1</sup> Bündnis 90/ Die Grünen: Beschluss des Bundesvorstands, 3. Juli 2000

<sup>2</sup> ebd.

<sup>3</sup> Die Welt: Düsseldorf - War es ein antisemitischer Anschlag, 29.7.00

nach dem Dunkelwerden nicht mehr frei bewegen können und auf öffentlichen Plätzen und in Verkehrsmitteln ungeschützt sind, einem Land, in dem auf rechte Sprüche, Bedrohung und Gewalt oft mehr mit Verständnis als mit Empörung und dem Gesetz reagiert wird.“<sup>4</sup> Seit 1989 flackert die Diskussion über Rechtsextremismus in der Öffentlichkeit in unregelmäßigen Abständen auf: „Die gegenwärtige Debatte um Rechtsextremismus ist bereits die dritte ihrer Art in den vergangenen zehn Jahren“<sup>5</sup>. Spätestens nach den Pogromen gegen Asylbewerberheime in Hoyerswerda (1990), in Rostock-Lichtenhagen (1991) und nach den terroristischen Anschlägen auf die Häuser türkischer Einwandererfamilien in Mölln (1992) und Solingen (1993) hatte jede/r die Möglichkeit zu erfahren, wie die Realität in sogenannten „National befreiten Zonen“ in einigen Kommunen der neuen Länder der Bundesrepublik aussieht, aber auch wie feindlich die Stimmung gegenüber Migranten und Migrantinnen in ehemaligen Zentren des deutschen Arbeitermilieus u.a. in Regionen Bremens, des Ruhrgebiets und des Saarlands ist.

Die erste große Debatte fand entsprechend auch zwischen 1991 und 1993 statt, als Reaktion auf die hohe Zahl fremdenfeindlicher Gewalttaten, „...die zweifellos eine neue Qualität des Rechtsextremismus in Deutschland darstellte“.<sup>6</sup> Die zweite Welle der Rechtsextremismusdebatte setzte mit dem spektakulären Wahlerfolg der Deutschen Volksunion (DVU) im Frühjahr 1998 bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ein. Dort erhielt sie 12,8% der abgegebenen Stimmen, und auch weitere Wahlerfolge der extremen Rechten in Bremerhaven 1998 (Die Republikaner 5,2 %) und Brandenburg 1999 (DVU 5,9%) hielten die Diskussion in der Öffentlichkeit lebendig.

Christoph Butterwegge bescheinigt der deutschen Sozialwissenschaft nach 1945 eine nur konjunkturelle Beschäftigung mit dem Forschungsgegenstand „Rechtsextremismus“. Er sieht aber an den Diskussionen in den letzten Jahren aus wissenschaftlicher Sicht, daß „während der letzten Jahre eine interessantere Diskussion über Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt geführt wird, als es sie hierzulande je nach 1945 gab“.<sup>7</sup> Die Vielfalt von Untersuchungen und Erklärungsansätzen nach 1990 lassen das Forschungsgebiet heute sehr unübersichtlich erscheinen und daher ist es notwendig, eine für den Rahmen einer Magisterarbeit sinnvolle Eingrenzung und Zentrierung des Forschungsgegenstandes zu leisten.

---

<sup>4</sup> Kahane, Anetta: Gedanken zum Gedenken, in: Die Rechten in Berlin oder wie sich Ost und West ergänzen, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Berlin, 1998, S. 30

<sup>5</sup> Schubarth, Wilfried: Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 39 Jg. 2000, S.40

<sup>6</sup> ebd., S.40

<sup>7</sup> Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Darmstadt, 1996, S.10

Zur Systematisierung der Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen bediene ich mich in dieser Arbeit einer historischen und vergleichenden Methode. Zwei relevante Zeitabschnitte mit jeweils unterschiedlichen pädagogischen und theoretischen Ansätzen sind zu untersuchen:

1. Erstens die „antifaschistische Pädagogik“ vom Ende der siebziger Jahre bis zum Ende der achtziger Jahre. Herausragende Beispiele hierfür sind u.a. die Gedenkstättenpädagogik und antifaschistische Stadtrundfahrten.
2. Diese löste ein Jahrzehnt der Dominanz der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ ab, mit dem theoretischen Überbau der „Bielefelder Schule“ um Wilhelm Heitmeyer, die eine „Individualisierungs- und Modernisierungsthese“ als Grund für rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen bei Jugendlichen vertritt.

Den Schwerpunkt in der historischen Darstellung lege ich auf das Jahrzehnt der akzeptierenden Jugendarbeit. Zur Zeit befinden wir uns erneut in einem Paradigmenwechsel in der Sozialwissenschaft und der Pädagogik. Projekte, die die Entwicklung der „Zivilgesellschaft“ in den Kommunen fördern sollen und eine Theorie für eine Erziehung zur demokratischen Werten und kultureller Vielfalt lösen die „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ ab, und die „Individualisierungs- und Modernisierungsthese“ von Wilhelm Heitmeyer in der Sozialwissenschaft als bestimmendes Erklärungsmodell ist abgelöst worden.

Die Fragestellungen, unter denen die Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen untersucht werden, gliedern sich wie folgt:

1. Welche Erklärung für die jeweils gegenwärtige gesellschaftliche Situation dominierte in der Sozialwissenschaft und in der Öffentlichkeit, die natürlich auch das gesellschaftliche Umfeld und die Strategie der Rechtsextremisten berücksichtigen muß.
2. Welche Akteure handelten mit welcher Methode für welche Zielgruppe gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus?
3. Welche Kritik wurde an der Handlungsstrategie geübt und was führte zu ihrer Ablösung?

Am Ende meiner Arbeit setze ich mich dann damit auseinander, welche Schlussfolgerungen sich aus dieser historischen und vergleichenden Perspektive für eine heutige Handlungsstrategie ziehen lassen und folge meiner These, daß in den dargestellten gesellschaftlichen Situationsanalysen wichtige Faktoren ausgeblendet wurden, deren Be-

rücksichtigung aber für eine adäquate Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen in Berlin und Brandenburg notwendig sind.

Die Eingrenzung auf Berlin und Brandenburg bezieht sich im Wesentlichen auf die Darstellung empirischer Untersuchungen und der Darstellung von Beispielprojekten, wie z.B. das Handlungskonzept für ein „Tolerantes Brandenburg“.

Häufig verwende ich in den Kapiteln, die die gesellschaftliche Situation und die Empirie betreffen, Datenmaterial des Bundesinnenministeriums über erfaßte rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten, da andere Materialien darüber nicht vorliegen. Dies bringt folgende Schwierigkeit mit sich: „Problematisch dabei ist vor allem die offensichtliche Zunahme der Dunkelziffern. Insofern ist der offiziellen Statistik tendenziell misstrauisch zu begegnen, wenngleich sie relativ exakt erhoben sind.“<sup>8</sup> Nicht alle rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten, insbesondere Gewalttaten, werden von den Opfern angezeigt. Wagner und seine Mitarbeiter haben in einer Studie für Leipzig-Grünau errechnet, daß auf eine angezeigte Gewalttat zwölf nicht angezeigte Gewaltstraftaten kommen.<sup>9</sup> Einen weiteren Beleg für eine hohe Dunkelziffer liefert „Der Tagesspiegel“. Die Tageszeitung meldete am 17.1.2001 einen Anstieg der erfassten rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten: 1999 waren es 10037, im Jahr 2000 rund 14000. Auch die erfassten Gewalttaten stiegen um rund einhundert auf 840.<sup>10</sup> Dies wird so erklärt, „(...) daß die Sensibilität der Behörden und die Bereitschaft der Bürger gestiegen sei, solche Delikte den Strafverfolgungsbehörden zu melden“<sup>11</sup>.

## 2. Begriffsklärung

Im meinem Vorwort erwähnte ich die Vielzahl von Untersuchungen nach 1990 zu dem Themenkomplex „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ bei Jugendlichen. Dort werden aber unterschiedliche Begriffe für die Beschreibung der gesellschaftlichen Phänomene „Ausländerfeindlichkeit“, „Rassismus“, „Rechtsextremismus“ und einer seiner Dimensionen, der „Fremdenfeindlichkeit“ bei Jugendlichen herangezogen. Diese zentralen Begriffe, um die in den Jahrzehnten nach 1945 in der Bundesrepublik viele Debatten

---

<sup>8</sup> Wagner, Bernd: Entwicklung der rechten Jugendkultur und die Bedeutung der akzeptierenden Jugendarbeit, in: AK Zukunft der PDS im Bundestag (Hg.): Alles unsre Jungs! – Zwischen akzeptierender und antifaschistischer Jugendarbeit, Broschüre, 1999, S.44

<sup>9</sup> ebd., S.44

<sup>10</sup> Der Tagesspiegel: Anstieg rechtsextremistischer Gewalt, 17.1.2001, S.1

<sup>11</sup> AFP: Deutlicher Anstieg rechtsextremer Straftaten im vergangenen Jahr, 17.1.2001

kreisten und die im allgemeinen Sprachgebrauch häufig unscharf unterschieden werden, möchte ich an dieser Stelle zunächst voneinander abgrenzen.

## 2.1. Ausländerfeindlichkeit

Das Wort „Ausländerfeindlichkeit“ hat seinen Ursprung in den ersten Ressentiments in den sechziger Jahren gegen die seit 1955 von der damaligen (alt-) bundesrepublikanischen Regierung angeworbenen „Gastarbeiter“ aus Südeuropa. Diesen Terminus „Ausländerfeindlichkeit“ gibt es sonst nirgends auf der Welt und er brachte mit sich, daß die Frage nach der Kontinuität des rassistischen Denkens und Handelns in Bezug auf den nationalsozialistischen Antisemitismus nicht gestellt wurde. Die Juden in Deutschland waren ja Deutsche und keine Ausländer.<sup>12</sup>

Fachwissenschaftler und Antifaschisten meiden dieses Wort. Die aus meiner Sicht schärfste und treffendste Kritik an ihm ist die, daß nicht gegen alle Ausländer und „nur“ Ausländer Ressentiments bestehen. „Schweizer Bankiers, Skandinavier und weiße US-Amerikaner leiden nicht darunter“<sup>13</sup>, und umgekehrt nutzt es dem jungen Kurden oder Farbigen überhaupt nichts, wenn er von Geburt an „Deutscher“ ist. Die Unklarheit des Begriffes verdeutlichen auch zwei unterschiedliche Definitionen:

1. Ausländerfeindlichkeit kann einerseits jede Weigerung sein, den Ausländern diejenigen Rechte einzuräumen, die Inländern zustehen, solange sie nicht die bisher geltende Inländeridentität übernommen haben.<sup>14</sup>
2. Als Ausländerfeindlichkeit sind jene ablehnenden Einstellungen und Verhaltensweisen zu bezeichnen, die Menschen wegen anderer Herkunft, Sprache, Religion oder Kultur diskriminieren; sie geht von der Überlegenheit und Höherwertigkeit der Einheimischen und der gerechten Unterordnung der den „Ausländern“ zugeordneten Menschen aus.<sup>15</sup>

Der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ wurde in den letzten Jahren folgerichtig in der öffentlichen Diskussion durch den der „Fremdenfeindlichkeit“ abgelöst. Viele Aktionsbündnisse gegen rechte Gewalt wenden sich in ihrem Namen „gegen Fremdenfeindlichkeit“ und „für

---

<sup>12</sup> Butterwegge, Christoph (1996), a.a.O., S.15

<sup>13</sup> ebd., S.16

<sup>14</sup> Hoffmann, Lutz; Even, Herbert: Soziologie der Ausländerfeindlichkeit, Weinheim/Basel, 1984, S.179

<sup>15</sup> Schultze, Günther: Ausländerfeindlichkeit – woher sie kommt und was man dagegen tun kann, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr.7 Jg.1989, S.409



Toleranz“. Stellvertretend hierfür steht das „Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“.

## **2.2. Fremdenfeindlichkeit, Xenophobie und Ethnozentrismus**

Was verbirgt sich aber hinter dem Begriff der Fremdenfeindlichkeit? Sprachgeschichtlich hat er seine Parallele im altgriechischen Wort „Xenophobie“. „Xenos“ wird dort als Bezeichnung für den „Fremden“, aber auch den Gast verwendet. In der wissenschaftlichen Diskussion wird die altgriechische Variante des Begriffs „Xenophobie“ zuvorderst von Anthropologen, Ethnologen und Soziobiologen verwendet, um Menschen eine angeborene Abwehrhaltung gegenüber Zuwanderern zuzuschreiben. Neben der Gleichsetzung mit Erscheinungen im Tierreich dominieren hier evolutionsgeschichtliche Deutungen, daß es sich um ein Residuum aus jener Zeit handle, zu der es – schon mangels geeigneter Vorratshaltung – wenig Möglichkeiten gab, Gäste aufzunehmen und zu bewirten.

In diesem Zusammenhang ist auch der Begriff der „Ethnien“ und des „Ethnozentrismus“ wichtig. Unter „Ethnien“ bzw. „ethnischen Gruppen“ wird in der Regel ein größeres Kollektiv von Menschen verstanden, „(...) die wesentliche Elemente der Lebensführung (Sprache, Sozialpraktiken, Mentalität, Weltbilder) bewusst miteinander teilen und diese Tatsache auch auf eine gemeinsame Abstammung zurückführen“.<sup>16</sup>

Die Kritik an solchen Definitionen der Begriffe Xenophobie und Ethnozentrismus im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist die Ausblendung der ökonomischen und politischen Hintergründe von sozialen Konflikten seitens vieler Ethnologen und Soziobiologen. Eine sinnvolle und notwendige Erweiterung erfährt der Begriff des Ethnozentrismus mit der Einbeziehung dieser Kategorien: „Eine Ethnisierung des Politischen ist dann zu erwarten, wenn staatliche Güter entlang ethnischer Linien ungleich verteilt und deshalb politische Loyalitätsverbände auf der Basis ethnischen Gemeinsamkeitsglaubens organisiert werden.“<sup>17</sup> Wichtiger als die behauptete Natur des Menschen, seine genetische Ausstattung, seine Triebregungen und Instinkte, so meinen die Kritiker, ist sein soziales Umfeld. Dazu gehören die Produktionsverhältnisse, Arbeits- und Existenzbedingungen, (Aus-)Bildungsmöglichkeiten und die politische Kultur des Landes, in dem das Individuum mit „Fremden“ lebt. Zusammengefasst ist für mich eine folgende Begriffsverwendung akzeptabel:

---

<sup>16</sup> Butterwegge, Christoph (1996), a.a.O., S.18

<sup>17</sup> ebd., S.19

Ethnozentrismus in der sozialwissenschaftlichen Diskussion beschreibt eine Haltung, die andere ethnische Gruppen für minderwertig gegenüber der eigenen Gruppe erklärt, ihre Lebensformen und Handlungsweisen jedoch nicht als natürliche, genetisch festgelegte Folgen der Abstammung, sondern unter entsprechenden gesellschaftlichen Bedingungen für veränderbar hält.<sup>18</sup>

Der Begriff der „Fremdenfeindlichkeit“ wird zur Zeit in der öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte in Deutschland über die Diskriminierungen gegen Obdachlose, Ausländer, Andersfarbige, Linke, Fremde u.a. durch Rechtsextremisten am häufigsten verwendet. Das „Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ bedient sich beispielsweise nicht nur im Namen dieses Begriffes, sondern er hat auch in der gesellschaftlichen Situationsanalyse eine hohe Relevanz. Im Handlungskonzept der Brandenburgischen Landesregierung „Tolerantes Brandenburg“ heißt es: „Opfer von Gewalt und Ausgrenzung werden vor allem ‚Fremde‘, hauptsächlich Ausländer; der Fremde kann aber auch jemand aus einer anderen Region sein, und ‚Fremdes‘ kann alles sein, was ‚anders‘ ist.“<sup>19</sup> Die Attraktivität des Begriffes Fremdenfeindlichkeit erklärt sich dadurch, daß sich mit ihm die konkret von Diskriminierungen betroffenen Gruppen unter einem recht unkonkreten Sammelbegriff subsumieren lassen. Dies ist in der wissenschaftlichen Debatte zwar eine relevante Schwäche, aber um gesellschaftliche Verhältnisse zu benennen, gibt es zur Zeit zu diesem Begriff wenig Alternativen. Dies gilt ebenso für den wissenschaftlichen Diskurs, wo der Gebrauch des Wortes verteidigt wird: „Im Falle des Ethnozentrismus und Rechtsextremismus handelt es sich immer um Fremdenfeindlichkeit. (...) Fremdenfeindlichkeit ist Kern und Ausgangspunkt sowohl von Ethnozentrismus und Rechtsextremismus wie von Rassismus.“<sup>20</sup>

Eine sinnvolle Vertiefung des Begriffes der Fremdenfeindlichkeit differenziert diesen in folgende drei Varianten:

- 1) die „ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit“, die fremde Volksgruppen diskriminiert, ohne ihre Eigenschaften grundsätzlich abzuwerten;
- 2) die „sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit“, die Mitglieder fremder Volksgruppen im eigenen Land nicht prinzipiell diskriminiert, ihnen aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand vorenthalten will;

---

<sup>18</sup> Definition angelehnt an Butterwegge, ebd., S.25

<sup>19</sup> Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - Tolerantes Brandenburg, Potsdam, 12.6.1998, S.2

<sup>20</sup> Kemper, Markus; Klier, Harald; Funke, Hajo (Hg.): Ich will mich nicht daran gewöhnen – Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg, Berlin, 1998, S. 13

- 3) die „rassistisch motivierte Fremdenfeindlichkeit“, die die Eigenschaften fremder Volksgruppen als minderwertig erklärt.<sup>21</sup>

### 2.3. Rassismus

Der in Deutschland bis in die neunziger Jahre hinein in der Wissenschaft wenig gebräuchliche Terminus „Rassismus“ zur Beschreibung entsprechender gesellschaftlicher Phänomene hat in den letzten Jahren in der öffentlichen Diskussion an Reputation gewonnen. International wird der Begriff von einer Mehrzahl der Wissenschaftler nicht auf ein Vorurteil reduziert, also auf ein Verhalten von Individuen, sondern als ein gesellschaftliches Verhältnis begriffen, das im Zusammenwirken mit Geschlechter- und Klassenverhältnissen zu untersuchen ist.

Von Rassismus muss dann gesprochen werden, wenn Menschen nach physischen Merkmalen, wie der Hautfarbe, der Farbe der Haare oder der Augen u.ä. klassifiziert werden und diese Klassifikation mit negativen Attributen verbunden wird. „Rassismus folgt der falschen Behauptung, es gäbe eine natürliche Aufteilung der Menschen in Gruppen mit jeweils angeborenen Unterschieden. Diese Unterschiede würden dann notwendigerweise die jeweilige Organisation, in der diese Menschen leben, bestimmen.“<sup>22</sup>

Der Begriff „Rassismus“ blieb bis heute jedoch im Wesentlichen auf eine hohe Akzeptanz in der politischen Linken und dem dortigen wissenschaftlichen Diskurs beschränkt. Von seinen Kritikern wird bemängelt, daß „Rassismus“ mehr ein Schimpfwort als eine wissenschaftliche Kategorie geworden ist. Verantwortlich sei dafür die bundesrepublikanische Linke der siebziger und achtziger Jahre, die vorschnell und unreflektiert ökonomische, kulturelle, politische und rechtliche Diskriminierungen gegen Zuwanderer mit dem Begriff des Rassismus beschrieben hat. Damit sei dieser für die wissenschaftliche Auseinandersetzung unbrauchbar geworden.

Ein anderer wesentlicher Grund für seine Unattraktivität in der heutigen politischen Diskussion ist der, daß mit ihm auch staatliche Diskriminierungen, u.a. gegen Flüchtlinge und Zuwanderer, wie das repressive Asylrecht oder bürokratische Hürden im Einbürgerungsrecht kritisiert und unter dem Begriff „institutioneller Rassismus“ erfasst werden: „Von institutionellem Rassismus ist die Rede, wenn Institutionen, auch staatliche, mit den

---

<sup>21</sup> Stöss, Richard: Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, Manuskript des Vortrages vor dem „Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, Potsdam, 4.2.1999, S.2

<sup>22</sup> Kemper, Markus; Klier, Harald; Funke, Hajo (Hg.) (1998), a.a.O., S.14

beschriebenen Vorurteilen administrative Maßnahmen durchführen oder sie bekräftigen.“<sup>23</sup>

Noch stärker für die Ablehnung des Begriffes außerhalb der politischen Linken wiegt die Einbeziehung ökonomischer und sozialer Machtverhältnisse in die Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik. Die darin implizierte Kritik an den politischen Verhältnissen hat keine breite Basis in der Gesellschaft und ist somit auch kein Konsens für die Entstehung und die Arbeit breiter gesellschaftlicher Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Von jenen Wissenschaftlern, die sich mit einer anderen als einer linken politischen Grundausrichtung mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigen, wird der Begriff kaum verwendet und auch nicht von solchen Pädagogen, die konkret über Handlungsstrategien gegen rechtsextremistische Einstellungen bei Jugendlichen nachdenken.

#### **2.4. Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus**

Während der Hochzeit des Kalten Krieges verwendeten die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder zumeist den Begriff „Rechtsradikalismus“. Seit den siebziger Jahren wurde er durch den Begriff „Rechtsextremismus“ ersetzt, jedoch nicht als Synonym, sondern in Form einer Steigerung. Die Partei „Die Republikaner“ galt nun als rechtsradikale Partei, die jedoch im Gegensatz zu rechtsextremen Parteien in der Regel (u.a. in Berlin) nicht vom Verfassungsschutz beobachtet wird.<sup>24</sup> In der Verwendung und Einschätzung dieser Begriffe herrscht Einigkeit in der Sozialwissenschaft. Der Begriff „Rechtsradikalismus“ steht meistens dafür, daß es sich um eine Position handelt, die sich noch im Rahmen des Verfassungskonsenses befindet, meint Armin Pfahl-Taughber. Er wird bei ihm, wie bei Christoph Butterwegge, als ein „Verlegenheitsbegriff“ beschrieben und seine Verwendung für die Sozialwissenschaft, aber auch für den allgemeinen Gebrauch verworfen.<sup>25</sup> Beiden Autoren fehlt die Trennlinie mittels überprüfbarer Kriterien. Die Verwendung des Begriffes „Rechtsextremismus“ wird einmütig empfohlen.<sup>26</sup>

---

<sup>23</sup> ebd., S.13

<sup>24</sup> Butterwegge, Christoph (1996), a.a.O., S.27

<sup>25</sup> Pfahl-Taughber, Armin: Rechtsextremismus: Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn, 1993, S.27

<sup>26</sup> Diese Einigkeit beider Rechtsextremismusforscher ist auch aufgrund der Tatsache interessant, da Armin Pfahl-Taughber heute beim Bundesamt für Verfassungsschutz tätig ist, während Christoph Butterwegge eine Professur an der Universität in Potsdam innehat und häufig auf Veranstaltungen der politischen Linken in Deutschland auftritt.

Zuerst ist beim Terminus „Rechtsextremismus“ der des „Extremismus“ zu klären. Der politische Extremismus wird aus staatlicher Sicht und der seiner Institutionen über die Ablehnung der Minimalbedingungen des demokratischen Verfassungsstaates definiert. Die mit einem solchen Staat verbundenen positiven Werte sind „(...) das Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit, Menschen- und Bürgerrechte, der Konstitutionalismus mit dem Prinzip der Gewaltenteilung und dem Schutz der persönlichen Freiheitssphäre des einzelnen Bürgers, rechtsstaatliche Vorgaben, ein Pluralismus in politischer und gesellschaftlicher Sphäre sowie das Repräsentativprinzip“.<sup>27</sup>

Der Verfassungsschutz definiert bis heute Rechtsextremismus auf der Basis der Verbotsverfügung des Bundesverfassungsgerichtes 1952 gegen die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP). Danach werden die Missachtung wesentlicher Menschenrechte, die Bekämpfung der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung, die Verharmlosung bzw. Leugnung der Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, eine prinzipielle Ungleichheit der Menschen und ein völkischer Kollektivismus als die wesentlichen Bestandteile rechtsextremer Ideologie und damit als Rechtsextremismus genannt.<sup>28</sup>

Die Sozialwissenschaften übernehmen diese Definitionen nicht. Es lassen sich einige Differenzen zur Begriffsverwendung der Repräsentanten des Staates und des Verfassungsschutzes feststellen. „Politischer Extremismus wird erstens nicht bezogen auf die Gegnerschaft zu einer bestimmten Verfassung (hier des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland), sondern ganz allgemein im Sinne der Gegnerschaft zu den Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates, als einem auf den Menschenrechten gründendem Ordnungsprinzip“.<sup>29</sup> Noch weiter entfernt sich der Rechtsextremismusforscher Richard Stöss von den Definitionen des Verfassungsschutzes. Den Sozialwissenschaften geht es seiner Ansicht nach um die Beschreibung eines in allen modernen Industriestaaten existierenden historisch-gesellschaftlichen Phänomens. Er lehnt es ab, den Rechtsextremismus danach zu bestimmen, ob dieser Gesetze verletzt oder die verfassungsmäßige Ordnung z.B. der Bundesrepublik bedroht. Rechtsextremismus ist bei ihm ein mehrdimensionales Einstellungsmuster, das sich aus positiven Einstellungen zu den Dimensionen Autoritarismus, Nationalismus, Pronazismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zusammensetzt.<sup>30</sup>

---

<sup>27</sup> ebd., S.15

<sup>28</sup> Landesamt für Verfassungsschutz Berlin: Verfassungsschutzbericht Berlin 1998, April 1999, S.52

<sup>29</sup> Pfahl-Taughber, Armin (1993), a.a.O., S.25

<sup>30</sup> Stöss, Richard (1999), a.a.O., S.1

Diese Definition ist aus meiner Sicht sehr plausibel, und somit wird der Begriff des Rechtsextremismus von mir, wie auch der der Fremdenfeindlichkeit, in den weiteren Ausführungen verwendet.

### **3. Von 1970 bis 1989: Antifaschistische Pädagogik in den alten Bundesländern**

Drei Zeitabschnitte können nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis 1989 für pädagogische Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit festgestellt werden:

1. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus der Nachkriegszeit bis zum Ende der fünfziger Jahre.
2. Die Auseinandersetzung mit den Wahlerfolgen der rechtsextremistischen National-Demokratischen Partei (NPD) in den Jahren 1966 bis 1969, wo die Partei in sieben Landesparlamente einziehen konnte und bei der Bundestagswahl 1969 4,3% der Stimmen erhielt.
3. Die Auseinandersetzung mit dem Auftreten offen neonazistischer Gruppen mit einem Gewaltkonzept, und dem verstärkten Zulauf von Jugendlichen zu rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen vom Ende der siebziger Jahre bis zum Ende der 80iger Jahre.<sup>31</sup>

Ich werde mich in der folgenden Darstellung hauptsächlich auf die antifaschistische Pädagogik der siebziger und achtziger Jahre konzentrieren.

#### **3.1. Gesellschaftliche Situation in den siebziger und achtziger Jahren**

Auf rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen als ein relevantes Problem bei Jugendlichen wird in der fachwissenschaftlichen Diskussion zuerst am Anfang der siebziger Jahre hingewiesen. Zeitgleich mit dem wahlpolitischen Niedergang der NPD in den siebziger Jahren entwickelte sich ein jugendpolitischer Rechtsextremismus im außerparlamentarischen Raum, der sich seit 1977/78 steigerte „(...) zu einem Terror von Rechts, der von zumeist jugendlichen Gruppen getragen wurde und neonazistisch inspi-

---

<sup>31</sup> Hafenecker, Benno: Pädagogik gegen Rechts – Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus, in: Paul, Gerhard (Hg.): Hitlers Schatten verblasst – Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn, 1989, S.195

riert war.“<sup>32</sup> Die Ursachen dafür sieht der Rechtsextremismusforscher Richard Stöss in folgender Tatsache: „Der in der Bundesrepublik bislang unbekannte rüde politische Stil der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition gegen die Bundesregierung, insbesondere gegen die Ostverträge, ermunterte nachgerade zu rechtsextremen gewaltsamen Aktivitäten, die vom Konservatismus vielfach mit verdeckter klammheimlicher Freude quittiert wurden.“<sup>33</sup> Das Bundesinnenministerium ermittelte 1974 noch 136 Gesetzesverletzungen deutscher Rechtsextremisten, 1979 waren es schon 1500 und 1981 sogar 2500. Diese Zahl stagnierte bis zur Wiedervereinigung bei etwa 2000 erfassten Gesetzesverletzungen pro Jahr.

1986 bestätigten Anne Huhn und Alwin Meyer die Stabilisierung des rechtsextremen (Jugend-) Milieus in der alten Bundesrepublik. Zwei Aspekte hoben sie dabei besonders hervor:

1. Der Anteil rechtsextremer Vorfälle, die vor allem auf das Konto von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gingen, nahm ständig zu, ebenso wie die Bereitschaft zu Terror und Gewalt.
2. Immer mehr rechtsextreme Ausschreitungen richteten sich gegen Ausländer, diese Ausschreitungen hatten bereits zu dieser Zeit „(...) Züge eines regelrechten Hasses gegen alles Fremde angenommen“.<sup>34</sup>

Pädagogen aus Berlin (West) schätzten aus ihrer Sicht die Entwicklung in den achtziger Jahren ähnlich ein und wiesen auf das Anwachsen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Orientierungen unter Jugendlichen hin. Sie machten auf folgende schwerwiegenden rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Vorfälle und Tendenzen bei Jugendlichen in der Stadt seit 1983 aufmerksam:

1. Rechtsextremistische Aktion zum 17.Juni 1983: „Marsch auf Kreuzberg - Türkenläden müssen brennen“;
2. Rechtsextremistische Ausschreitungen bei dem Fußballländerspiel Deutschland - Türkei 1983 im Berliner Olympiastadion;
3. Überfälle von rechten Skinheads und anderer rechtsextremer Gruppen auf Einzelpersonen 1985;
4. Brandanschläge auf Asylbewerberunterkünfte 1986 in Berlin-Lichterfelde;
5. Verbreitung von rechtsextremistischen und rassistischen Tonträgern;

---

<sup>32</sup> Stöss, Richard: Die Extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 1989, S.98

<sup>33</sup> ebd., S.154

<sup>34</sup> Huhn, Anne; Meyer, Alwin: Einst kommt der Tag der Rache – Die rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute, Freiburg, 1986, S.71

6. Zunehmende Bereitschaft von Jugendlichen, NS-Symbole öffentlich zu tragen und zu zeigen und offen neonazistische Meinungen zu vertreten;
7. Verwüstung eines türkischen Friedhofes im April 1989;
8. Mord an dem 24-jährigen Türken Ufuk Sahin im Mai 1989;
9. Brandanschlag von Rechtsextremisten auf eine Kindertagesstätte in Kreuzberg im Frühjahr 1989.<sup>35</sup>

### 3.2. Empirische Untersuchungen in den achtziger Jahren

Als Beleg für die mangelnde Aufarbeitung und Bewältigung der nationalsozialistischen Vergangenheit der Bundesrepublik gilt, daß die erste umfassende wissenschaftliche Untersuchung über rechtsextreme Einstellungen in der Bundesrepublik erst 35 Jahre nach Kriegsende durchgeführt wurde.<sup>36</sup> Es handelte sich um die vom SINUS-Institut im Auftrag des Bundeskanzleramtes von 1979 bis 1980 durchgeführte Studie über rechtsextreme politische Einstellungen in der Bundesrepublik, die 1981 veröffentlicht wurde. Das SINUS-Institut führte fast 7000 Interviews mit wahlberechtigten Bürgern. Die Forscher ermittelten in ihrer repräsentativen Studie ein Potential von 13% der Befragten mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild, wovon die Hälfte sogar rechtsextreme Gewalttaten billigte. Weiterhin sahen sie ein Potential von zusätzlichen 37% mit „autoritären Einstellungen“, die sie als eine „Brücke nach rechts“ bezeichneten. Junge Leute waren vergleichsweise erheblich weniger anfällig für rechtsextreme Einstellungen als ältere Menschen, von denen viele den Nationalsozialismus selber noch am eigenen Leib erlebt hatten. Die Parteipräferenzen lagen trotzdem zumeist bei den beiden Volksparteien SPD und CDU, so das der Schluss zulässig war, „(...) daß die Präferenz für rechtsextreme Parteien kein Indikator ist für die Größe des rechtsextremen Potentials“<sup>37</sup>. Eine weitere Untersuchung, die ein Jahr später, 1982, vom EMNID-Institut im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung unter dem Titel „Meinungen und Einstellungen zum Ausländerproblem“ durchgeführt wurde, kam zu einem ähnlich ernüchternden Ergebnis, nämlich daß 49% der Befragten als „ausländerfeindlich“ eingestuft werden mussten. Ebenso ist hier, wie in der SINUS-Studie, festzustellen: Je älter die Menschen waren, desto ausländerfeindlicher waren sie eingestellt: „Nur“ 23% der unter 20-Jährigen - aber 63% der über 64-Jährigen.<sup>38</sup>

<sup>35</sup> Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie: Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus, Berlin, 1990, S.4

<sup>36</sup> Stöss, Richard (1989), a.a.O., S.45

<sup>37</sup> ebd., S. 47



### 3.3. Theoretische Erklärungsversuche in den achtziger Jahren

Nach Richard Stöss dominierten zwei Richtungen von Erklärungsversuchen für rechts-extremistische und fremdenfeindliche Einstellungen die theoretische Diskussion in dieser Zeit. Die erste Theorierichtung war die des „autoritären Charakters“, der die Entstehung von antidemokratischen Einstellungen begünstige. Diesen Erklärungsansatz stelle ich im fünften Kapitel (Punkt 5.3.3.) detailliert vor, da er heute wieder eine Renaissance erfährt. Die zweite Theorierichtung war die, die Krisenerscheinungen im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich als Gründe für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit anführte. Als ökonomische Krisenerscheinungen wurden hier Arbeitslosigkeit, Armut, strukturelle Benachteiligungen einzelner Wirtschaftssektoren und/oder sozialer Schichten genannt. Als soziale Krisenerscheinungen wurden die unbefriedigenden Wohn- und Lebensverhältnisse und Infrastrukturen bezeichnet. Als politische Krisenerscheinungen nannte Stöss die geringe Akzeptanz der demokratischen Institutionen, mangelnde Integrations- bzw. Bindungskapazität vermittelnder Institutionen. Auch der Bereich der politischen Kultur fördere rechtsextremistische und fremdenfeindliche Haltungen, er sei geprägt:

- durch die Verdrängung und Verharmlosung des Nationalsozialismus;
- durch mangelndes demokratisches Bewusstsein;
- durch die Diskreditierung des Antifaschismus.<sup>39</sup>

Auch Anne Huhn und Alwin Meyer argumentierten entsprechend, sie führten 1986 Demokratiedefizite in der politischen Kultur und der (Jugend-)Bildung als Gründe für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit an, weiter die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die Massenarbeitslosigkeit unter Jugendlichen: „Es ist zu befürchten, daß die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit für den Bestand der Demokratie weitaus größer sein werden, als heute die meisten wahrhaben wollen“<sup>40</sup>. Neben der Verbesserung der ökonomischen Perspektiven der Jugend sahen sie im pädagogischen Bereich im Kontakt zu ehemaligen Widerstandskämpfern und KZ-Häftlingen eine Schlüsselfunktion: „So ist eine der Wurzeln der Demokratie in der Bundesrepublik (...) ganz sicher der antifaschistische Widerstand. Wir sollten uns viel stärker als bisher am positiven Beispiel der KZ-Häftlinge orientieren.(...) Diese Frauen und Männer können Jugendlichen (...) ein positives Beispiel sein“<sup>41</sup>.

---

<sup>38</sup> Emnid-Informationen, Nr.1-2 Jg. 1982, S.14

<sup>39</sup> Stöss, Richard (1989), a.a.O., S.258

<sup>40</sup> Huhn, Anne; Meyer, Alwin (1986), a.a.O., S. 201

<sup>41</sup> ebd., S. 189

### 3.4. Die antifaschistische Handlungsstrategie

Mit dem Aufkommen der rechtsextremistischen Jugendbewegung am Anfang der siebziger Jahre setzte in den Sozialwissenschaften eine dauerhaftere Diskussion, mit geringer öffentlicher Wirkung, über geeignete Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus bei Jugendlichen ein. Plädiert wurde hier für eine grundsätzliche Diskussion der Jugend mit den Rechtfertigungs- und Abwehrmustern der Erwachsenen- und Elterngeneration. Ziele einer antifaschistischen Pädagogik waren ein kritisches Engagement für die Demokratie und die rationale geschichtliche Aufklärung: „Das Problembewusstsein und die Demokratisierung wurden in den Mittelpunkt gestellt“<sup>42</sup>. Diese Jugendarbeit sollte nicht nur auf organisierte rechte Randgruppen zielen, sondern auch auf das Zentrum der Gesellschaft. Hierzu wurde von den pädagogischen Theoretikern und Praktikern gefragt: „Wie demokratisch ist die Gesellschaft – wie geht sie mit der Differenz von Anspruch und Wirklichkeit um – welche Strukturen tragen zum Erstarren des Rechtsextremismus bei?“<sup>43</sup>. Politische Bildung, „die sich (...) an die gesellschaftlichen Strukturen heranwagt“<sup>44</sup>, wurde bei ihnen selbst als Politikum verstanden.

### 3.5. Die Umsetzung der antifaschistischen Pädagogik

Zum gesellschaftlichen und staatlichen Zentrum der Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entwickelte sich am Ende der siebziger Jahre die institutionalisierte antifaschistische Erziehung. Prinzipielle und didaktische Leitlinien waren:

- Die Verknüpfung von historischem Lernen über die NS-Geschichte mit lokalen Erkundungen und mit der Selbstreflexion der Jugendlichen;
- die Einbeziehung des gesamten jugendlichen Lebenszusammenhangs;
- die Anregung von Demokratie- und Solidaritätserfahrungen in projekt-, natur-, erlebnis- und alltagsorientierten Lernstrukturen.<sup>45</sup>

Hafeneger listet als Beispiele für die praktische Umsetzung der antifaschistischen Pädagogik eine breite Palette von Maßnahmen auf, dazu gehören insbesondere antifaschistische Stadtrundfahrten und Stadtspiele mit dem Schwerpunkt, die Geschichte des Nationalsozialismus im lokalen Raum sichtbar und erfahrbar zu machen, Besuche in Gedenkstätten und Gespräche mit Zeitzeugen, sowie Seminarpädagogik und Projektunterricht in

---

<sup>42</sup> Hafeneger, Benno (1989), a.a.O., S. 203

<sup>43</sup> ebd., S.203

<sup>44</sup> ebd., S.204

Schulen. In den Schulen blieben aber außer dem seltenen Projektunterricht „(...) die Enge des Schulzimmers und die Lehrpläne bestimmend“.<sup>46</sup> Gegenwind gegen die antifaschistische Pädagogik gab es in Berlin (West) in den achtziger Jahren von der CDU-geführten Stadtregierung, besonders von der langjährig zuständigen Schulsenatorin Hanna Renate Laurien, die u.a. Mitgliedern der Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus (VVN) Gespräche in den Schulen mit den Schülern und Schülerinnen untersagte und solche Projektstage unterband. Sie begründete das Verbot mit der (ehemaligen) kommunistischen Betätigung vieler VVN-Mitglieder und vertrat selbst die „Totalitarismustheorie“, in der die kommunistische und nationalsozialistische Ideologie gleichgesetzt werden. Diese Haltung der Schulsenatorin wirkte sich auch auf die Lehrpläne der Berliner Schule aus. So blieben die Projekte der antifaschistischen Pädagogik in Berlin (West) hauptsächlich auf die außerschulische Jugendbildung beschränkt, die von den etablierten Jugendverbänden getragen wurde und sich über die staatlichen Zuwendungen für außerschulische Jugendbildung (aus dem Bundesjugendplan und dem Landesjugendplan) finanzierten. Ein entsprechendes Vorzeigeprojekt in Berlin waren die „antifaschistischen Stadtrundfahrten“, die vom Landesjugendring organisiert wurden.

### **3.6. Die Kritik an der antifaschistischen Pädagogik**

Die sozialwissenschaftliche Kritik am Ansatz der antifaschistischen Pädagogik verläuft auf folgenden Ebenen:

1. Die Zielprojektionen der antifaschistischen Pädagogik sind die Stabilisierung und Initiierung demokratischer Denkstrukturen und Verhaltensweisen. Diese werden mit der Hoffnung auf ein dauerhaftes gruppenbezogenes Engagement in lokalen Initiativen, Jugendverbänden, Parteien und kirchlichen Gruppen verknüpft. Dieses Ziel aber wird als eine überzogene pädagogische Dimensionierung kritisiert, weil andere Fragen, Probleme und Aktivitäten für die Jugendlichen bedeutender, brisanter, aktueller seien und ihren Lebensalltag mit belastenden Anforderungen an die Lebensbewältigung dominieren.<sup>47</sup>
2. Erreicht werden mit der antifaschistischen Pädagogik vor allem interessierte, in der Jugendarbeit bereits aktive Jugendliche, die weitere Informationen und Orientierungen erwarten. Jedoch nicht Jugendliche „mit autoritären und antidemokrati-

---

<sup>45</sup> ebd., S.207

<sup>46</sup> ebd., S.209

<sup>47</sup> ebd., S. 211

schen Einstellungen (...), sie bleiben außerhalb von Bezügen der Jugendarbeit und pädagogisch beeinflussbarer Prozesse“.<sup>48</sup>

3. Durch die geschichtsorientierte Erinnerungsarbeit werde eine mögliche Abwehrhaltung bei den Jugendlichen gestärkt, die Abwehr und mögliche Geschichtsmüdigkeit gelte insbesondere einem pädagogisch-moralisch eingeklagten politischem Dauerengagement und den erwartenden Handlungsbereitschaften, die quer liegen zu den Anforderungen und Strategien von sozialer Reproduktion.<sup>49</sup>

Die anhaltende Kritik an der begrenzten Wirkung der antifaschistischen Pädagogik, die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in den achtziger Jahren und der Wunsch nach einer Entpolitisierung der Jugendarbeit seitens vieler Pädagogen und Pädagoginnen führten zu einer breiten Diskussion über Alternativen zur antifaschistischen Pädagogik. Diese Diskussion endete spätestens mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1989 mit einem Paradigmenwechsel in der Theorie, im Erklärungsansatz und bei den pädagogischen Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

#### **4. Nach 1989: Die „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“**

Zwei zeitliche Abschnitte müssen für die Beschreibung dieser sich nun durchsetzenden Strategie unterschieden werden:

1. Die Entwicklung der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen und Handlungen bei Jugendlichen vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Berlin (West);
2. die rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Entwicklungen nach der Vereinigung.

Auf die Entwicklung des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit in der ehemaligen DDR und Berlin (Ost) gehe ich aus methodischen Gründen erst im Kapitel 5.3. ein, da dieser Aspekt erst in der Diskussion nach 1998 in das breite sozialwissenschaftliche und öffentliche Interesse gerückt wurde.

---

<sup>48</sup> ebd., S.212

<sup>49</sup> ebd., S.211

#### 4.1. Gesellschaftliche Situation von 1989 bis 1993

Für das Gebiet der alten Bundesrepublik und Berlin (West) bis 1989 besteht unter den zeitgenössischen Sozialwissenschaftlern Konsens darüber, daß „(...) wir es in den achtziger Jahren mit einer neuen Welle des Rechtsextremismus zu tun haben, die sich von früheren Erfolgsphasen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik deutlich abhebt“<sup>50</sup>. Parteipolitisch drückt sich diese Entwicklung im Aufstieg der 1983 gegründeten rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ aus, die 1989 in Berlin (West) mit 7,5% der Stimmen in das Abgeordnetenhaus einziehen konnte und im gleichen Jahr bei der bundesweiten Europawahl 7,1% der Stimmen gewann. In Berlin konnte die Partei 14,3% der Wähler zwischen 18 und 24 Jahren für sich gewinnen. Junge Männer zwischen 18 und 24 Jahren wählten zu 18,8% rechtsextrem. Die Antifa-AG der Alternativen Liste Berlin (heute Bündnis90/Die Grünen Berlin) stellte fest, diese Wahlergebnisse seien nur die Spitze eines Eisberges, denn „(...) zum einen steigt die allgemeine Ausländerfeindlichkeit bei Jugendlichen permanent an, zum zweiten existiert ein Netz von Verflechtungen rechtsextremer Organisationen, die bereit und in der Lage sind, jeden interessierten Schüler aufzunehmen, zu schulen und zu organisieren“<sup>51</sup>.

Die sozialwissenschaftliche und pädagogische Diskussion thematisierte diese Entwicklung und der Diskurs kreiste um die Fragen nach möglichen Erklärungen und pädagogischen Handlungsperspektiven gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Eine große Anzahl namhafter Wissenschaftler und Pädagogen verabschiedete sich in diesem Zeitabschnitt, wie wir später genauer sehen werden, von einer aufklärenden und antifaschistischen Pädagogik, und die ersten Projekte einer „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ entstanden um 1988 in Bremen und Berlin (West).

Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten entstand eine vollkommen neue Situation in Deutschland. Die bedeutendste politische Auseinandersetzung in Bezug auf Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit war die sogenannte „Asyldebatte“, die schon Ende der achtziger Jahre in der alten BRD begann und ihren Höhepunkt 1993 fand mit der Einschränkung des Art. 16 des Grundgesetzes, dem sog. Asylkompromiß. Dieser Art. 16

---

<sup>50</sup> Holthusen, Bernd (Hg.): Rechtsextremismus in Berlin: aktuelle Erscheinungsformen, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Marburg, 1994, S.13

<sup>51</sup> Antifa-AG der Alternativen Liste: Rechtsextremismus an Berliner Schulen, Broschüre, Berlin, 1989, S.4

GG hatte bis dahin einen weitgefassten individuellen Rechtsanspruch auf politisches Asyl garantiert. Dort hieß es: „Politisch verfolgte genießen Asylrecht“.<sup>52</sup>

Zwischen 1953 und 1978 kamen insgesamt 178 000 Asylbewerber nach Deutschland. Die Flüchtlingsbewegung nach Deutschland wuchs in den achtziger Jahren an, so daß allein 1984 schon 40 000 Menschen politisches Asyl beantragten. Der Bürgerkrieg in Sri Lanka, die Unterdrückung der Kurden in der Türkei, im Iran und im Irak, sowie die ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien (in Kroatien und Bosnien)<sup>53</sup> zwangen immer mehr Menschen zur Flucht nach Deutschland<sup>54</sup>:

<b>Jahr</b>	<b>Asylbewerber</b>
1984	73800
1985	99700
1986	57400
1987	103100
1988	121300
1989	193100
1990	256100
1991	438200
1992	322600

Diese Zuwanderungswelle stieß innerhalb großer Teile der Bevölkerung auf Ablehnung - vor 1990 in der alten BRD und nach 1990 nun in beiden Teilen des Landes. Nicht nur strukturschwache Kommunen in der ehemaligen DDR fühlten sich mit ihren Verpflichtungen hinsichtlich der Aufnahme, der Unterbringung und Verpflegung der Asylsuchenden überfordert. Die anhaltende politische Agitation gegen ausländische Flüchtlinge, die nach Interpretation von Pro Asyl von den Schwierigkeiten des Einigungsprozesses ablenken sollte, hinterließ ihre Wirkung bei der Bevölkerung: 68% der Deutschen waren der Meinung, daß „(...) die meisten Asylbewerber unser Asylrecht missbrauchen“<sup>55</sup>. Rechtsextreme Parteien wie die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und „Die Republikaner“ machten sich diese Stimmung zunutze und konnten in mehrere Landesparlamente einziehen. Die beiden Volksparteien CDU und SPD nahmen den von den Rechtsextremisten dominierten Diskurs auf, mit dem Ziel, die Zahl der Asylbewerber wieder zu senken und so die

---

<sup>52</sup> Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland-Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt Main/ New York, 1997, S.45

<sup>53</sup> ebd., S.46

<sup>54</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt

rassistische Stimmung in Teilen der Bevölkerung zu entschärfen. So kam es im Mai 1993 zu einem „Asylkompromiß“ zwischen den Parteien CDU, SPD und FDP, der das Asylrecht einschränkte: „Die Änderung des deutschen Grundgesetzes, und die restriktivere Praxis erzielten ganz offensichtlich den gewünschten Effekt: Die Zahl der Asylanträge ging bereits in der zweiten Jahreshälfte 1993 zurück“<sup>56</sup>.

Zeitgleich mit der Asyldebatte stieg die Zahl der erfassten Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation rapide an. Waren in den achtziger Jahren vom Bundesamt für Verfassungsschutz noch 200 – 300 Gewalttaten jährlich registriert, stiegen diese 1991 auf fast 1500 und 1992 auf über 2300<sup>57</sup> an. 1992 wurden 17 Menschen von Rechtsextremisten ermordet und 186 Brandanschläge verübt. 423 Menschen wurden von Rechtsextremisten verletzt.<sup>58</sup> Traurige und weltweit bekannt gewordene Höhepunkte der rechtsextremistischen Gewalt dieser Jahre in den neuen Bundesländern waren die Pogrome gegen Asylbewerberunterkünfte in Hoyerswerda (17. bis 22.9.1991) und Rostock-Lichtenhagen (23. bis 27.3.1992). Dort griffen Rechtsextremisten unter dem Beifall und unter dem Schutz hunderter „ordentlicher Bürger“ tagelang die Flüchtlingsunterkünfte mit Steinen und Molotowcocktails an, so daß die Flüchtlinge evakuiert werden mussten.<sup>59</sup> In den alten Bundesländern wurden türkische Migranten Opfer jugendlicher Rechtsextremisten nach Terroranschlägen auf ihre Behausungen in Hünxe (3.10.1991) und Mölln (23.11.1992).

#### **4.2. Empirische Studien von 1989 – 1993 aus Berlin/Brandenburg**

In erster Linie führe ich die folgenden Studien an, um die Verbreitung von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen von Jugendlichen in Berlin und Brandenburg zwischen 1989 – 1993 zu quantifizieren. Die methodischen Probleme, die beim Vergleich dieser unterschiedlichen Messungen auftreten, umgehe ich, indem ich einzelne Items herausgreife und damit versuche, sie vergleichbarer zu machen. Der Rechtsextremismusforscher Richard Stöss kommentiert seine Studie 1990 so, daß wir „(...) im Endeffekt mit einem zwar solide konstruierten, aber nicht hinreichend getesteten Mess-

---

<sup>55</sup> ZDF – Politbarometer, Dezember 1992

<sup>56</sup> Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf (1997), a.a.O., S.51

<sup>57</sup> Bundesamt für Verfassungsschutz, zitiert nach Kleinstädter Anzeiger: Trauriger Rekord: Fremdenfeindliche Gewalt im Osten, 13.2.1993

<sup>58</sup> Merkel, Angela: Jugend im Kontext von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993

<sup>59</sup> Trüpfel, Ursula: Von der Mohrenstraße bis Hoyerswerda, in: Die Tageszeitung, 6.5.2000, S.6

instrument kaum mehr als empirische abgesicherte Schätzungen machen können<sup>60</sup>. Er bezieht sich dabei auf die Erkenntnis, daß auf keinerlei Erfahrungen bei der Messung von Rechtsextremismus in der DDR zurückgegriffen werden kann. Dies sei für das Gebiet der alten Bundesrepublik anders.<sup>61</sup> Er ermittelt in seiner Studie ein rechtsextremistisches Einstellungspotential der gesamten Bevölkerung ab dem 14. Lebensjahr für West-Berlin in Höhe von 9,4% und für Ost-Berlin in Höhe von 14,6%.<sup>62</sup>

In einer Jugendstudie für Berlin unter dem Titel: „Leben die hässlichen Deutschen im Osten?“ folgt Detlef Oesterreich der Theorie einer ökonomischen und psychischen Verunsicherung der Menschen in der ehemaligen DDR.<sup>63</sup> 1396 Jugendliche im Alter von 16 – 21 Jahren an Westberliner und Ostberliner Gymnasien, sowie an Berufsschulen des Baugewerbes im April bis Juni 1991 werden von ihm zu autoritären, nationalistischen, fremdenfeindlichen und neonazistischen Einstellungen befragt.

Seine Ergebnisse bezüglich der „Orientierung an nationaler Größe“, einer „Law and Order Mentalität“ und einer „Verharmlosung der Verbrechen des Nationalsozialismus“ der Jugendlichen ergeben nach seinen Auswertungen keine signifikanten Differenzen zwischen Ost- und Westberliner Schülern. Bei der Ausländerfeindlichkeit jedoch ergeben sich in Oesterreichs Studie deutliche Unterschiede. Die Ostberliner Schüler äußern sich ausländerfeindlicher als die Westberliner: 31,5% der Ostberliner Schüler meinen „Ausländer sollten Deutschland so schnell wie möglich verlassen“, gegenüber „nur“ 24,3% der Schüler im Westen.<sup>64</sup> Außerdem fordern 40,9% der Schüler im Osten „Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollten Deutsche grundsätzlich vorgezogen werden“ gegenüber „nur“ 28% im Westen.<sup>65</sup> In seinem Fazit kommt er zu dem Ergebnis, daß:

1. Berufsschüler sowohl im Osten als auch im Westen signifikant rechtsextremer eingestellt sind als Gymnasiasten;
2. Jungen rechtsextremistischer eingestellt sind als Mädchen;
3. und Schüler aus weniger gebildeten Elternhäusern rechtsextremistischer sind als solche aus gebildeteren Elternhäusern.

---

<sup>60</sup> Stöss, Richard: Wieviel Rechtsextremismus darf es sein, in: Ideen für antifaschistische und antirassistische Arbeit, Nr.4 Jg.1991, S.13

<sup>61</sup> ebd., S.13

<sup>62</sup> In der Umfrage wurden 1378 Personen aus Berlin-West und 868 Personen aus Berlin-Ost befragt.

<sup>63</sup> Oesterreich, Detlef: Leben die hässlichen Deutschen im Osten?, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.183

<sup>64</sup> ebd., S.184

<sup>65</sup> ebd., S.185



Die Differenzen zwischen Ost- und Westberlin bei den Items, die die Fremdenfeindlichkeit betreffen, erklärt Oesterreich mit dem „(...) für viele Menschen in Ostdeutschland bestimmenden Bewusstsein, daß sich Ausländer auch etwas von dem Wohlstandskuchen abschneiden wollen, den die DDR-Bürger hofften, sich durch die Wende erkämpft zu haben“<sup>66</sup>. Es handele sich also um eine sozio-ökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit bei den Jugendlichen.

Zu ähnlichen Ergebnissen für Brandenburg bei der Zustimmung zu fremdenfeindlichen Aussagen der Jugendlichen kommt eine Feldstudie vom Institut für Familien- und Kindheitsforschung (IFK) an der Universität Potsdam, die im November 1991 durchgeführt wurde. Ziel dieser Studie war es u.a., das Ausmaß rechtsextremistischer ideologisch-politischer Wertorientierungen bei den Jugendlichen zu ermitteln und ihre Vorurteile gegenüber Ausländern zu erkennen.<sup>67</sup> In die Untersuchungen wurden 1644 14- bis 18-jährige Schüler, sowie Auszubildende aus 42 Gesamtschulen und Oberstufenzentren Brandenburgs einbezogen. Die Studie ist nach Angaben der Autoren für die Schüler der 8. bis 10. Klassen und für die Gruppe der Auszubildenden repräsentativ.

Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, daß ein relevanter Teil der befragten Jugendlichen Gewalt gegenüber Ausländern befürwortet. Das Vorurteil „Die meisten Kriminellen sind Ausländer“ teilten 33,1%, die Aussage „Deutschland den Deutschen! – Ausländer raus“ befürworteten 42,3%, und 39,4% gaben den Ausländern die Schuld an der Arbeitslosigkeit.<sup>68</sup> Diese Ergebnisse stützen die Zahlen, die auch bei den Schülern und Schülerinnen in Berlin (Ost) in der oben dargestellten Studie ermittelt wurden.<sup>69</sup>

Die Autoren der Studie schlussfolgern nach der Untersuchung weiterer Dimensionen, „(...) daß der Kreis jener Jugendlichen in Brandenburg, die in ihren Wertorientierungen als anfällig für rechtsextremistische Aussagen angesehen werden können, zwischen 15 und 20% zu veranschlagen ist.“<sup>70</sup> Allerdings sehen sie in der Anzahl der Jugendlichen, die fremdenfeindlichen Aussagen zustimmten, eine „Reserve des Rechtsradikalismus“<sup>71</sup> in Brandenburg. Die Forscher prognostizieren für Brandenburg zukünftig Wahlergebnisse rechter Parteien wie in den alten Bundesländern, wo 1993 in Berlin (West) 18,8% der

---

<sup>66</sup> ebd., S.187

<sup>67</sup> Kühn, Horst: Jugendgewalt und Rechtsextremismus in Brandenburg, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.267

<sup>68</sup> ebd., S.270

<sup>69</sup> Auch die Repräsentativumfrage des Deutschen Jugendinstituts (DJI), Jugendsurvey 1992, kommt zu diesen Ergebnissen. Bei 32% der ostdeutschen Jugendlichen und 22,3% der westdeutschen Jugendlichen wird eine hohe Ausländerfeindlichkeit festgestellt.

<sup>70</sup> Kühn, Horst (1993), a.a.O., S.267

Wähler zwischen 18 und 25 Jahren für die „Republikaner“ votierten und in Bremen 1992 17,6% der 18- bis 24jährigen Wähler sich für die „Deutsche Volksunion“ oder „Die Republikaner“ entschieden.<sup>72</sup>

Die Tendenzen, die Oesterreich im Fazit seiner Studie bei der Verbreitung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Einstellungen bei Jugendlichen feststellte, kommen auch in der Brandenburger Studie zum Tragen:

1. Die Fremdenfeindlichkeit der Jungen ist in allen diesbezüglichen Aussagen signifikant stärker ausgeprägt als die der Mädchen;
2. die Auszubildenden äußern ein signifikant höheres Bedrohungsgefühl hinsichtlich einer „Überschwemmung“ durch Ausländer als die Gesamtschüler, und diese wiederum fühlen sich mehr bedroht als die Gymnasiasten.<sup>73</sup>

#### **4.3. Theoretische Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen von 1987 bis 1993**

An der Erklärung des gesellschaftlichen Phänomens des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen versuchte sich nach 1989 und besonders nach den Ereignissen in Hoyerswersda und Rostock - Lichtenhagen eine sehr große Zahl von Sozialwissenschaftlern verschiedenster Fachrichtungen. Die soziologischen Ebenen, auf denen diese Erklärungsversuche unternommen wurden, sind sehr unterschiedlich. Eine allgemein übliche Methode der Kategorisierung dieser Erklärungsansätze ist die nach der soziologischen Makro-, Meso- und Mikroebene. Die Ansätze, die die öffentliche und auch wissenschaftliche Debatte nach 1989 dominierten, versuchten das komplexe Problem auf der Makroebene zu erfassen.

Ein aus meiner Sicht die Diskussion stark prägender Autor dieser Zeit war Wilhelm Heitmeyer, der mit seiner „Individualisierungs- und Modernisierungsthese“ die wissenschaftliche, pädagogische und öffentliche Debatte für Jahre dominieren konnte. Prononcierte Kritiker seines Ansatzes waren u.a. Wulf Hopf, der an der Theorie der sozialen Deprivation festhielt und Birgit Rommelspacher, die den Grund für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen vorrangig als ein Problem einer männlich dominierten und rassistischen Dominanzkultur ansah. Auf der sozialpsychologischen indivi-

---

<sup>71</sup> ebd., S.270

<sup>72</sup> ebd., S.269

duellen Ebene argumentierte dagegen Jochen Maaz, der den Grund für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mit dem autoritären Charakter und der autoritären Sozialisation der Menschen in der ehemaligen DDR erklärte. Diesen Ansatz werde ich aber erst im nächsten Kapitel darstellen, da er erst fast zehn Jahre später eine in der Wissenschaft und in der Öffentlichkeit herausragende Rolle einnehmen sollte.

#### **4.3.1. Die Modernisierungs- und Individualisierungsthese**

Der maßgeblich vom Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer entwickelte Ansatz knüpft an die soziologische Theorie der Modernisierung an. Heitmeyer übernimmt in seiner Theorie die Thesen des Soziologen Ulrich Beck, der in seinem Buch „Risikogesellschaft – Auf dem Weg in eine andere Moderne“ von einem Gesellschaftswandel innerhalb der Moderne spricht, der in diesem Jahrhundert die Menschen aus den Sozialformen der industriellen Gesellschaft – Klasse, Schicht, Familie, Geschlechtslagen von Männern und Frauen – freigesetzt habe. Die Menschen seien verstärkt auf sich selbst und ihr individuelles Arbeitsmarktschicksal mit allen Risiken, Chancen und Widersprüchen verwiesen. Durch die gesellschaftlichen Modernisierungs- und Individualisierungsschübe erscheinen aber die gesellschaftlichen Krisen als individuelle und werden auch entsprechend von den Individuen wahrgenommen: „Die Individuen würden dadurch ohne Entlastung innerhalb und außerhalb der Familie zum Akteur ihrer marktvermittelnden Existenzsicherung und der darauf bezogenen Biographieplanung und -organisation“<sup>74</sup>.

Während Beck sich mit seinen Theorien auf die Analyse der objektiven Lebenslagen beschränkt, vollziehen Heitmeyer und seine Mitarbeiter einen Ebenenwechsel zur subjektiven Seite der Folgen der Modernisierung und Individualisierung. Dieser wird mit einem soziologischen „Identitätskonzept“ vollzogen.<sup>75</sup> Heitmeyer und seine Mitarbeiter fassen den Begriff der eigenständigen Identität „als ständigen, aktiven Versuch zur Entwicklung von Selbstbewusstsein und Handlungssicherheit in sozialen Bezügen, um autonomieorientiert in der Gesellschaft tätig werden zu können“<sup>76</sup>. Identitätsprobleme entstehen dann, wenn der gesellschaftliche Erfolgsdruck zu groß ist und gleichzeitig das soziale Milieu keine Unterstützung bieten kann. Zwei zentrale Kategorien werden hier gesehen, die erste ist die von „Arbeit und Identität“ und die zweite von „Politik und Identität“.

---

<sup>73</sup> Sturzbecher, Dietrich: Jugendliche in Brandenburg – Signale einer unverstandenen Generation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 2-3, 1993, S.40

<sup>74</sup> Beck, Ulrich: Risikogesellschaft – Auf den Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. Main, 1986, S.119

<sup>75</sup> Heitmeyer, Wilhelm u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie: erste Langzeituntersuchung zur politischen Situation männlicher Jugendlicher, Weinheim – München, 1992, S.26 -35

<sup>76</sup> ebd., S.27

Als empirische Basis seiner Theorien bedient sich Heitmeyer der „Bielefelder Rechtsextremismusstudie“. Diese qualitative Längsschnittuntersuchung wurde von ihm und seinen Mitarbeitern in der Zeit von 1985 bis 1990 durchgeführt und erfasst 31 männliche Jugendliche im Alter von 17 bis 21 Jahren, die nach dem Schulabschluß der 10. Klasse zu einer Zeit großer Jugendarbeitslosigkeit den Einstieg in den Arbeitsmarkt und in eine Arbeitsbiographie schaffen mussten. Diese Studie ist u.a. ein Versuch, den Zusammenhang von Arbeitserfahrungen und Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt einerseits und rechts-extremistischen Orientierungen und Handlungen andererseits zu ergründen.<sup>77</sup>

In der Sozialwissenschaft sind sowohl der theoretische Überbau als auch die Ergebnisse der Studie sehr umstritten, wie in den nächsten Kapiteln deutlich werden wird. Zwar haben die Thesen von Beck und Heitmeyer einen antikapitalistischen Kern, andererseits verabschiedet sich Heitmeyer von einer schichten- oder klassenspezifischen Sichtweise des Problems, da sich die gesellschaftliche Desintegration der Jugendlichen „(...) nicht mehr als Ausgrenzung von Randgruppen begreifen oder als Aufspaltung in eine Zweidrittel-Eindrittel-Gesellschaft kennzeichnen“ lässt.<sup>78</sup>

Die Entwicklungen durch die Modernisierung und Individualisierung der kapitalistischen Gesellschaft setzen das Individuum nach Heitmeyer neuen Widersprüchen aus:

- Je mehr Freiheit - desto weniger Gleichheit;
- je weniger Gleichheit - desto mehr Konkurrenz;
- je mehr Konkurrenz - desto weniger Solidarität;
- je mehr Vereinzelung - desto weniger soziale Einbindung;
- je weniger soziale Einbindung - desto mehr rücksichtslose Durchsetzung.<sup>79</sup>

Der Individualisierungsprozess ist demnach ambivalent. Neben den größeren Freiheits-spielräumen stellt sich auch das Problem der beruflichen und politischen Desintegration. Hierbei sieht Heitmeyer drei Kernpunkte:

- Auflösungsprozesse von Beziehungen zu anderen Personen oder von Lebenszusammenhängen;
- Auflösungsprozesse der faktischen Teilnahme an gesellschaftlichen Institutionen;
- Auflösungsprozesse der Verständigung über gemeinsame Wert- und Normvorstellungen.<sup>80</sup>

---

<sup>77</sup> ebd., S.5

<sup>78</sup> Heitmeyer, Wilhelm: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralysisierung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Argumente gegen den Haß, Band II, Bonn, 1993, S.202

<sup>79</sup> ebd., S. 202

Die Folgen der beruflichen und politischen Desintegration sind nun bei Jugendlichen Handlungsunsicherheiten, Ohnmachts- und Vereinzelungserfahrungen. Die Jugendlichen befinden sich in einer Situation der Suche nach Handlungssicherheit und Verhaltensgewissheiten. Dafür sollen nun rechtsextremistische Ideologien attraktive Ansatzpunkte bieten:

- Die Umformung von erfahrener Handlungsunsicherheit in Gewissheitssuche, an die rechtsextremistische Konzepte mit ihren Vorurteilen und durch Stabilitätsversprechen anknüpfen;
- die Umformung von Ohnmachtserfahrungen in Gewaltakzeptanz, die rechtsextremistische Konzepte mit ihrem Postulat „der Stärkere soll sich durchsetzen“ legitimieren können;
- die Umformung von Vereinzelungserfahrungen in die Suche nach leistungsunabhängigen Zugehörigkeitsmöglichkeiten, die rechtsextremistische Konzepte vor allem mit nationaler Zugehörigkeit und Überlegenheitsangeboten bieten.<sup>81</sup>

Als ein sozialwissenschaftliches Problem stellte sich für Heitmeyers Theorien die Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 dar. Beruhte doch seine Erklärungstheorie des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen „(...) auf einer Analyse der hochindustrialisierten durchkapitalisierten Gesellschaft“ der ehemaligen Bundesrepublik vor 1990.<sup>82</sup> Die theoretische Brücke ist für ihn die, daß die Desintegrationsprozesse in den neuen Bundesländern schneller und abrupter verlaufen, da die bestehenden sozial-integrativen Strukturen der Gesellschaft der ehemaligen DDR aufgelöst und neue noch nicht hinreichend aufgebaut seien. In den alten Ländern der Bundesrepublik verlaufe der Prozess der Desintegration dagegen eher schleichend.<sup>83</sup>

Heitmeyer verweist kritisch auf die Übernahme rechtsextremer Forderungen in den Kanon der „politischen Klasse“. Dies habe weitgehende Konsequenzen für die Bekämpfung von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen: „Je höher der Normalisierungsgrad von fremdenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen ist, desto niedriger ist die Chance, diese Einstellungen und Verhaltensweisen überhaupt noch problematisieren zu können“<sup>84</sup>.

---

<sup>80</sup> ebd., S.202

<sup>81</sup> Zusammenfassung nach Neubacher, Frank: Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland: vor und nach der Wende, Bonn, 1994, S.124 - 132

<sup>82</sup> Heitmeyer, Wilhelm (1992), a.a.O., S. 202

<sup>83</sup> ebd., S.203

<sup>84</sup> ebd., S.203

Im Weiteren wird die Problematik dieses komplexen theoretischen Ansatzes bei der Umsetzung in Handlungsperspektiven deutlich werden. Je nach Ideologie und wissenschaftlicher Schule bietet Heitmeyer Ansatzpunkte für Erklärungsansätze und Handlungsperspektiven. Folgender Satz wird zum Beispiel von den Verfechtern einer „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ häufig zitiert: „So sind bei genauer Analyse die rechtsextremistischen Orientierungen von Jugendlichen nicht die Ursachen der heutigen Probleme, sondern die brutalen Folgen von Ursachen, die an anderer Stelle liegen.“<sup>85</sup> Die weitere Kritik von Heitmeyer an der Funktion der „politischen Klasse“ für die Herausbildung von rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Positionen der Jugendlichen wird dort aber ausgeblendet und selten berücksichtigt.

#### **4.3.2. Die These der sozialen Deprivation**

Auf der soziologischen Makroebene steht der These von den „Individualisierungs- und Modernisierungsverlierern“ die „Deprivationsthese“ als Erklärung für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen gegenüber. Beide Theorieschulen wollen das Problem auf der sozialstrukturellen Ebene beschreiben. Obwohl Heitmeyer sieht, daß „(...) die Wirkungen der widersprüchlichen Modernisierungsprozesse und Veränderungsschübe mit ihren Desintegrationserscheinungen in beiden deutschen Gesellschaften zuerst an den sozialen Rändern sichtbar werden“<sup>86</sup>, hat er sich von einem klassen- oder schichtenspezifischem Erklärungsversuch verabschiedet. Die Deprivationsthese ist schon seit Beginn der achtziger Jahre differenziert und in der sozialwissenschaftlichen Diskussion häufig in Frage gestellt worden.<sup>87</sup>

Deprivationstheoretiker halten daran fest, daß „(...) kumulierende Beeinträchtigungen in der sozialen Lage der Jugendlichen eine wichtige Voraussetzung für ausländerfeindliche und rechtsextreme Einstellungen“ darstellen. Desintegrations- und Individualisierungserfahrungen wie Schulabbruch, Arbeitslosigkeit, defizitäre Familienstrukturen, Beziehungslosigkeit seien nur bei einem kleinen Teil der fremdenfeindlichen Gewalttäter und Tatverdächtigen zwischen 1990 und 1992 festzustellen. Es gebe auch keinen Hinweis darauf, daß sie vornehmlich aus „sich auflösenden sozialen Milieus“ stammen.<sup>88</sup> Eine vielzitierte empirische Grundlage für die Verteidigung der Deprivationstheorie liefert die 1993 veröffentlichte Studie „Fremdenfeindliche Gewalt: Einstellungen, Täter, Konflikteskalation“.

---

<sup>85</sup> ebd., S.203

<sup>86</sup> ebd., S.203

<sup>87</sup> Hopf, Wulf: Rechtsextremismus von Jugendlichen: Kein Deprivationsproblem?, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, Nr.3 Jg.1994, S.194

<sup>88</sup> Willems, Helmut; Würtz, Stefanie; Eckert, Roland: Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993),a.a.O., S.437

Hier untersucht der Soziologe Helmut Willems 1398 Polizeiakten und 140 Gerichtsakten im Zusammenhang mit rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Straftaten zwischen 1990 und 1992. Die Ergebnisse der Studie ergaben, daß von den fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Straftätern in dem Zeitraum zwischen 1990 und 1992:

- über 70% unter 21 Jahren alt waren;
- über 35% unter 18 Jahren alt waren
- zu 95% waren es junge Männer;
- der überwiegende Teil besaß einen Haupt- oder Sonderschulabschluß, bzw. gar keinen Schulabschluß (76%);
- 18% der Täter waren Arbeitslos (vgl. 14% im Durchschnitt);
- der Berufsstatus war bei der Hälfte nicht feststellbar, bzw. waren die Jugendlichen in der Ausbildung. Die andere Hälfte bestand zu 64% aus Facharbeitern und zu 30% aus ungelernten Arbeitern.<sup>89</sup>

Willems kommt zu dem Ergebnis, daß er bei den fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Straftätern keine Dominanz defizitärer Familienstrukturen oder sozialer Problemlagen wie erhöhter Arbeitslosigkeit oder fehlender Schulabschlüsse, sowie keine vorherrschende soziale Herkunft der Tätergruppe aus der Unterschicht feststellen konnte. Insofern handele es sich nicht um typische Desintegrations- und Deklassierungsoffer, sondern insgesamt eher um ganz normale Jugendliche. Die fremdenfeindliche Gewaltbereitschaft korreliert nach Willems stark mit einem niedrigen Bildungsniveau, mit einem Status als Auszubildender oder Facharbeiter.<sup>90</sup>

Um nach diesen Erkenntnissen die bis dahin ökonomisch bestimmte Deprivationstheorie als relevanten Erklärungsansatz für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der wissenschaftlichen Diskussion halten zu können, musste diese Theorie und die Definition des Begriffes „Deprivation“ modifiziert und differenziert werden. Hopf erweitert in Anlehnung an die Arbeiten von Willems die Deprivationsthese so, „(...) daß rechtsextrem bzw. ausländerfeindlich Handelnde nicht selbst depriviert sein müssen, sondern auch stellvertretend für andere handeln können“.<sup>91</sup> Wichtig ist nun nicht mehr allein die objektiv gegebene deprivierte Lage, sondern ihre subjektive Verarbeitung - insbesondere der Vergleich mit anderen Bezugsgruppen. Dies wird dann als eine „relative Deprivation“ beschrieben. Vorstellungen über Verteilungsgerechtigkeiten und einer als illegitim

---

<sup>89</sup> Willems, Helmut: Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.99/100

<sup>90</sup> ebd., S.99

<sup>91</sup> Hopf, Wulf (1994), a.a.O., S.196

wahrgenommenen Bevorzugung ausländischer Bevölkerungsgruppen spielen bei dem Phänomen der „relativen Deprivation“ eine wichtige Rolle. Krisenerfahrungen sind hinsichtlich der beruflichen Situation allenfalls als Zukunftsängste, selten jedoch als Erfahrung vorhanden. Deprivationen sind nach Willems allerdings nur einer von vielen Faktoren innerhalb eines komplexeren gesellschaftlichen Gesamtgeschehens, das dann zusammengenommen Jugendliche für rechtsextremistische und fremdenfeindliche Haltungen empfänglich macht.

Hopf versucht sich an einer differenzierteren Definition, in der Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit Ergebnis von kumulierenden Beeinträchtigungen der sozialen Lage von Jugendlichen sind. Er arbeitet drei Arten von Deprivationen heraus:

1. Sozio-emotionale Deprivationen, die sich vor allem aus dem nahen Zusammenleben mit Erwachsenen (Eltern) ergeben (Abwertung der Person, harte Strafen, Vernachlässigung);
2. Deprivationen aufgrund der Beschränkung der formalen Ausbildung, weil sie einerseits die kognitiven Fähigkeiten der Jugendlichen begrenzt und zu Selbstwertbelastungen führen können;
3. Sozio-ökonomische Deprivationen der Herkunftsfamilie und der eigenen Situation.<sup>92</sup>

Zusammenfassend dargestellt besagt die Deprivationsthese, je benachteiligter und beschränkter die soziale Lage von Jugendlichen ist, desto eher tendieren sie zu rechtsextremen Einstellungen, zu Ausländerfeindlichkeit und zu Gewaltbereitschaft. Die Deprivationsthese beinhaltet in ihrer Erweiterung auch, daß rechtsextrem bzw. ausländerfeindlich Handelnde nicht selbst depriviert sein müssen, sondern auch stellvertretend für Andere handeln können. Die Angst vor sozialem Abstieg oder Arbeitslosigkeit wird in einer aktualisierten Deprivationstheorie einbezogen.

#### **4.3.3. Die These der Dominanzkultur**

Birgit Rommelspacher sieht in den Erklärungsansätzen von Wilhelm Heitmeyer und Wulf Hopf Gemeinsamkeiten: „Gleichgültig, ob sie sich auf spezifische ökonomische soziale und psychische Problemlagen oder auf die Risiken des Modernisierungsprozesses allgemein beziehen, ist ihnen eines gemeinsam: Sie gehen davon aus, daß den Gewalttaten der Jugendlichen Frustrationen zugrunde liegen; daß es Mangel- und Ohnmachtserfahrungen sind, die sie in der Aggression gegen Schwächere ausagieren.“<sup>93</sup> Rom-

---

<sup>92</sup> ebd., S.198

<sup>93</sup> Rommelspacher, Birgit: Männliche Gewalt und gesellschaftliche Dominanz, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsextreme Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993, S.200/201



melspacher kritisiert die dadurch vorgenommene Fixierung der Sozialwissenschaft auf die Zielgruppe der rechtsextremistischen männlichen Jugendlichen. Dadurch würde der Blick verstellt für eine ihrer gesellschaftspolitischen Ausgangsthesen, "(...) daß wir alle in einer rassistischen Gesellschaft leben"<sup>94</sup>. Sie begründet dies damit, daß der Reichtum unserer Gesellschaft auf der Ausbeutung von Menschen aus anderen Ländern basiert, und daß diese Menschen zur Legitimation dieser Ausbeutung abgewertet und ausgegrenzt werden. Alle, die nun in dieser (unserer) Gesellschaft aufwachsen und nicht gelernt haben, sich bewusst davon zu distanzieren, internalisieren diese, wie sie sie nennt, „Dominanzkultur“.

Den Vertretern der „Individualisierungs- und Modernisierungsthese“, wie auch den Deprivationstheoretikern, wirft Rommelspacher eine Täterentlastung vor: „Diese Analysen sehen in rechtsextremen Ideologien eine Art Therapeutikum für die Lösung schwerer Spannungen, Ängste und Konflikte (...). Nur der Rechtsextreme mit seiner Problematik bleibt im Blick. So wird er unversehens vom Täter zum Opfer“<sup>95</sup>.

Gegen die ökonomische Deprivationsthese führt sie die Wahlanalysen des Forschungsinstituts Infas von 1989 über die Wähler und Wählerinnen der rechtsextremen Partei „Die Republikaner“ (REP) an, wonach sich die Wähler und Wählerinnen der REP über alle Einkommensgruppen gleichmäßig verteilen. Der Wohnungs- und Hausbesitz ist hier sogar überrepräsentiert.

Noch eine weitere Studie zieht sie für ihre Argumentation heran<sup>96</sup>. Hier werden jugendliche Arbeitnehmer in die Vergleichsgruppen von „Benachteiligten“ und „Nicht-Benachteiligten“ eingestuft. Es stellt sich heraus, daß die Benachteiligten hoch signifikant weniger ausländerfeindlich sind als die Nicht-Benachteiligten. Die Autoren der Studie sehen die Gründe von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in einem Wohlstandschauvinismus, in dem die Gewinner der gesellschaftlichen Modernisierung in

---

<sup>94</sup> Rommelspacher, Birgit: Rechtsextremismus und Dominanzkultur in Foitzik, Andreas; Leiprecht, Rudi; Markvakis, Anthanasios; Seid, Uwe (Hg.): Ein Herrenvolk von Untertanen – Rassismus – Nationalismus – Sexismus, Duisburg, 1992, S.81

<sup>95</sup> ebd., S.82

<sup>96</sup> Die Autoren der Studie „Du musst so handeln, daß du Gewinn machst“ sind Held, Horn, Leiprecht und Markvakis (1991). Diese empirische Studie zur politischen Orientierung jugendlicher Arbeitnehmer beruht auf einer regionalen Befragung von 314 jugendlichen Arbeitnehmern. Mit Fragen nach dem Schulabschluß, der Lehrstelle, der Betriebszugehörigkeit, nach ihrer Wohnsituation u.a. sollte der sozioökonomische Hintergrund der jungen Arbeitnehmer deutlich werden. Danach wurden sie in die Vergleichsgruppen von „Benachteiligten“ und „Nicht-Benachteiligten“ eingestuft und auf fremdenfeindliche und rechtsextremistische Einstellungen befragt. Die Studie wurde vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) 1991 publiziert.

erster Linie ausgrenzen und nicht bereit sind, andere am Wohlstand teilhaben zu lassen.<sup>97</sup>

Drei Dimensionen hebt Rommelspacher in ihrem Erklärungsansatz heraus, der ihren Begriff der Dominanzkultur füllen soll:

- Die erste Dimension ist das patriarchale Herrschaftsverhältnis zwischen den Geschlechtern. In den modernen Leistungsgesellschaften gebe es eine Gewaltkultur, die von einem Stärkekult geprägt sei. Gewalt gelte in vielen Gesellschaftsbereichen als erlaubtes Mittel zur Durchsetzung von Zielen. Dieses Prinzip der Dominanz werde den Männern von Kindheit an anezogen. Gewalt werde auch gegen Frauen eingesetzt, wobei es sich nicht ausschließlich um körperliche Gewalt handeln müsse. In der Gesellschaft herrsche eine patriarchale Gewalt, die auch gegen Ausländer ausgeübt werde, um die eigene männliche Position zu festigen;
- Die zweite Dimension ist die ökonomische Dominanz, die ich eingangs des Kapitels skizzierte;
- Die dritte Dimension ist eine kulturelle Dominanz. Diese Dominanzkultur sei männlich, christlich und westlich geprägt.

Rommelspacher sieht in diesem Dreiklang von kultureller Tradition, einem expansivem Wirtschaftssystem und dem Herrschaftsverhältnis von Mann und Frau ein Geflecht verschiedener Machtdimensionen, die die Dominanzkultur wechselseitig bestimmen. Die Folge davon ist, daß (männliche) Jugendliche in einer Gesellschaft unseres Zuschnitts im Konfliktfall zu expansiven Bemächtigungstendenzen ermuntert werden. Der beschriebene Dreiklang der Dimensionen der Dominanzkultur legt es nahe, „(...) der Verunsicherung durch Fremde qua Hierarchisierung aus dem Weg zu gehen, (...) die eigenen Privilegien abzusichern und die eigene Position als die einzig rechtmäßige, vernünftige und normale zu behaupten“.<sup>98</sup>

Die These, daß rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen bei Jugendlichen ein alleiniges „Männerproblem“ seien, ist aber auch aus ihrer Sicht nicht zu halten. Für den Bereich der „rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten“ könne dies allerdings unbestritten behauptet werden. Wie wir bei Willems gesehen haben, sind die rechtsextremistischen Gewalttäter zu 95% männlich. Während rechtsextremistische Parteien zu 2/3 von Männern und immerhin zu 1/3 von Frauen gewählt werden, finden

---

<sup>97</sup> Rommelspacher, Birgit (1992), a.a.O., S.83

sich nach Rommelspacher bei den Einstellungsuntersuchungen zur Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus kaum noch signifikante Unterschiede zwischen jungen Männern und Frauen.<sup>99</sup>

#### **4.4. Zielgruppe und theoretische Herleitung der Handlungsstrategie**

In diesem Kapitel möchte ich die Verbindung zwischen dem von Heitmeyer verwendeten theoretischen Erklärungsansatz für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen mit der Handlungsstrategie der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ verdeutlichen. Ich verbleibe zunächst auf der theoretischen Ebene und gehe erst im nächsten Kapitel auf die praktische Entwicklung und Umsetzung des pädagogischen Entwurfs ein.

##### **4.4.1. Jörg Kraußlach**

Der theoretische und praktische Vordenker der akzeptierenden Jugendarbeit ist Jörg Kraußlach. Sein Ansatz wurde aus der Praxis heraus entwickelt. Er dokumentierte seine Arbeit 1976 mit dem Buch „Aggressive Jugendliche“, das 1990 schon in sechster Auflage veröffentlicht wurde. 1969 übernahm Kraußlach die Jugendarbeit als Diakon und Sozialarbeiter einer Kirchengemeinde. Neben den Mittelschichtsjugendlichen wollte er mittels eines neuen Jugendclubs auch andere „sozial ausgegrenzte“ Jugendliche erreichen und arbeitete dort von 1969 bis 1975 mit einer Clique von „Rockern“.

Nach Kraußlachs Erfahrungen lagen die Ursachen für die Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen in deren Sozialisation, besonders durch Familie, Schule und eine gewalttätige Gesellschaft begründet. Michael Schmitz faßt dies im Rückblick so zusammen: „Die Lebenswelt dieser Jugendlichen kennzeichnete sich schon damals durch Aufwachsen in zerrütteten, unvollständigen Familien, durch Heimaufenthalte, enge Wohnungen und durch Probleme mit Eltern und Geschwistern“<sup>100</sup>. In der Schule wurde den Kindern das Gefühl vermittelt, aus der Unterschicht zu stammen. Die Anforderungen der Schule an die Kinder der Unterschicht wie „Stillsitzen“ oder „Leisesein“ erlebten diese als Überforderung und der vermittelte Lernstoff hatte keinen Realitätsbezug zu ihrer Lebenswelt. Die Folgen für die Kinder waren mangelnde Motivation, Schule schwänzen und Schulverweise. Der Hauptschulabschluss wurde von ihnen oft nicht erreicht.

---

<sup>98</sup> ebd., S.87

<sup>99</sup> Rommelspacher, Birgit (1993), a.a.O., S.205

<sup>100</sup> Schmitz, Michael: Gewaltbereite Jugendliche und Handlungskonzepte der Sozialarbeit, Godern, 2000, S.100

Kraußlach verweist darauf, daß Jugendliche in einer gewalttätigen Gesellschaft leben und argumentiert, daß Millionen Menschen verhungern, alte Menschen abgeschoben und ungewollte Kinder in Heime eingewiesen werden. Dies bezeichnet er als eine subtile Art der Gewalttätigkeit der Gesellschaft. Heute würde man dies wohl als „strukturelle Gewalt“ bezeichnen. Er konstatiert, daß in der Gesellschaft verbale Gewalt toleriert werde, die aber die von ihm betreuten Jugendlichen nicht beherrschten, weshalb sie körperliche Gewalt als Ausdrucksform anwendeten.<sup>101</sup>

Fünf Ziele nennt er für seine Arbeit, die den Zielen der heutigen „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ sehr ähnlich sind:

1. Die Existenzabsicherung der Jugendlichen, weil nur so eine gezielte Lebensplanung möglich sei.
2. Verhaltensstereotypen sollen aufgebrochen werden, nur so könne der Teufelskreis „Gruppe – Knast“ aufgebrochen werden.
3. Eine Verhaltensvariabilität soll erreicht werden, die ermögliche, daß die Jugendlichen Konflikte nicht immer mit Gewalt lösen wollen.
4. Es soll mit der ganzen Gruppe gearbeitet werden. Einerseits soll das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt, andererseits eindimensionales Handeln und Denken abgebaut werden.
5. Als langfristiges Ziel wird formuliert, daß die Jugendlichen ihren gesellschaftlichen Standort formulieren können, um so zum politischen Handeln fähig zu werden.<sup>102</sup>

Die ersten Projekte der akzeptierenden Sozialarbeit beschäftigten sich in den frühen achtziger Jahren mit Jugendlichen aus der Jugendkultur der „Punks“, mit gewalttätigen Fußballfans und als größter Gruppe mit Drogenabhängigen. Sie knüpften sowohl theoretisch, als auch praktisch an Kraußlachs Gedanken und Pädagogik an. Grundlage dieser aufsuchenden Sozialarbeit („Streetwork“) war ebenfalls der Ansatz, diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht länger ausgrenzen zu wollen, sondern ihre Lage ernst zu nehmen und ihre Probleme als „reale“ anzuerkennen. Sozialarbeit verstand sich als Sprachrohr und als notwendige Lobby einer Randgruppe, die oftmals nicht in der Lage war, eigene Belange zu formulieren und durchzusetzen. Hier erzielte der „akzeptierende

---

<sup>101</sup> Kraußlach, Jörg: Aggressive Jugendliche – Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast, München, 1976, S.107

<sup>102</sup> ebd., S.42

Ansatz“ pädagogische Erfolge und konnte sich in der Fachwelt theoretisch und praktisch behaupten.<sup>103</sup>

#### **4.4.2. Benno Hafeneger**

Benno Hafeneger knüpft 1992 in seinem Praxisvorschlag an die Gedanken von Kraußlach an und adaptiert als Erklärungsansatz für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen die Individualisierungs- und Modernisierungstheorie von Wilhelm Heitmeyer. Er sieht vier zentrale Ursachen für die Gewaltanwendung durch Jugendliche:

1. Sie reagieren auf Armut und Desintegration mit Gewalt.
2. Sie beantworten strukturelle Gewalterfahrungen gewalttätig.
3. Sie reagieren auf ihr Scheitern an der gesellschaftlicher Realität in der Schule und im Beruf zur subjektiven Verarbeitung mit Gewalt.
4. Ihre Gewalt sei eine Konsequenz aus dem gesellschaftlichen Leitbild, daß der Stärkere sich durchsetzt.<sup>104</sup>

Er nennt weiter in Anlehnung an Wilhelm Heitmeyer die „Ohnmachtserfahrung übermäßiger Konkurrenz“ und „die Vereinzelung durch die Auflösung familiärer und kultureller Milieus“ als Gründe für die Gewaltanwendung durch Jugendliche. Für Jugendliche, die Gewalt ausüben und rechtsorientiert sind, fordert Hafeneger noch 1990 die Unterstützung und eine solidarische Begleitung.<sup>105</sup> Einige Jahre später wird er sich allerdings von diesem Ansatz distanzieren und sich zu einem scharfen Kritiker der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ entwickeln.

#### **4.4.3. Franz Josef Krafeld**

Franz Josef Krafeld gilt als der theoretische Kopf des Konzeptes der „akzeptierenden Jugendarbeit“ mit fremdenfeindlichen und/oder rechtsextremistischen Jugendlichen. Diese Arbeit begann 1988 mit einer halbjährigen Projektarbeit mit drei rechten Jugendcliquen in Bremen-Tostedt. Erst später wurde der Ansatz wissenschaftlich aufgearbeitet, woraus sich einige Jahre später das Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ entwickeln sollte. Wie Hafeneger bedient sich auch Krafeld der Theorien Heitmeyers: „Durch Veränderungen der Jugendphase und besonders durch die Individualisierung, werden Jugendlichen keine Verhaltensmuster mehr an

---

<sup>103</sup> Antifaschistisches-Info-Blatt: Akzeptierende Gewaltarbeit – Zum Umgang mit neonazistischer Jugendkultur im Bereich der Sozialarbeit und Jugendpolitik, Nr. 44 Jg.1998, S.12

<sup>104</sup> Hafeneger, Benno: „Männliche Jugendliche und Gewalt“ in: Sozialmagazin, Nr.1 Jg. 1992, S.29

<sup>105</sup> Hafeneger, Benno, zitiert nach Schmitz, Michael, 2000, a.a.O., S.105

die Hand gegeben, Desintegrationserfahrungen werden gemacht, Jugendliche fühlen sich ausgeschlossen und unverstanden.“<sup>106</sup> Er sieht die extremen Auffassungen Jugendlicher, ihre Provokationen mit rechtsextremistischem Vokabular und ihre rechten Gesänge und Parolen nicht primär politisch motiviert, sondern sie sollen dazu dienen, „von einer Gesellschaft wahr- und ernstgenommen zu werden, von der Jugendliche das nicht mehr erwarteten“.<sup>107</sup>

Der Kernsatz der akzeptierenden Jugendarbeit ist der, daß sich „Änderungen im Verhalten Jugendlicher kaum einstellen, wenn versucht werde, die Probleme zu beseitigen, die Jugendliche *machen*. Es müsse vielmehr bei den Problemen angesetzt werden, die Jugendliche *haben*“<sup>108</sup>. Krafeld fordert einen Abschied „(...) von der bis heute ungemein verbreiteten Illusion, mit Aufklärung oder Bekämpfung rechtsextremistische Orientierungen und Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen tatsächlich zurückdrängen zu können“.<sup>109</sup> Aus dieser Position heraus kritisiert er, daß Jugendarbeiter, die rechte Jugendliche ausgrenzen und nach „nazifreien Zonen“ rufen, ihre Gleichgültigkeit gegenüber Sorgen und Problemen von Jugendlichen zeigen würden und damit Mitverursacher seien für die Frustrationserlebnisse der rechten Jugendlichen.

Auf der Basis seiner These, daß Rechtsorientierung und Gewaltbereitschaft Jugendlicher Symptome von Schwierigkeiten in der Lebensführung, Desintegrationserfahrungen und Orientierungsverunsicherungen seien, entwickelt Krafeld sechs Handlungsbereiche, die ähnlich auch schon bei Kraußlach für die Arbeit mit „Rockern“ zu finden sind:

1. Für besonders wichtig wird bei ihm eine Art Sozialisationshelfer für den Jugendlichen erachtet, dadurch soll die Alltagsbewältigung stabilisiert werden.
2. Jugendliche sollen die Fähigkeit zur Selbstorganisation und Selbstbestimmung erlernen.
3. Hierzu sei es notwendig, mit den Jugendlichen räumliche materielle und soziale Ressourcen zu erschließen.
4. Der Mangel an Beziehungen und ernsthaften Gesprächspartnern solle durch sozialarbeiterische Beziehungsarbeit gelöst werden.
5. Dem „Actionmangel“ Jugendlicher solle durch erlebnisorientierte Aktivitäten begegnet werden.

---

<sup>106</sup> Krafeld, Franz Josef: Cliquenorientierte Jugendarbeit – Grundlagen und Handlungsansätze, Weinheim und München, 1992, S.29

<sup>107</sup> Krafeld, Franz Josef: Eskalation der Gewalt gegen Ausländer – und was tun?, in: Deutsche Jugend, Nr. 11 Jg. 1992, S. 500

<sup>108</sup> ebd., S. 501

6. Jugendlichen sollen politische Partizipationsmöglichkeiten an die Hand gegeben werden.<sup>110</sup>

#### **4.5. Die pädagogische Umsetzung: Das Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechtsorientierten Jugendcliquen“**

Schon bei der Namensgebung für ihren pädagogischen Ansatz wird deutlich, daß die Protagonisten dieser Pädagogik Neuland betreten haben. Die bis dato verwendeten Begriffe für eine Pädagogik gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen lehnen sie ab, da sie Gegnerschaft und Feindschaft gegenüber den rechtsextremistisch und fremdenfeindlich orientierten Jugendlichen beinhalten und auf Bekämpfung angelegt seien, statt auf die Förderung von Lern- und Entwicklungsprozessen abzuführen. Sie kommen zu dem Ergebnis: „In pointierter Abgrenzung zu diesen Grundverständnissen, die immer wieder in einen „hilflosen Antifaschismus“ oder in eine Scheinlegitimation für Ausgrenzungen derartiger Jugendlicher münden, sprechen wir inzwischen von „akzeptierender Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“<sup>111</sup>.

Das Konzept dieser „akzeptierenden Sozialarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ differenziert sich nach den regionalen Bedingungen, die durch jeweilige regionale Akteure und Träger, sowie durch unterschiedliche Ausgangssituationen in den Kommunen geprägt werden. So gibt es kein allgemeingültiges pädagogisches Konzept. Differenzen gibt es u.a. bei der Frage des Umgangs mit organisierten rechtsextremistischen Jugendlichen und bei der Definition des Begriffs „Akzeptanz“ in den Projekten. Dennoch ist es möglich, einen allgemeingültigen Handlungsrahmen für die „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ zu skizzieren, der sich aus Dokumentationen von Fachtagungen, Projektbeschreibungen und Projektreflexionen herausarbeiten lässt.<sup>112</sup>

---

<sup>109</sup> Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.312

<sup>110</sup> Krafeld, Franz Josef, u.a.: Jugendarbeit in rechten Szenen, Bremen, Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt Bremen, 1993, Zusammenfassung der Handlungsfelder einer „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“, S. 35 - 49

<sup>111</sup> Heim, Gunda; Krafeld, Franz Joseph: Lieber ein Skinhead als sonst nichts? – Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen, in: Neue Praxis, 21. Jg. 1991, S.300

<sup>112</sup> Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.317. Dort heißt es: „Aus unseren Kontakten zu Mitarbeitern in anderen Projekten und Arbeitszusammenhängen in der Arbeit mit rechten Jugendlichen haben wir den Eindruck gewonnen (...), daß die hier dargelegten Grundverständnisse akzeptierender Arbeit von den allermeisten inhaltlich weitestgehend mitgetragen werden (...)“.

Die rechtsextremistischen Ausdrucksformen der Jugendlichen werden allgemein als eine Kommentierung ihrer Lebenssituation begriffen. So folgen die pädagogischen Konzepte der Forderung Wilhelm Heitmeyers, "(...) entsprechend solle Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen nicht ihren Blick auf Mitgliedschaften, auf inkriminierte politische Äußerungen oder Verhaltensweisen richten, sondern auf die Orientierungsmuster und das damit verbundene Handeln im alltäglichen Zusammenleben"<sup>113</sup>

Akzeptierende Jugendarbeit beginnt in der Regel als Streetwork. Da rechtsextremistische Jugendliche häufig Hausverbote in Jugendeinrichtungen haben, treffen sie sich auf der Straße, wo sie dann u.a. durch Pöbeleien gegen Migranten auffallen. Streetworker versuchen nun zuerst mit den Jugendlichen in Kontakt zu kommen und auf sie zuzugehen. Im zweiten Schritt wird dann eine feste Räumlichkeit für sie organisiert und diese dann mit ihnen in Eigenarbeit eingerichtet.

Krafeld sieht in Anlehnung an seine theoretische Herleitung des pädagogischen Ansatzes die konkreten und zentralen Handlungsfelder der akzeptierenden Jugendarbeit in folgenden Bereichen:

- Sozialisations- und Alltagshilfe leisten;
- die Akzeptanz bestehender Cliques;
- die Selbstorganisation und Selbstverwaltung von Räumen durch die Jugendlichen fördern;
- materielle Ressourcen für sie erschließen;
- eine persönliche Beziehung zu ihnen auf- und ausbauen;
- Aktivitäten der Jugendlichen (z.B. durch Fanprojekte und erlebnispädagogische Maßnahmen) fördern;
- und sich im gegebenen Fall in politische Diskussionen einmischen.<sup>114</sup>

Es werde versucht, sich konkret dem Lebensmilieu der Jugendlichen zuzuwenden, für die Jugendlichen da zu sein, ohne konkrete Erwartungen an sie zu stellen, und positive Beziehungen durch „personal-konkrete Beziehungsarbeit“<sup>115</sup> wachsen zu lassen. Die Sozialarbeiter sollen im Umgang mit den Jugendlichen Gefühle von Geborgenheit und von eigener Wichtigkeit stärken, andererseits leidvollen Erfahrungen entgegenwirken,

---

<sup>113</sup> ebd., S.302

<sup>114</sup> Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit in rechten Szenen, Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt Bremen, 1993, Zusammenfassung der Handlungsfelder einer „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliques“, S. 35 - 49

<sup>115</sup> Heim,Gunda; Krafeld, Franz Joseph (1991), a.a.O., S. 303



„damit dann auch weniger leicht Probleme auf andere Menschen verschoben werden“<sup>116</sup>. Das Ziel sei es, dadurch bei den rechtsextremistischen Jugendlichen Veränderungen zu bewirken, die mit Aufklärung und Belehrungen nach Krafelds Ansicht nicht erreicht werden können.<sup>117</sup>

Gunda Heim u.a. stellen in einer Aufarbeitung ihrer Projekterfahrung in Bremen-Tostedt mit drei „rechten Jugendcliquen“ Handlungsanleitungen vor, die heute als allgemeingültige Handlungsanleitung für die konkrete Praxis der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ angesehen werden können. Sie sehen in Anlehnung an die bisher dargestellten Ansätze für eine Pädagogik mit rechtsorientierten Jugendlichen weitere vertiefende konkrete Handlungsanleitungen, die sie in ihrer Arbeit darstellen. Folgende halte ich daraus für besonders bedeutend:

- Akzeptierende Arbeit setze damit an, als Jugendarbeiter/ Jugendarbeiterin einfach da zu sein und den Jugendlichen ein entsprechendes personales Angebot zu machen, ohne damit schon die Erwartung (seitens des Jugendarbeiters, Anm. des Verfassers) zu verbinden, einbezogen oder in spezifischer Weise gefordert zu werden.
- Akzeptierende Arbeit verlange von Jugendarbeitern und Jugendarbeiterinnen, damit umgehen zu lernen, daß vor allem am Anfang die Jugendlichen so gut wie ausschließlich etwas unter sich machen wollen.
- Akzeptierende Jugendarbeit sei primär Beziehungsarbeit, die sich im Prozess wachsender Vertrautheit und Akzeptanz im Umgang miteinander entfalte. Kern dieser Beziehungsarbeit sollen dann vor allem intensive, situativ entstehende Einzelgespräche sein, die zumeist auf Initiative von Jugendlichen zustande kommen.
- Das Wachsen von positiven Beziehungen setze voraus, daß die Jugendarbeiter und Jugendarbeiterinnen bereit sind, zuzuhören, so haarsträubend und erschreckend manche Aussagen der Jugendlichen auch sein mögen, und so sehr diese den Wert- und Moralvorstellungen der Jugendarbeiter/ Jugendarbeiterinnen widersprechen.

---

<sup>116</sup> ebd., S. 303

<sup>117</sup> Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.313

- Gerade Reaktionen auf anstößige oder erschreckende Äußerungen verlangen danach, ihren Entstehungskontext und ihre mögliche Funktion zu betrachten – statt z.B. situationsgeleitete spontane Äußerungen so zu behandeln, als ob es sich um eine parteiprogrammatische Aussage handele.
- Gerade bei Gesprächen über Orientierungsmuster und Leitbilder der Jugendlichen sei es besonders wichtig, sich vor Augen zu halten, daß die eigenen Auseinandersetzungsformen, die Behauptungs- und Durchsetzungskompetenzen der Jugendarbeiter durchweg eher auf kognitiv-verbaler Ebene angesiedelt seien, die der Jugendlichen aber auf körperbetont-sinnlichen Ebenen.<sup>118</sup>

Ein schwerwiegendes Problem dieses pädagogischen Ansatzes ist die Grenzziehung gegenüber den rechtsextremistischen Jugendlichen. Die Grenze der Bereitschaft des Pädagogen zum Zuhören und Zusehen sollte nach Heim/Krafeld da gesetzt werden, „wo man etwas innerlich, vom inneren Empfinden her nicht aushalten kann“<sup>119</sup>. Ausgehend von konkreten Situationen sehen Krafeld und seine Mitarbeiter weitere Grenzen der „Akzeptanz“ dort erreicht:

- wo ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin körperlich angegriffen werde;
- wo konkret eine deutliche körperliche oder eine tiefgreifende psychische Verletzung anderer Menschen anstehe;
- wo ein deutliches Risiko bestehe, instrumentalisiert oder als Deckung für Straftaten o.ä. benutzt zu werden;
- wo agitatorische oder propagandistische Absichten handlungsanleitend seien.<sup>120</sup>

Gerade aber beim letzten Punkt gebe es wesentliche Differenzen in den Konzepten der Projekte, so Krafeld in mehreren Ausführungen. Er sieht weitere Dissonanzen zwischen den Projekten „(...) vor allem beim Umgang mit dem Tragen von Waffen, mit dem Zeigen rechtsextremistischer Symbole, dem Umgang mit exzessivem Alkoholkonsum oder dem Umgang mit Körperlichkeit und Gewalt“<sup>121</sup>.

Diese Auseinandersetzung zieht den Begriff der „Akzeptanz“ in den Mittelpunkt der Konzeptsdiskussion. Das pädagogische Konzept des „akzeptierenden Drogen- und Runaway-

---

<sup>118</sup> ebd., S.307f.

<sup>119</sup> ebd., S.310

<sup>120</sup> ebd., S.317

<sup>121</sup> ebd., S.318

Streetwork“ aus den achtziger Jahren wird bei der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ kopiert, ohne allerdings die politische Motivation der rechtsextremistischen Jugendlichen zu berücksichtigen.<sup>122</sup> Akzeptanz bedeutet nach Simon nicht, bestimmte Verhaltensweisen zu tolerieren oder zu forcieren. Akzeptanz bedeutet für ihn, die Jugendlichen erst einmal anzunehmen und ihre persönlichen Probleme aufzugreifen.<sup>123</sup> Ähnlich interpretiert Heim diesen Begriff: „Die Jugendlichen sollen so ernst genommen werden, wie sie sind“<sup>124</sup>. Etwas ausführlicher widmet sich Krafeld diesem Begriff. Akzeptanz bedeute nicht, sich abzufinden oder ein fatalistisches Hinnehmen, sondern den Anderen wichtig zu nehmen, gerade auch in und mit seinem Anderssein. Der Blick der Sozialarbeiter solle nicht auf die politische Position und die Verhaltensweise fixiert sein, sondern der Sozialarbeiter solle bereit sein, eine Situation zu schaffen, wo man sich als Personen begegnen könne.<sup>125</sup>

Der unklare Schlüsselbegriff „Akzeptanz“, hat in dem Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ vielerorts zu konzeptionellen Unklarheiten bei der Grenzziehung gegenüber den rechtsorientierten Jugendlichen und der Rolle von organisierten Rechtsextremisten in Projekten geführt, wie wir später im Kapitel sehen werden, das sich mit der Kritik an diesem pädagogischen Ansatz befasst.

#### **4.6. Die Übertragung auf die neuen Bundesländer 1992 bis 1997**

Das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAg) wurde 1991 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entwickelt und am 1.1.1992 gestartet. Die pogromartigen Ereignisse in Hoyerswerda waren der wesentliche Auslöser für das Programm.<sup>126</sup> Bei einer im Dezember 1991 abgehaltenen Pressekonferenz zur Vorstellung des Programms erklärte die zuständige Bundesministerin Angela Merkel: „Die Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisierte, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet (...), weil man sich vernachlässigt, unverstanden,

---

<sup>122</sup> Norddeutsche Antifagruppen (Hg.): Rosen auf den Weg gestreut, Hamburg, o.J., S.32f.

<sup>123</sup> Simon, Titus: Nazis sind keine Rocker, in: Jungle World, Nr. 15. Jg. 1998, S.14

<sup>124</sup> Heim, Gunda; Krafeld, Franz Josef (1991), a.a.O., S. 305

<sup>125</sup> Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.312

<sup>126</sup> Bruderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten – Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, Bonn, 1998, S.43

ausgeschlossen fühlt. In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern“.<sup>127</sup>

Das AgAg-Programm wurde ausschließlich für die neuen Bundesländer eingerichtet. Zuerst für drei Jahre von 1992 bis 1994, dann wurde das AgAg um zwei Jahre bis 1996 verlängert, um es schließlich 1997 mit der Perspektive, die Finanzierung und Weiterführung der Projekte in die Verantwortung der Bundesländer und Kommunen übergeben zu können, auslaufen zu lassen. Bis 1996 wurde das AgAg mit jährlich 20 Millionen DM ausgestattet und 1997 noch mit 13 Millionen DM gefördert. Durch das AgAg wurden insgesamt 122 dauerhafte Projekte in 30 Regionen der neuen Bundesländer initiiert, von denen heute immer noch 103 Projekte in der Verantwortung der Länder und der Kommunen arbeiten.<sup>128</sup> Freie örtliche Träger dominieren die Trägerstruktur der AgAg-Projekte mit einem Anteil von über 60%.

Ausgewählt wurden 30 Brennpunktregionen. Die Kriterien hierfür waren drei Faktoren:

1. Das massive Auftreten und Agieren von rechtsextremen Jugendcliquen.
2. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Gruppen oder Cliquen, unabhängig von ihrem politischen Hintergrund.
3. Das über das „Normalmaß“ hinausgehende Zusammenbrechen sozio-struktureller Voraussetzungen.<sup>129</sup>

Die Brennpunktregionen des AgAg in Berlin waren Stadtteile in den Bezirken Marzahn, Hellersdorf, Lichtenberg und Hohenschönhausen. In Brandenburg wurden die Städte Eberswalde-Finow, Oranienburg-Velten, Schwedt-Angermünde, Cottbus und Fürstenwalde zu Brennpunktregionen. Erreicht wurden durch das AgAg insgesamt ca. 6500 bis 8000 Jugendliche, von denen etwa ein Drittel zu der Gruppe gehörte, „(...) die wiederholt Gewalt gegen Personen anwendeten und verfestigte rechte sowie linke Weltbilder vertraten“<sup>130</sup>. In der Praxis beschäftigten sich die Projekte aber mehr mit rechtsorientierten Jugendlichen. 40% der Projekte wendeten sich an sie und nur 10% an sogenannte „linke“ Jugendliche. Die überwiegende Mehrzahl waren sozial benachteiligte Jugendliche, „(...) die aufgrund ihrer Lebenssituation nach der Wende Affinitäten zu gewaltbereiten Ju-

---

<sup>127</sup> Merkel, Angela, zitiert nach Bruderus, ebd., S.43

<sup>128</sup> Bohn, Irina: Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, in: Deutsches Jugendinstitut (DJI): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe – Dokumentation zum Hearing des DJI am 13. Januar 2000 in Berlin, Leipzig, 2000, S.87 vgl. auch: Bohn, Irina: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.301 – 309 und Bohn, Irina: Jugend – Gewalt – jugendpolitischer Umgang – Eine Bilanz des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31 Jg.1998, S. 37 - 45

<sup>129</sup> Bruderus, Andreas (1998), a.a.O., S.44

<sup>130</sup> Bohn, Irina (2000), a.a.O., S.88

gendszenen entwickelten“<sup>131</sup>. Anhand dieser letzten Formulierung lässt sich im theoretischen Überbau des Programms die Nähe zu den Theorien Wilhelm Heitmeyers erkennen. Noch deutlicher wird diese Orientierung, wenn etwas später gesagt wird: „Die Arbeit in den Projekten soll lebenswelt- und lebenslagenorientiert und zielgruppenadäquat sein. Mit dieser Maxime soll den Individualisierungs- und Pluralisierungsschüben, denen die Jugendlichen in den neuen Bundesländern ausgesetzt waren, Rechnung getragen werden“<sup>132</sup>. Weiterhin orientieren sich die Autoren des AgAg-Konzeptes an den Theorien von Krafeld: Randständige Jugendliche sollen nicht ausgegrenzt und sie sollen in ihr soziales Umfeld eingebunden werden.

Krafeld selbst sieht 1993 etwa 50 Projekte einer „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ in den alten Bundesländern angesiedelt. In den neuen Bundesländern sind nach seinen Angaben durch das AgAg-Programm knapp 30 Projekte entstanden, die nach diesem Konzept arbeiten und speziell auf rechte Jugendliche zielen.<sup>133</sup> Bruderus wiederum sieht 1998 eine größere Zahl von Projekten, bundesweit ca. 100, die zwar nicht explizit nach dem Konzept von Krafeld u.a. arbeiten, aber sich des Begriffes „akzeptierend“ in ihrer Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen bedienen.

#### **4.7. Die Kritik an der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“**

Die Kritik an diesem pädagogischen Ansatz verläuft auf drei Ebenen:

- Kritik am theoretischen Überbau;
- Mängel in der praktischen Umsetzung – besonders in den AgAg Projekten;
- Folgen für das gesellschaftliche Klima in den Kommunen.

##### **4.7.1. Die Kritik an der Theorie**

Da die Theoretiker der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ auf die Theorien von Wilhelm Heitmeyer zurückgreifen, bezieht sich eine Linie der Kritik zunächst darauf und zielt dann auf das anschließende pädagogischen Modell. Der Erklärungsansatz der „Modernisierungsverlierer“ oder „Modernisierungso-

---

<sup>131</sup> ebd., S.88

<sup>132</sup> ebd., S.89

<sup>133</sup> Krafeld, Franz Josef: Jugendarbeit in rechten Szenen, Bremen, Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt Bremen, 1993, S.9

fer“ entbinde die Täter von der Verantwortung für ihr Handeln, so die Kritiker. Er trage ihnen die Opferrolle zu und bestärke die rechtsextremen und fremdenfeindlichen Jugendlichen in ihrem Recht, sich gegen die (aus ihrer Sicht) „Mißstände“ zu wehren: „Die Aufmerksamkeit und Fürsorge, die den Jungnazis so wiederfährt, bestätigt allzu viele in der Ansicht, richtig gehandelt zu haben und zu handeln.“<sup>134</sup>

Die rechtsextremistischen und fremdenfeindliche Einstellungen und Handlungen werden nicht einfach nur in Kauf genommen, sondern sind die Voraussetzung und Bedingung für sozialpädagogische Zuwendung in den Projekten der „akzeptierenden Jugendarbeit“. Trotzdem wird in der pädagogischen Theorie der politisch motivierte Zweck rechtsextremer und fremdenfeindlicher Jugendgewalt nicht weiter berücksichtigt, sondern der politische Zweck wird von den praktischen Handlungen der rechtsorientierten Jugendlichen getrennt. So kann nach diesem theoretischen Schritt eine individualistische, sozialpsychologische und/oder psychoanalytische Erklärung für „nicht politisch motivierte Jugendgewalt“ gesucht werden: „(...) ihnen wird der politische Wille abgesprochen und sie werden als ‚desorientierte‘, ‚aggressive‘ und ‚frustrierte‘ Jugendliche beschrieben, deren Gewalthandlungen nicht als politische Handlungen zu werten sind“. Diesen Gewalthandlungen soll nun mit ordnungsinstrumenteller „akzeptierender sozialpädagogischer Arbeit“ begegnet werden, die „Lage“ soll normalisiert werden und die rechtsextremen Jugendlichen aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden.<sup>135</sup>

#### **4.7.2. Die Mängel in der praktischen Umsetzung**

Die Kritik an der praktischen Umsetzung der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ in einzelnen Projekten, aber auch an der gesamten Umsetzung des AgAg-Programms, vollzieht sich auf mehreren Ebenen. Die erste ist die auf das Konzept abzielende Kritik, daß mit der Übertragung des Begriffs „akzeptierend“ für die Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen keineswegs das Konzept von Krafeld u.a. in seiner Reinform, sondern nur ein diffuser Begriff der „Akzeptanz“ auf diese Arbeit übertragen worden ist: „Selbst die von Krafeld aufgestellten Grenzen der akzeptierenden Sozialarbeit wurden teilweise missachtet, das ging bis hin zur Bestellung von Bussen für Nazi-Demonstrationen, der Produktion von CDs von rechtsextremistischen Bands oder der Erstellung von rechtsextremen Homepages, um damit die Kreativität der jungen Leute zu fördern“<sup>136</sup>.

---

<sup>134</sup> Antifaschistisches-Info-Blatt: Akzeptierende Gewaltarbeit, Nr.44 Jg. 1998, S.12; vgl. auch der Abschnitt 4.3.3. „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als das Problem einer Dominanzkultur“ in dieser Arbeit.

<sup>135</sup> Norddeutsche Antifagruppen (Hg.), o.J., a.a.O., S.41

Krafeld fordert in seinem Konzept die Konfrontation der rechtsorientierten Jugendlichen mit humanistischen und demokratischen Einstellungen und Werten durch den Sozialarbeiter, der diese durch seine Person in der Beziehungsarbeit repräsentiert. Dies ist aber selbst für langjährig geschulte wertefeste Sozialarbeiter schwierig und auch nur durch begleitende Maßnahmen wie regelmäßige Supervision und Fortbildung (eventuell) durchzuhalten. Mit der Umsetzung des AgAg 1992 stand die Sozialarbeit in den neuen Ländern aber vor einem Neuaufbau, da sie auf keine entsprechenden Strukturen zurückgreifen konnte. Rund 400 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden über das AgAg-Programm beschäftigt. Über 70% dieser Angestellten kamen aus fachfremden Berufen und 9% waren ausgebildete Lehrer. Diese wurden in Schnellkursen auf ihre Arbeit vorbereitet, „(...) was äußerst fragwürdig erscheint und die Gefahr erhöht, daß das theoretische Konzept der ‚akzeptierenden Jugendarbeit‘ in der Praxis zur gefährlichen Beliebigkeit wird“<sup>137</sup>.

An das Personal werden nach dem Konzept von Krafeld u.a. in der Wertefestigkeit und der Werteorientierung hohe Ansprüche gestellt. Durch die theoretische Grundlage der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ selbst ist aber die Praxis entpolitisiert. Dies hat für die Einstellung von Personal entsprechende Folgen: „Von politischer Distanz zum Klientel, Kenntnis des bundesdeutschen Grundgesetzes, oder gar Wertesicherheit bezüglich demokratischer Grundstandards (z.B. Minderheitenschutz) konnte bei den Erwachsenen, die Anfang der 90er Jahre in den neuen Bundesländern mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen zu arbeiten begannen, keine Rede sein“<sup>138</sup>.

Beispiele für entsprechende Fehlentwicklungen sind seit 1992 vielfach öffentlich dokumentiert und brachten das AgAg-Programm so weit in Bedrängnis, daß die Weiterführung 1994 gefährdet war. Nur drei extreme Beispiele sollen hier erwähnt werden, um die pädagogische Katastrophe deutlich zu machen. So wurden 1992 im Jugendclub „Sandow“ in Cottbus Neonazis von Sozialarbeitern betreut, die selbst aus der rechten Skinhead-Szene kamen.<sup>139</sup> Im gleichen Jahr wurde in Hoyerswerda öffentlich, daß im Jugendclub „WK 10“ die rechtsextreme „Deutsche Alternative“ ihren Treffpunkt hatte und der Sozialarbeiter hinter der Theke „selbst gegen Ausländer randaliert hat und zu seiner

---

<sup>136</sup> Wagner, Bernd (1999), a.a.O., S.45

<sup>137</sup> Bruderus, Andreas (1998), a.a.O., S.45

<sup>138</sup> Kirschnick, Sylke: Keine Akzeptanz von Intoleranz – Grenzen der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.1 Jg.1999, S.3

<sup>139</sup> Leif, Thomas: Neonazis als Sozialarbeiter, in: Erziehung und Wissenschaft, GEW-Berlin (Hg.), Nr.10 Jg. 1992, S.15

Vergangenheit steht“<sup>140</sup>. Seit 1995 konnte die vom Verfassungsschutz beobachtete rechtsextremistische Band „Proissenheads“ in einem städtischen Jugendclub in Potsdam unter den Augen und Ohren der dort angestellten Sozialarbeiter proben. Erst nachdem diese Tatsache 1998 öffentlich wurde, verlor die Band ihren Proberaum. Der Leiter des Jugendclubs, der akzeptierende Jugendarbeit praktiziert, hielt die öffentliche Kritik daran und das Auftrittsverbot für die Band für ungerechtfertigt und fragte: „Wer hat den Proissenheads eine Chance gegeben und hat sie selbst etwas sagen lassen?“<sup>141</sup>.

#### **4.7.3. Die Folgen für das lokale soziokulturelle Klima**

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt an der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ sind die Folgen für das soziokulturelle Klima in den Kommunen. In der akzeptierenden Jugendarbeit ist es ein wesentlicher integraler Bestandteil, den rechten Jugendlichen einen öffentlichen Raum zu bieten, in denen sie rechte Ästhetik, rechte Musik und rechtsextreme Argumente und Anschauungsmuster ungehindert kultivieren dürfen. Die Kritik daran ist nun, daß ein solcher Ansatz „(...) aber offensichtlich die strukturellen Entwicklungen des deutschen Rechtsextremismus in den neunziger Jahren ignoriert“<sup>142</sup>.

Diese strukturelle Entwicklung skizziert Bernd Wagner so, daß die heutigen Wurzeln der NPD und ihrer Jugendorganisation in den neuen Bundesländern vor allem in einer rechtsextrem orientierten Jugendkultur lägen, die in der Lage sei, erhebliche soziokulturelle Kapazitäten aufzubringen und sozialräumliche Dominanzen herzustellen. Der wichtigste Kernpunkt dieser kulturellen Subversionsidee ist es, die Mentalität von Menschen zu ändern, alltagskulturelle Momente sollen hier im Mittelpunkt stehen. Für Jugendclubs bedeutet diese rechtsextreme Strategie, daß ständig rechte Musik gespielt wird, eine entsprechende Mode unter den Jugendlichen entsteht, Eß- und Sprachgewohnheiten kultiviert werden und sogar die Partnerwahl nach „völkisch-arischen“ Gesichtspunkten erfolgt. Für die NPD und die rechtsextremen Kameradschaften sind für diese Strategie die Jugendclubs besonders geeignet, um die rechte kulturelle Dominanz zu festigen, da sie mitunter Hilfe aus den Reihen der Sozialarbeiter erfahren, die individualtherapeutisch arbeiten. Die falsch verstandene „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ leistet so den rechtsextremen Dominanz- und Ausbreitungsbemühungen Vorschub.<sup>143</sup>

---

<sup>140</sup> Leif, Thomas: Rechte Helfer zur unpolitischen Frustbearbeitung, in: Der Tagesspiegel, 29.9.92, S.3

<sup>141</sup> zitiert nach Winter, Yvonne: Nazis akzeptiert, in: Jungle World, Nr. 24 Jg.1998, S.12

<sup>142</sup> Korgel Lorenz: Akzeptierende Sozialarbeit und Erwachsenenbildung, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.1 Jg.1999, S.37

<sup>143</sup> Wagner, Bernd (1999), a.a.O., S.43 ff.



Um dies für ausgewählte Regionen in Berlin und Brandenburg deutlich zu machen, hier einige Beispiele:

### *1. Eberswalde/ Finow*

In dem Maß, wie nach 1993 antifaschistische Jugendliche ihren Einfluß von Finow aus auf die Jugend von Eberswalde ausdehnen konnten, zogen sich die Rechtsextremen zurück, und nur noch wenige Jugendliche bekannten sich äußerlich als „Rechte“. Es gab kaum noch nennenswerte Angriffe auf Ausländer oder Linke. Trotzdem wurde den verbliebenen Rechtsextremen im Rahmen des AgAg-Programms 1993 in Eberswalde ein Objekt zur Verfügung gestellt, in dem akzeptierende Jugendarbeit mit ihnen geleistet wurde und im Verlauf des Projektes ein Mitarbeiter wegen seiner Nähe zur rechtsextremen Organisation „Nationalistische Front“ (NF) entlassen wurde. Die Rechtsextremen in Eberswalde konnten ihre Szene über den Jugendclub stabilisieren und vorläufig nach der Auflösung der örtlichen Antifa-Jugend eine dominante rechtsextremistische Jugendkultur an den Schulen durchsetzen.<sup>144</sup>

### *2. Königs - Wusterhausen*

Der Verdrängungsprozess und die Förderung von sozialräumlicher Dominanz von Rechtsextremen durch die Orientierung am akzeptierenden Ansatz wurde auch für Königs-Wusterhausen von der Wochenzeitung „Jungle World“ dokumentiert:

„Ein Großteil unserer Besucher ist rechtsorientiert, ein Teil sei gewaltbereit“, gesteht Mathias Pietsch etwas ratlos seine Arbeitsvoraussetzungen ein. Er ist Streetworker in dem umstrittenen Jugendclub Oase im brandenburgischen Königs-Wusterhausen, der als Stützpunkt der rechten Szene in die Kritik geraten ist. Um akzeptierende Jugendarbeit handele es sich bei seiner Tätigkeit aber nicht: ‚Wenn rechtsextreme Zeitschriften, Aufkleber und CDs verteilt werden, schreiten wir ein.‘ Ein Hausverbot werde allerdings selten ausgesprochen: ‚Da muß schon Drastischeres passieren‘, so Pietsch. Daß es im Jugendclub selbst meist friedlich zugeht, könnte auch daran liegen, daß linke Jugendliche der ‚Oase‘ aus Angst vor Übergriffen fernbleiben. ‚Der Verdrängungsmechanismus greift‘, wie auch Pietsch feststellt.“<sup>145</sup>

---

<sup>144</sup> Antifaschistische Nachrichten: Über die Probleme mit Nazis in Brandenburg, speziell in der Industriestadt Eberswalde, Nr.5 Jg.1998, S.22

<sup>145</sup> Spannbauer, Andreas: „Antifaschismus ist für uns nicht alles“, in: Jungle World, Nr.46 Jg.1998, S.24

### 3. Potsdam

Hier ist zu verzeichnen, daß vor allem in den Potsdamer Außenbezirken rechtsextreme Jugendliche das öffentliche Bild prägen, sei es nun auf Sportplätzen, an Imbißbuden oder in Jugendclubs. Ein Beispiel für den vermeintlichen Erfolg einer akzeptierenden Jugendarbeit ist der Jugendclub „Lindenpark“. Dieser Club hatte sich 1993 nach einem Naziüberfall für akzeptierende Jugendarbeit entschieden. Wie ein Mitglied des Potsdamer Antifa-Bündnisses erklärte, sei die Folge gewesen (...), „daß sich alternative Jugendliche aus dem Club zurückziehen mussten“.<sup>146</sup>

### 4. Berlin – Prenzlauer Berg

Eine ähnliche Entwicklung konnte um den Jugendclub „Baracke“ im Prenzlauer Berg beobachtet werden. Das Projekt war 1997 ins Leben gerufen worden, um gewalttätige Jugendliche von der Straße zu holen. Die Jugendlichen im Club seien keine rechtsextremistisch orientierten, sondern „wertkonservativ“ eingestellte Jugendliche, so die Sozialarbeiter aus dem Club. Trotzdem wurde dieser Jugendclub zum Streitobjekt, da sich mehrere linke Jugendliche beklagten, daß ihnen ein Aufenthalt im Umfeld des Jugendclubs nicht mehr möglich sei. Sie fühlten sich durch die Besucher der „Baracke“ bedroht.<sup>147</sup>

#### 4.7.4. Abschied vom Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“?

Zwölf Jahre nach den ersten Projekten in den alten Bundesländern und nach neun Jahren Praxis in den neuen Bundesländern ist die Tendenz in der Fachwissenschaft, unter Pädagogen und in der Politik festzustellen, das Modell der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ stark zu hinterfragen. Neben der o.g. grundsätzlichen Ablehnung des Konzeptes durch seine Kritiker wird nun auch von ehemaligen Befürwortern die Tauglichkeit dieser Handlungsstrategie angesichts der heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stark angezweifelt.

Selbst der Mentor der „akzeptierenden Jugendarbeit“ Krafeld geht bezüglich der Umsetzung seines Konzeptes in den neuen Bundesländern auf deutliche Distanz und übt scharfe Kritik: „Die meisten Jugendarbeiter in Ostdeutschland, die von sich selbst behaupten, nach dem „akzeptierenden Ansatz“ zu arbeiten, haben denn auch noch nie davon gehört, daß es unter diesem Begriff eine ausformulierte Konzeption gibt (...). Sie

---

<sup>146</sup> Winter, Yvonne (1998), a.a.O., S.12 f.

<sup>147</sup> Spannauer, Andreas: Wertkonservative oder Neonazis? Streit um Club, in: Die Tageszeitung, 5.2.1998, S. 22

verwenden den Begriff vielmehr als Synonym für eine persönlich vielleicht engagierte, aber fachlich völlig unprofessionelle und unvertretbare Identifizierung mit ihrer Zielgruppe<sup>148</sup>. Dies betrifft vor allem den Begriff der „Akzeptanz“, wo Krafeld meint, daß aus seinem konzeptionellen Begriff der „Akzeptanz des tiefgreifend anderen“ ein gleichgültiges bis zustimmendes Hinnehmen gemacht wird. Besonders die Träger dieser Arbeit kritisiert er, wenn sie die politische Seite der Aufgabe ausblenden und ihren pädagogischen Mitarbeitern gar die politische Diskussion im Dienst verbieten.<sup>149</sup>

Weiter kritisiert er die vorbehaltlose Übertragung seines Konzeptes auf die neuen Länder, denn „(...) es werden nicht selten ausgerechnet solche methodischen Umsetzungen der Konzeption herausgegriffen, die zwar (...) in einer relativ liberalen Großstadt Sinn machten, die unter typischen ostdeutschen Bedingungen aber oft das Entscheidende ins Gegenteil verkehren“<sup>150</sup>. Wo rechte Jugendliche die Hegemonie ausüben und wo sie anderen deren Recht auf gefahrlose sozial-räumliche Entfaltung bestreiten, da, so Krafeld, darf Jugendarbeit solche Herrschaftsverhältnisse nicht noch stärken. Diese scharfe Distanzierung bedeutet, daß selbst Krafeld die akzeptierende Jugendarbeit in den neuen Bundesländern, aufgrund der dort häufig dominierenden rechten Jugendkultur und des sie unterstützenden erwachsenen Umfelds in den Kommunen ablehnt.

So ist zu fragen, welche Anwendungsbereiche dann noch für den Ansatz der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ bleiben, so man diesen Ansatz prinzipiell für pädagogisch sinnvoll erachtet. Albert Scherr skizzierte jüngst vier wichtige Ausgangs- und Erfolgsbedingungen für „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“:

1. Sie solle sich an Jugendliche wenden, die durch Formen der politischen Bildungsarbeit nicht erreicht werden (können). Besonders an Jugendliche mit verfestigten rechten Deutungsmustern, die Versuche der Aufklärung abwehren. Dies ist aber jeweils konkret zu prüfen, bevor der akzeptierende Ansatz zur Geltung kommen sollte.
2. Sie sei nur für solche rechtsorientierten Jugendlichen geeignet, deren Einstellungen sich tatsächlich als Ausdruck einer problematischen Lebenssituation verstehen lassen. Aber dies kann nicht generell angenommen werden.
3. Sie setze Pädagogen voraus, die politisch und ethisch gefestigt sind, und demokratische und menschenrechtliche Prinzipien und Werte vertreten.

---

<sup>148</sup> Krafeld, Franz Josef: Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert?, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.1 Jg. 1999, S.9

<sup>149</sup> ebd., S.9

4. Sie sei nur dort sinnvoll, wo rechtsextreme und fremdenfeindliche Jugendszenen nicht hegemonial sind.<sup>151</sup>

Da sich aber auch im Westen der Bundesrepublik, besonders im ländlichen Raum, das Erstarken einer rechtsextremistischen Jugendkultur beobachten lässt, werden auch nach diesen Kriterien die Anwendungsgebiete für die „akzeptierende Jugendarbeit“ immer weniger. Selbst in Bremen-Tostedt, einem der ersten Projekte von Krafeld und seinen Mitarbeitern, hätte nach den Kriterien Scherrs mit anderen pädagogischen Konzepten gearbeitet werden müssen.

Es ist daher angebracht, heute von einem Paradigmenwechsel in der Erklärungstheorie für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen zu sprechen. Heitmeyer und die skizzierte „Bielefelder Schule“ stellen heute nur noch einen Teilbereich in einem mehrdimensionalen Erklärungsmodell dar, ohne die Diskussion zu dominieren. Das an sie anschließende pädagogische Modell der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ gilt für die neuen Bundesländer theoretisch wie praktisch als gescheitert und unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen auch im Westen der Bundesrepublik als nicht mehr praktikabel. Dieser Paradigmenwechsel bedeutet eine Hinwendung der Pädagogik zu demokratischen alternativen Jugendszenen, zu den Opfern rechtsextremistischer Gewalt und zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Institutionen und Verantwortung. Nach weitverbreiteter Auffassung soll eine Strategie entwickelt werden, die darauf ausgerichtet ist, rechtsextreme Hegemonien in sozialen Räumen zu brechen.

## **5. Seit 1997: Zivilgesellschaftliche Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Das Jahr 1998 stellte für die öffentliche und sozialwissenschaftliche Diskussion um Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus eine Zäsur dar. Die öffentlich erkennbare kulturelle Dominanz einer rechtsextremen Jugendkultur in den neuen Ländern ließ in den Medien, in der Politik und in der Sozialwissenschaft die Zweifel an der Funktionalität der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ als einer adä-

---

<sup>150</sup> ebd., S.9

<sup>151</sup> Scherr, Albert: Akzeptierende Jugendarbeit – Arbeitsprinzipien, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen, in: Deutsches Jugendinstitut (DJI): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe, Dokumentation zum Hearing des DJI am 13. Januar 2000 in Berlin, Leipzig, 2000, S.13 f.

quaten Pädagogik gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wachsen. Handlungskonzepte mit dem Ziel des Aufbaus einer „Zivilgesellschaft“ und einer demokratischen Kultur, die auf eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas der gesamten Kommune und ihrer Institutionen setzen und so auf die Jugendlichen wirken sollen, rückten – zusammen mit entsprechenden Erklärungen für Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Jugendlichen - ins Blickfeld. Erklärungsansätze aus der Autoritarismusforschung finden heute wieder eine größere Beachtung, ebenso Ansätze von Autoren, die die DDR-Vergangenheit unter unterschiedlichen Perspektiven beleuchten.

Nicht zu vergessen ist auch der Regierungswechsel 1998 auf Bundesebene zur rot-grünen Koalition aus SPD und Bündnisgrünen, die in der Analyse der Gründe für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und bei ihrer Bekämpfung neue Akzente setzt:

1. Die Unterstützung der Opfer von rechtsextremer Gewalt.
2. Die Unterstützung demokratischer zivilgesellschaftlicher Aktivitäten und „nicht-rechter“ Jugendkulturen in der ehemaligen DDR.

### **5.1. Gesellschaftliche Situation nach 1993**

Nach dem Höhepunkt der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalt- und Straftaten 1992 und 1993 wurde in den darauffolgenden Jahren eine deutliche Abnahme seitens der staatlichen Behörden registriert. Auf der wahlpolitischen Ebene konnte (außer 1996 in Baden Württemberg die „Republikaner“ mit 9,1%) von 1992 bis 1998 keine rechtsextreme Partei alleine die 5%-Hürde bei einer Landtags- oder Bundestagswahl überwinden. Die Bundespolitiker schienen ihr Ziel erreicht zu haben, mit dem 1993 im Bundestag verabschiedeten „Asylkompromiss“ der rechtsextremistischen Szene in West- und Ostdeutschland den Boden für ihre Parolen zum großen Teil zu entziehen.

1997 jedoch mußte bei stagnierenden fremdenfeindlichen Gewaltverbrechen ein neuer Höhepunkt bei den „sonstigen Gesetzesverletzungen“, wie z.B. Propagandadelikten, durch fremdenfeindliche und/oder rechtsextremistische Täter festgestellt werden.<sup>152</sup> Diese Tendenz fand in den darauf folgenden Jahren ihre Bestätigung. Im April 1998 (noch vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, wo die rechtsextremistische Deutsche Volks-Union aus dem Stand heraus 12,9% der Wählerstimmen gewann) titelte die Wochenzei-

tung „Der Spiegel“ mit der Überschrift „National befreite Zonen“ und schrieb: „Acht Jahre nach der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 ist die Illusion geplatzt, rechtsradikale Übergriffe seien ein wendebedingtes Übergangsphänomen, lediglich der Umstellung von Staatssozialismus auf Demokratie geschuldet“<sup>153</sup>. Ähnlich stellte Wilhelm Heitmeyer stellvertretend für die neue Diskussion über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in der Sozialwissenschaft 1999 fest:

„Die vor allem in der politischen Arena, aber auch im sozialwissenschaftlichen Terrain vertretene Auffassung, daß sich die fremdenfeindlichen Einstellungen, damit verbunden Gewalt und Einbindungen in Szenen, Kameradschaften und Organisationen rechtsextremistischer oder neonazistischer Prägung als Übergangsphänomene aufgrund der sozialen, politischen und ökonomischen „Umstellungszumutungen“ erweisen würden, hat sich als nicht mehr haltbar erwiesen“<sup>154</sup>.

Drei zukünftige öffentliche und wissenschaftliche Diskursrichtungen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland deuteten sich schon in dieser vielbeachteten Titelstory des „Spiegel“ 1998 an:

1. Die Zentrierung der Diskussion auf die neuen Länder: „Beinahe jede zweite bundesweit registrierte rechtsextreme Gewalttat wurde 1997 in den neuen Ländern begangen. Angesichts des geringen Ausländeranteils von unter 2% in Ostdeutschland ist das Risiko für Ausländer im Osten um ein vielfaches höher als im Westen, wo der Fremdenanteil über 10% liegt“<sup>155</sup>.
2. Die Zentrierung der Diskussion auf das politische Klima und Demokratiedefizite in vielen ostdeutschen Kommunen: „Die festverwurzelte Intoleranz der gesellschaftlichen Mitte bildet die Brücke zwischen rechtsextrem orientierter Jugendgewalt und breiten Teilen der Bevölkerung“<sup>156</sup>.
3. Die Strategie rechtsextremer Kameradschaften und der NPD, sogenannte „National befreite Zonen“ zu schaffen. Wilhelm Heitmeyer beschreibt diese Strategie sozialwissenschaftlich als „sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus“<sup>157</sup>. Bernd Wagner betitelt 1998 eine umfangreiche Studie „Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern“, und „Der Spiegel“ lässt einen Rechtsextremisten erklären, vorrangiges Ziel der Neonazis müsse es sein,

---

<sup>152</sup> Quelle: Bundesministerium des Innern (BMI) nach Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Berlin, 2000, S.155

<sup>153</sup> Der Spiegel: „National befreite Zonen“, Nr.13 Jg. 1998, S.52

<sup>154</sup> Heitmeyer, Wilhelm: Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hg.): Bestandsaufnahme, Präventionsstrategien und Modellprojekte gegen rechtsextremistische Jugendgewalt, Berlin, 2000, S.32 f.

<sup>155</sup> Der Spiegel, Nr.13 Jg. 1998, S.53

<sup>156</sup> ebd., S.69

Stimmungen zu beherrschen und Lebensräume zu schaffen und zu erhalten, weiter sollen durch einen visuellen Wiedererkennungswert die Rechten einander signalisieren, daß sie nicht alleine sind, sondern die dominante (Jugend-)Kultur repräsentieren.<sup>158</sup>

Den theoretischen Überbau zum Konzept der sogenannten „National befreiten Zonen“ zeigt ein Papier der NPD-Jugend, der Jungen Nationaldemokraten (JN), mit dem Titel „Kulturelles Manifest der Jungen Nationaldemokraten (JN)“. Hier wird das Konzept der Zivilgesellschaft des italienischen Linken Antonio Gramsci aus den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts adaptiert, der als erster bedeutender Theoretiker die Bedeutung der Zivilgesellschaft für den Machterhalt des kapitalistischen Systems definiert hat. Die Rechtsextremisten übernehmen seine Analyse und formulieren: „Die politische Macht der Herrschenden stützt sich nicht allein auf einen Machtapparat mit seinen Institutionen (...), sondern ist von der Zustimmung der Bevölkerung in den herrschenden Anschauungen, Ideen, Wertvorstellungen und Sitten, eben dem Erhalt kultureller Macht abhängig.“<sup>159</sup> Daraus schließen sie, allein durch eine tiefgreifende Kulturrevolution, welche die soziale und nationale Befreiung begünstige, sei eine Lösung der gesellschaftlichen Probleme (aus rechtsextremer Sicht) möglich.

Das rechtsextreme Manifest „Schafft befreite Zonen!“ wurde 1991 von „nationalrevolutionären“ Rechtsextremisten zuerst in der Zeitschrift „Junge Freiheit“ und später im Internet im „Thulenet“ veröffentlicht. Es sollte der Anstoß zur Umsetzung der Strategie der „kulturellen Subversion“ durch große Teile der extremen Rechten und der Partei NPD sein. Es zielt räumlich auf die neuen Bundesländer aus der Analyse heraus, „(...) daß schließlich Mitteldeutschland in den nächsten Jahren eine Hauptkrisenregion wird“<sup>160</sup>. Die Rechtsextremisten definieren „befreite Zonen“ als die Etablierung einer Gegenmacht, als Räume, in denen sie faktisch die Macht ausüben, sanktionsfähig sein sollen und „Abweichler“ und „Feinde“ bestrafen können. Andererseits solle unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern geholfen werden. Ihr Ziel: „Das System, der Staat und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung (...) der Stadt zweitrangig“<sup>161</sup>. Zugleich sollen diese „befreiten Zonen“ Mikrokosmen der Gemeinschaft sein, die die Rechtsextremisten für alle anstreben. Der von ihnen gesehene zentrale Widerspruch von Identität und Ent-

---

<sup>157</sup> Heitmeyer, Wilhelm (2000), a.a.O., S.32

<sup>158</sup> Der Spiegel, Nr.13 Jg. 1998, S.60

<sup>159</sup> Junge Nationaldemokraten: Kulturelles Manifest der Jungen Nationaldemokraten, in: [www.Thulenet.com](http://www.Thulenet.com), 22.12.2000

<sup>160</sup> Schafft befreite Zonen!, ohne Autor, in: [www.Thulenet.com](http://www.Thulenet.com), 22.12.2000, S.1

<sup>161</sup> ebd., S.2

fremdung durch den modernen Kapitalismus soll hier zugunsten der Identität aufgelöst werden und die „befreiten Zonen“ ein Ort der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme und der Solidarität sein: „Sie sind Heimat für die Heimatlosen“<sup>162</sup>.

Diese Strategie der Rechtsextremisten soll einerseits durch Militanz und andererseits durch sympathieschaffende Aktivitäten bei der ansässigen Bevölkerung umgesetzt werden. „Die Straße“ ist dann aus militanter Sicht eine sog. „befreite Zone“, wenn die Rechten bestimmen, wer sich dort aufhalten und politisch artikulieren kann. Die rechtsextremen Aktivisten sollen sich zu Beginn auf ein Wohnobjekt oder einen Straßenzug konzentrieren, dafür seien 10 – 12 Rechtsextreme ausreichend.<sup>163</sup> Zweitens sei es, „unabdinglich mit der ansässigen Wohnbevölkerung in intensiven Kontakt zu treten, den Leuten immer und überall zu helfen“<sup>164</sup>. Als Beispiele werden genannt: Alten Leuten beim Ausfüllen der Formulare zu helfen, ihnen die Gärten in Ordnung zu bringen, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatrouillen sicher zu halten.<sup>165</sup> Sei auf diese Weise ein Straßenzug, ein Dorf oder sogar der Sozialraum einer kleineren Stadt „Befreite Zone“, so haben die Rechtsextremisten hier die Gegenmacht erobert und können diesen Raum, so ihre Annahme, auch kulturell bestimmen.

Der Rechtsextremismusexperte Bernd Wagner beschrieb die Situation in Brandenburg 1997 so, daß „(...) viele völkische Vorstellungen inzwischen in breite Bereiche der Jugendszenen eingesickert sind. (...) Zunächst werden Ideologiefragmente über nationalsozialistische Kaderorganisationen in eine breite Szene hineingetragen. Zum anderen auch über die Kultur, zum Beispiel in Gestalt von CD-Produktionen der Rechtsrockbands“<sup>166</sup>. Drei Jahre später stellte er eine Normalisierung völkischer Ideen und Einstellungen fest, in allen Altersgruppen und über alle Parteigrenzen hinweg. Dies führe auch dazu, daß auf der Ebene des kulturellen Alltags rechtsextreme Verhaltensweisen Normalität geworden sind: „Diejenigen, die das als kritikwürdig empfinden, werden in den Alltagskontexten immer mehr zu Exoten“<sup>167</sup>. Der ehemalige Innenminister Brandenburgs Alwin Ziel teilte 1999 diese Einschätzung für das Land Brandenburg: „Fremdenfeindliche jugendliche Gewalt gedeiht auf dem Nährboden von Ignoranz und latentem Fremdenhass auch in Teilen der Erwachsenen“<sup>168</sup>.

---

<sup>162</sup> ebd., S.2

<sup>163</sup> ebd., S.3

<sup>164</sup> ebd., S.3

<sup>165</sup> ebd., S.4

<sup>166</sup> Rechtsextremismus in Brandenburg: Interview mit Bernd Wagner, in: Die Tageszeitung, 22.3.1997, S.5

<sup>167</sup> Wagner, Bernd (2000), a.a.O., S.34/35

<sup>168</sup> Ziel, Alwin: Rechtsextremismus in Brandenburg, Rede des Innenministers auf dem SPD-Kongress „Rechtsextremismus in Brandenburg“, Potsdam, 13.2.1999



Nicht nur nach Wagners Einschätzung hatte die Strategie der „kulturellen Subversion“ der rechtsextremen Nationalrevolutionäre einen durchschlagenden Erfolg. Rainer Erb beschreibt in seinen Arbeiten ebenfalls eine fremdenfeindliche und rechtsextreme (juugend-) kulturelle Dominanz in Kommunen Brandenburgs<sup>169</sup>. Ob diese aber nun ein Produkt der gezeigten Strategie der Rechtsextremisten ist, ist in der Sozialwissenschaft nicht unumstritten. Der Rechtsextremismusexperte Richard Stöss bestreitet dies, im Gegensatz zu Bernd Wagner, Rainer Erb und Burkhard Schröder<sup>170</sup>, mit folgenden Worten: „Die gewaltbereiten Subkulturen existieren nicht als Ergebnis eines Plans und werden auch nicht von Organisationen gesteuert. Sie gedeihen als unbeständige, labile Vergemeinschaftung auf fruchtbarem Boden“<sup>171</sup>.

## 5.2. Empirische Studien von 1997 bis 2000 aus Berlin und Brandenburg

Dieser Abschnitt dient dazu, die heutigen rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen in Berlin und Brandenburg zu quantifizieren, die Ergebnisse mit denen von 1989 bis 1993 zu vergleichen und mögliche signifikante Veränderungen festzustellen.

Richard Stöss legte im August 2000 eine Studie über „Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg“ vor. Dazu wurden 1850 Berliner und Brandenburger ab 18 Jahren befragt. Es handelt sich also nicht um eine Jugendstudie, sondern die Studie soll die Einstellungen der gesamten wahlberechtigten Bevölkerung beider Bundesländer abbilden. Die erfassten Dimensionen seiner Rechtsextremismusskala sind Autoritarismus, Nationalismus, ethnisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, sozioökonomisch motivierte Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und pronazistische Einstellungen.

1990 ermittelte Stöss mit dem gleichen Messinstrumentarium noch ein rechtsextremistisches Einstellungspotential für Ostberlin in Höhe von 14,6% und für Westberlin in Höhe von 9,4%. In seiner neuen Untersuchung beziffert er das rechtsextreme Einstellungspotential für Ostberlin mit 12%, für Westberlin mit 11% und für Brandenburg mit 21%. Während in Gesamtberlin 8% der 18- bis 24-Jährigen ein rechtsextremes Einstellungspotential besitzen, sind es in Brandenburg 16%. Für beide Bundesländer gilt, daß mit zunehmenden Alter rechtsextreme Einstellungen zunehmen. In Berlin sind es 22% der 55- bis 64-Jährigen und in Brandenburg 26%, die zu rechtsextremen Einstellungen neigen. Die-

---

<sup>169</sup> Erb, Rainer: Rechtsextreme Jugendszene in Brandenburg, in: [www.Brandenburg.de](http://www.Brandenburg.de), 20.10.2000

<sup>170</sup> Der Journalist Burkhard Schröder hat in seinem Buch „Im Griff der Rechten Szene – Ostdeutsche Städte in Angst“ (1998) entsprechende Vorfälle und Lagebeschreibungen vorgelegt.

ses Ergebnis unterstützt die These, daß rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen nicht nur ein Jugendproblem, sondern eines der ganzen Gesellschaft seien. Eine weitere auffällige Überschneidung zu Untersuchungen von 1989 bis 1993 ist die erfasste Zustimmung zu dem Item „Bei der Einstellung von Arbeitskräften sollen Deutsche grundsätzlich vorgezogen werden“. 26% der Westberliner, 35% der Ostberliner und 48% der Brandenburger stimmen dieser Aussage zu. 1991 stimmten 24,3% der befragten Westberliner Schüler und 40,9% der Ostberliner Schüler in Detlef Österreichs Untersuchung dieser Aussage zu. Die rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungsmuster müssen nach dieser Studie mindestens als stabil bezeichnet werden.<sup>172</sup>

Die vom Berliner Senat beauftragte vielzitierte Jugendstudie „Lebensstile Berliner Jugendlicher 1997“ wurde 1998 veröffentlicht. Grundlage der Studie war die Befragung von 6621 Berliner Jugendlichen im Alter von 12 bis 20 Jahren. Für den Bereich der politischen Einstellungen wird hier die Parteipräferenz herangezogen. Die Autoren kommen zu dem Ergebnis: „Als besonders problematisch (...) konnte die politische Einstellung der Jugendlichen, welche in Ausbildungsverhältnissen stehen, in Ostberlin identifiziert werden. Bei ihnen wächst ein rechtes Potential heran, welches wirklich zur Besorgnis Anlass gibt“<sup>173</sup>. 21% der Auszubildenden gaben an, für rechtsextreme Parteien stimmen zu wollen. Dies ist bei 36% Nichtwählern rund ein Drittel derjenigen Auszubildenden, die sich an Wahlen beteiligen wollen und korreliert mit realen Wahlergebnissen in dieser Altersgruppe.

Das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) an der Universität Potsdam hat anknüpfend an seine unter Punkt 4.2. vorgestellte Jugendstudie von 1991 drei Folgeuntersuchen 1993, 1996 und 1999 mit jeweils 3209 brandenburgischen Jugendlichen durchgeführt. Attestierten die Forscher 1991 ein rechtsextremistisches Potential unter Jugendlichen in Brandenburg von 15-20%, so ergaben die Folgeuntersuchungen bei der „eher hohen“ und „hohen“ Zustimmung zu rechtsextremistischen Statements 1993 einen Anteil von 25%, 1996 von 20% und 1999 beständig ebenfalls von 20% der Jugendlichen. So kann nach dieser Studie eindeutig von mindestens einem Fünftel aller brandenburgischen Jugendlichen gesprochen werden, die seit 1991 kontinuierlich rechtsextremen Einstellungsmustern anhängen. Eine ähnliche Kontinuität ist bei den Aussagen zur Dimension der Fremdenfeindlichkeit zu beobachten. So waren es

---

<sup>171</sup> Stöss, Richard (2000), a.a.O., S. 161

<sup>172</sup> Stöss, Richard; Niedermayer, Oskar: Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg – Ausgewählte Befragungsergebnisse, Pressekonferenz am 11.8.2000, S. 1 ff.

<sup>173</sup> Merkens, Hans; Steiner, Irmgard; Wenzke, Gerhard: Lebensstile Berliner Jugendlicher 1997, Senatsverwaltung für Schule Jugend und Sport (Hg.), 1998, Berlin, S.163

1993 38% der befragten Jugendlichen, 1996 31% und 1999 wiederum 36% der Jugendlichen, deren Zustimmung zu solchen Statements als „eher hoch“ oder „hoch“ eingestuft wurden. Auf das Item „Was würden Sie generell zur Anzahl der Ausländer im Land Brandenburg sagen?“, antworteten 1993 13%, 1996 9%, 1999 wieder 9% der Jugendlichen mit der Aussage „Jeder ist zuviel“. Der Aussage „Es sind zuviele“ stimmten 1993 52%, 1996 38% und 1999 45% zu.<sup>174</sup>

In der Kommentierung dieser Ergebnisse kommen die Autoren zu dem Schluss, daß bei der Herausbildung ausländerfeindlicher Ressentiments die Einstellungen der Eltern eine besondere Rolle spielen: „Mindestens ein Drittel der ausländerfeindlichen Jugendlichen kommt aus einem familiären Umfeld, in dem offensichtlich ausländerfeindliche Positionen dominieren. Es scheint sich bei dem Phänomen „Ausländerfeindlichkeit“ weniger um ein Problem von Randgruppen, sondern eher um ein gesamtgesellschaftliches Problem der Akzeptanz ausländerfeindlicher Haltungen zu handeln“<sup>175</sup>.

### **5.3. Theoretische Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit *auch* bei Jugendlichen**

Verantwortlich dafür, daß die Theoriediskussion über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sich besonders der Situation in den neuen Bundesländern zuwendet, sind folgende Gründe:

1. Die hier überdurchschnittlich hohe Zahl von Gewalttaten durch rechtsextremistische Jugendliche.
2. Eine hier stark verwurzelte rechtsextremistische und fremdenfeindliche Jugendkultur.
3. Eine hier überdurchschnittlich hohe Zustimmung der Gesamtbevölkerung zu fremdenfeindlichen Aussagen.

Ob diese Ausrichtung der Diskussion aus wissenschaftlicher Sicht akzeptabel ist, erörtere ich erst im Kritikteil dieses Abschnitts.

Mit dem 1998 vollzogenen Paradigmenwechsel in der öffentlichen und fachwissenschaftlichen Diskussion rückten neue die Diskussion prägende Autoren in das Licht der (Fach-)

---

<sup>174</sup> Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) an der Universität Potsdam: Ausgewählte Ergebnisse Jugend in Brandenburg, Potsdam, 2000, S.1 – 8 siehe auch: Sturzbecher, Dieter: Jugend in Brandenburg, in: Jugend und Kriminalität in Brandenburg, Ministerium des Innern Brandenburg (Hg.), Potsdam, 2000, S. 9 - 25

<sup>175</sup> ebd., S.1

Öffentlichkeit. Besonders die Thesen der Rechtsextremismusexperten Bernd Wagner, Leiter des Zentrums Demokratische Kultur (<sup>ZDK</sup>), und Anetta Kahane, Leiterin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Berlin (RAA-Berlin), gewannen an Publizität und Zustimmung. Die Ausgangsthesen ihrer Argumentation sind:

1. Den Rechtsextremismus auf ein ökonomisches und/oder sozial-psychologisches Phänomen zu reduzieren, würde die historische Dimension der Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland ausblenden und verkennen, daß die Demokratie in Ostdeutschland auf dem Spiel stehe.
2. Der Rechtsextremismus in den neuen Ländern sei nur zu verstehen, wenn man die Entwicklung vor 1989 mit einbezieht. Schon vor 1989 gab es in der DDR eine verbreitete rechte Jugendszene.<sup>176</sup>

Unterstützt wird diese Einschätzung für die rechte Jugendszene auf dem Gebiet der ehemaligen DDR durch Norbert Madloch, Rechtsextremismusexperte und Sprecher der AG Antifaschismus in der PDS, der aber zu anderen Schlussfolgerungen bei der Erklärung des Phänomens kommt. Aus historischer Sicht stützt ein neues Thesenpapier der Potsdamer Historiker Behrends, Kuck und Poutrus vom Zentrum für Zeithistorische Forschung, mit dem Titel „Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern“ die Thesen von Wagner und seinen Mitarbeitern. Schon etwas älter sind die Arbeiten des Sozialpsychologen Hans Joachim Maaz, der diese Ausrichtung der Rechtsextremismusforschung aus der sozial-psychologischen Sicht stärkt.<sup>177</sup> Eine über die Grenzen der ehemaligen DDR zielende Analyse ist bei Autoritarismusforschern zu finden, deren Kernthese aber auch in diesen dargestellten Kanon gehört, wenn u.a. Ute Tschad vertritt, daß Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ein Problem der gesamten Gesellschaft und nicht nur eines der Jugend ist. In der weiteren Darstellung beschränke ich mich auf neue aktuelle Arbeiten aus den letzten drei Jahren, auf die Autoren Bernd Wagner (1998), Ute Tschad (1999) und die Potsdamer Historikergruppe (2000).

---

<sup>176</sup> Wagner Bernd: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Bundesländern – Studie, Zentrum Demokratische Kultur, Berlin, 1998, S. 5 ff.

<sup>177</sup> Der Sozialpsychologe Hans Joachim Maaz hat schon zu Beginn der neunziger Jahre mit seinen Thesen die Aufmerksamkeit der Fachöffentlichkeit und der Medien auf sich gezogen. Er sieht die Gründe für rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen u.a. in den psychischen Folgen der autoritär-repressiven Verhältnisse in der DDR, den psychosozialen Auswirkungen der Wende in der DDR und der deutschen Vereinigung. Er benennt eine Übereinstimmung der autoritär-repressiven Verhältnisse in der DDR mit den vorherrschenden familiären Erziehungsstilen. In den meisten Familien ging es dabei um Gehorsam und Anpassung, um Disziplin und Ordnung, um Fleiß und Tüchtigkeit. Er greift die frühen Trennungserlebnisse der Kinder in der DDR durch die frühe Krippenerziehung an, diese habe existenzielle Ängste bei den Kindern ausgelöst, die heute immer noch in vielen Menschen unbewusst vorhanden seien. Begriffe, wie einen psychischen „Gefühlstau“ und psychische „Mangelsyndrome“ hat Maaz in diese Debatte miteingebracht, die häufig aufgegriffen wurden und werden.

### 5.3.1. Notwendigkeit einer Einbeziehung der DDR-Geschichte

Der Autor der Studie „Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Bundesländern“ Bernd Wagner arbeitet schon seit 1987 zum Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und gilt heute als einer der führenden Rechtsextremismusexperten, analog der medialen Rolle von Wilhelm Heitmeyer in den Jahren zuvor. 1987 war Wagner Beauftragter für das Innenministerium der DDR in der Abteilung „Kriminalpolizei“ für das Thema Rechtsextremismus. Er war dort mitverantwortlich für einen ersten Forschungsbericht zum Thema, der gleichzeitig das Ende seiner Arbeit bedeutete und in der DDR nie veröffentlicht wurde. Von der Wende bis 1991 arbeitete er dann wieder beim Landeskriminalamt Berlin als Leiter des Bereiches „Rechtsextremismus“. Danach folgte er dem Ruf der Bundesregierung und konzipierte das AgAg-Programm 1992 mit. Diese Arbeitsgruppe verließ er dann aufgrund von inhaltlichen Differenzen und wurde einer seiner schärfsten Kritiker. 1997 gehörte er zu den Mitbegründern des Zentrums Demokratische Kultur (ZDK) in Berlin, wo er heute noch leitend tätig ist.

Eine seiner zentralen Aussagen ist die einer Wertekontinuität zwischen den Werten in der DDR vor 1989 und der heutigen „völkisch-nationalen“ Stimmung in großen Teilen der Bevölkerung der ehemaligen DDR. Die kollektive Annäherung an die rechtsextreme Idee einer Solidargemeinschaft auf „völkisch-nationaler Basis“ in den neuen Ländern, entspringe einem Gefühl des Beschädigtseins zentraler Werte wie Ordnung, Pünktlichkeit, Fleiß, Arbeitsamkeit, Überschaubarkeit im sozialen und öffentlichen Raum.<sup>178</sup> Wagner benennt Parallelen zwischen den rechtsextremen Wertemustern und denen in der ehemaligen DDR, wobei einige rechtsextreme Werte sich aber auch zum Teil mit den Werten der Bevölkerung in den alten Bundesländern überschneiden sollen:

1. Geprägt durch die Erfahrungen in der DDR, die von Autorität, Vormundschaftlichkeit und Konformität bestimmt waren, sahen und sehen viele Leute nun einen Ausweg in Orientierungen, die ebenfalls autoritär, vormundschaftlich und konformitätsbildend sind.
2. Viele Menschen halten an traditionellen nationalen Werten fest, die aber durch das neue System beschädigt werden.
3. Die Angst vor Arbeitslosigkeit gründet nicht nur in der Angst vor Armut und Verelendung, sondern wird auch als Verletzung einer wehrhaften Arbeitsethik wahrgenommen.

---

Maaz, Hans-Jochim: Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus in den östlichen Bundesländern, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland (1993), a.a.O., S.176 - 181

<sup>178</sup> Wagner Bernd (1998), a.a.O., S.5

4. Werte wie öffentliche Ordnung und soziale Sicherheit sehen viele Ostdeutsche durch Kriminalität und die Anwesenheit von Ausländern bedroht.<sup>179</sup>

Im Umkehrschluß, um seine Annahme zu belegen, verweist Wagner auf die Ausgrenzung in der DDR-Gesellschaft von Punkern, bestimmten Künstlern und Intellektuellen oder „Alternativen“ als „negativ dekadent“. In dieser Ausgrenzung gab es einen Konsens, eine Wertekoalition, zwischen der SED-Führung, der Staatssicherheit und der Durchschnittsbevölkerung. Dadurch seien aber heute demokratische Werte wie eine zivile Gesellschaft, Selbstbestimmung und insbesondere der „Schutz von Minderheiten“ in den neuen Ländern bedroht.<sup>180</sup>

### **5.3.1.1. Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR**

Die Regionen, die nach der Wende als erste ganz massiv und sichtbar von rechter Jugendgewalt heimgesucht wurden, hatten nach Wagner schon in der DDR eine besondere Bedeutung für die rechte Szene. Es sind Gebiete mit in über einem Jahrzehnt gewachsenen rechtsextremen Kommunikationsstrukturen. Ende der siebziger, zu Beginn der achtziger Jahre bildeten sich in der DDR verstärkt diverse Jugendkulturen und Strömungen heraus. Dem Ursprung nach handelte es sich um spontane Reaktionen auf die wirtschaftliche und soziale Stagnation in der DDR. Es entstanden in den achtziger Jahren die Jugendkulturen Gruffies, Heavy-Metals, Punks und Skins. Eine linke Skin-Head-Szene, die es in den westeuropäischen Ländern gab, hatte in der DDR keine Bedeutung.<sup>181</sup>

In den siebziger Jahren gab es in den verschiedenen Jugendkulturen keine dauerhaft fixierten Opfergruppen, keine konturierten Feindbilder und selten wurden gefährliche Mittel und Methoden bei der Begehung von Straftaten eingesetzt. Für die achtziger Jahre arbeitet Wagner vier verschiedene Entwicklungsstufen heraus, die gekennzeichnet sind durch:

- eine wachsende Anzahl der Anhänger gewalttätiger Gruppen;
- die Veränderung von Gewaltformen;
- die Veränderung der Zusammensetzung der Gruppierungen und der Organisationsform;

---

<sup>179</sup> ebd., S.61

<sup>180</sup> ebd., S.5

<sup>181</sup> Richard Stöss legt in seinem Buch „Rechtsextremismus im vereinten Deutschland“ (1999) auf der Seite 65 eine Statistik des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR vor. Hier werden nach Bezirken für den Stand vom 1.10.1988 über 1000 Skinheads nach DDR-Bezirken erfasst. Die Schwerpunkte lagen in Frankfurt/Oder mit 82,

- eine zunehmende Ideologisierung der Gruppen.

### *1. Phase 1980/81*

Sie war gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Richtungen in der jugendkulturellen Szene. Gewaltausübende und Opfer gehörten in die gleichen jugendkulturellen Szenen.

### *2. Phase 1982/83*

In dieser Stufe zeigten sich bereits Unterschiede zwischen den Gewaltausübenden und den Opfern. Das Gewaltmonopol in der jugendkulturellen Szene ging auf die Skinheads über. Körperliche Gewalt wurde gezielter als Disziplinierungsinstrument und zur Eroberung von Räumen eingesetzt. Die Anhängerschaft der Skinheads wuchs.

### *3. Phase 1985/86*

In dieser Phase tauchten neue Opferstrukturen auf, denen ein zunehmend ideologisiertes Feindbild zugrunde lag: u.a. Ausländer, homosexuelle Männer, Grufties und Punks. Bereits 1985 kam es zur Gewalt gegen dunkelhäutige Ausländer in Eberswalde, Dresden, Ost-Berlin, Cottbus, Görlitz und Königs Wusterhausen. Eine neue Qualitätsstufe wurde erreicht und die Gewaltanwendung hatte sich differenziert:

- in die gezielte Wahl von Opfergruppen;
- in die vorbereitete Wahl der Örtlichkeiten für Gewaltanwendung.

### *4. Phase 1987/89*

Das Jahr 1987 markierte eine qualitativ neue Entwicklungsstufe mit einer Ausdifferenzierung der rechten Szene in „Faschos“ (Selbstbezeichnung) und „Oi-Skins“. 1989 jedoch waren „echte Oi-Skins“ nur noch eine Randerscheinung. Die Unterscheidung zwischen „Glatzen“, „Scheiteln“, „Skins“ und „Faschos“ wurde unmöglich. Die Gruppenstruktur und Aktivitäten der Gruppe wurde von intelligenten Führungskadern, die die Gruppenmitglieder befehligten, geprägt. Schon 1986/87 kam es zu ersten regelmäßigen Kontakten zwischen ostdeutschen Rechtsextremisten und der heute verbotenen westdeutschen rechtsextremen Partei „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)“. Schon 1989 gab es ein DDR-weites funktionierendes kommunikatives Netzwerk. Die Phase der Ablösung von der jugendkulturellen Protestbewegung setzte ein, es entstanden neonazistische Konglomerate, die fortan in die Jugendkulturen hineinwirkten und diese funktionalisieren wollten.<sup>182</sup>

---

in Leipzig mit 88, in Magdeburg mit 66, in Cottbus mit 53, in Potsdam mit 120 und in Berlin (Ost) mit 447 erfassten rechten Skinheads.

<sup>182</sup> Wagner Bernd (1998), a.a.O., S.22 ff.

### **5.3.1.2. Stärke und Mobilisierungsfelder der Rechtsextremen in der DDR 1989**

Die meisten Kreis- und kreisangehörigen Städte der DDR hatten 1989 rechtsextreme Szenen etwa in der Stärke von 5 - 50 Personen, die von einem mehr oder minder starken diffusen Umfeld umgeben waren.<sup>183</sup> Ein Hindernis für die weitere Verbreiterung der rechtsextremen Szene war der Überwachungsstaat der DDR und die mangelnde Medienpräsenz. Aufgrund dieser Repressionen verfeinerten die Rechtsextremen ihre Aktivitätsformen und konzentrierten sich gezwungenermaßen auf die „Basisarbeit“. Die Arbeit mit Kindern zur Nachwuchsgewinnung in den Schulen unter dem Einsatz von Gewalt wurde zum Schwerpunkt. Sie konzentrierten sich auf die Berufsschulen und die Schüler von polytechnischen Schulen in der 9. und 10. Klasse. Hinzu komme nach 1989 der Versuch der „Besetzung“ von Jugendclubs. Skinheads versuchten die Musik zu bestimmen und/oder den Einlaß von Besuchern zu Disko-Veranstaltungen zu reglementieren.<sup>184</sup>

### **5.3.1.3. Rechtsextremismus in den neuen Ländern als soziale Bewegung**

Nach der Vereinigung beider deutscher Staaten habe es nach Wagner in den Jahren 1991 bis 1994 eine pro-rechtsextremistische soziale Bewegung gegen Ausländer und andere Gruppen gegeben, die eine moderne Bewegungs- und Entwicklungsform des Rechtsextremismus darstelle. Den schlimmsten Ausdruck fand diese Bewegung in den Pogromen in Hoyerswerda, Rostock, Quedlinburg, Cottbus und Altenburg sowie in der Folgewirkung in den alten Ländern in Mölln und Solingen. Es gebe aber eine wichtige Differenz zwischen den ausländerfeindlichen Gewalttaten in Mölln und Solingen, zu denen u.a. in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Es waren hier keine im Schutz der Dunkelheit begangenen Straftaten rechter Jugendlicher, die sich des Beifalls der Öffentlichkeit nicht sicher waren. Die Jugendlichen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen konnten sich im Bewußtsein sicher sein, handgreiflich das umzusetzen, was die Mehrheit der Bevölkerung spricht, denkt und fühlt.<sup>185</sup>

---

<sup>183</sup> Norbert Madloch teilt die Einschätzungen Wagners bezüglich der Größenordnung des Rechtsextremismus und für die Motivation für Fremdenfeindlichkeit in der DDR. Madloch benennt hier die Konkurrenz beim Erwerb knapper Waren und die Ablehnung fremder Lebensweisen seitens der DDR-Bevölkerung. Unterstützung erfuhren diese fremdenfeindlichen Haltungen durch die, nach seinen Worten „Ghettoisierung“ der ausländischen Vertragsarbeiter und der in der DDR stationierten sowjetischen Soldaten. In der heutigen Analyse argumentiert Madloch allerdings eher mit ökonomischen Gründen als Auslöser der rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Bewegung in der ehemaligen DDR. Vgl. hierzu:

Madloch, Norbert: Rechtsextremismus in Ostberlin und in den Ländern der einstigen DDR, in: Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost – Fakten und Gegenstrategien, Magistratsverwaltung für Jugend, Familie und Sport (Hg.), Berlin, 1990, S.3 - 8

Madloch, Norbert: Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR und in Ostdeutschland von den siebziger Jahren bis Ende 1990, in: Harnischmacher, Robert (Hg.): Angriff von Rechts – Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins, Rostock, 1993, S.53 – 74

Madloch, Norbert: Ursachen und Perspektiven des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Kein Sommerloch – Diskussionen, Strategien, Differenzen, PDS-Landesvorstand Berlin (Hg.), Berlin, S. 69 - 79

<sup>184</sup> Wagner, Bernd (1998), a.a.O., S.30

<sup>185</sup> ebd., S.7



Das Generatorthema dieser sozialen Bewegung sei das Wort „Asyl“ gewesen. In diesem Wort sammelten sich nach Wagners Ansicht die Ängste der Menschen aufgrund der Umbruchperiode durch die Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Weitere wichtige Gründe für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern seien:

1. Der Zerfall der DDR als totalitärem System.
2. Die wirtschaftliche, geistige und politische Krise der BRD.
3. Die Sinnsuche der Menschen angesichts des Zerfalls geistiger und organisatorischer Systeme.
4. Der massive soziokulturelle Verfall von Verhaltensordnungen und Orientierungen im Alltagsleben.
5. Die Aufhebung von sozialen Sicherungssystemen.
6. Die Aufhebung der gesellschaftlichen Berechenbarkeit des individuellen Lebens in der Gegenwart und in der Zukunft.
7. Die massenhafte Entwertung von menschlichen Existenzen durch Massenarbeitslosigkeit.<sup>186</sup>

Der Rechtsextremismus fand seine soziokulturelle Verankerung vor allem unter Jugendlichen als Trägern von Gewalt- und Militanzpotentialen, die im Kontext der sozialen Bewegung als Mobilisierer gegen Ausländer in Erscheinung traten und treten. Im Mittelpunkt der Strategie der Rechtsextremen liege aber nicht der kurzfristige Griff nach politischer Macht, sondern die Verbreiterung im Alltäglichen, auf der Arbeitsstelle, in der Familie, im Wohngebiet, in der Schule und der Freizeitstätte.<sup>187</sup> Mit der Verankerung in diesen sozialen Bereichen gehe die Legitimation von Gewalt gegen Ausländer und Andere einher. Die Jugendlichen fühlten sich als Vollstrecker eines „völkisch-nationalen Konsenses“. Die Umsetzung dieser Strategie ende bei Erfolg in der Dominanz der Rechtsextremen von öffentlichen Räumen, in „National befreiten Zonen“.

Immer noch sei die Jugendarbeit in Berufs-, Mittel- und Hauptschulen und Freizeiteinrichtungen der Schwerpunkt der rechtsextremen Bewegung. Nach empirischen Schätzungen von Lehrern sei es den Rechtsextremisten (mit regionalen Unterschieden) im Jahr 1996 gelungen, ca. 1/3 der Schüler von Mittelschulen für eine rechtsextreme Orientierung und den rechten Lifestyle zu interessieren.<sup>188</sup>

---

<sup>186</sup> ebd., S.45

<sup>187</sup> ebd., S.48

<sup>188</sup> ebd., S.49

Weitere Erfolge der Rechtsextremen bis heute sind nach Wagner:

1. Ein vielgestaltiges Netzwerk von rechtsextremen Organisationen (politische, religiöse, kulturelle, soziale), die auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens tätig sind.
2. Das Eintreten der kleinen rechtsextremen Kulturindustrie in die Massenkultur.
3. Der Einbruch in die etablierte Politik durch die Vorgabe von Themen und Lösungen, damit beginne ein Extremismus der Mitte und die Demokratie werde schrittweise umgewertet.
4. Das Eindringen rechtsextremistischer Werte in sämtliche gesellschaftlichen Bereiche: In die Familie, in die Arbeitswelt, in die Medien und in die Politik der etablierten Parteien - nur in der Gewaltfrage gebe es noch ein funktionierendes gesellschaftliches Alarmsystem.

### **5.3.2. Historische Ursachen**

Der Erklärungsversuch der Historiker Jan C. Behrends, Dennis Kuck und Patrice G. Poutrus basiert auf einer sozial-historischen Perspektive und sie vertiefen für diesen Bereich den Erklärungsansatz von Bernd Wagner. In ihrem Thesenpapier stellen sie drei Grundpositionen vor:

1. Die Präsenz von Ausländern in der eingemauerten DDR war keine Selbstverständlichkeit, sondern eng an die Interessen der SED gekoppelt. Deshalb kann man davon ausgehen, dass die „Fremden“ von der Bevölkerung auch immer als Symbol sozialistischer Herrschaft wahrgenommen wurden.
2. Die deutsche Nation blieb in der DDR ein zentraler Bezugspunkt für Regime und Bevölkerung. Die sozialistische Nation wird dabei tendenziell als geschlossene Gesellschaft imaginiert, zu deren Ressourcen „Fremde“ (Klassenfeinde oder Ausländer) keinen Zugang haben sollten.
3. Konflikte zwischen Deutschen und „Fremden“ waren tabuisiert, daher konnte sich keine Konfliktkultur und keine gesellschaftliche Toleranz entwickeln.<sup>189</sup>

Zuerst beschreiben die Autoren die geschichtliche und mentale Prägung der Mehrheit der Bevölkerung der DDR. Auch die DDR sei ein Nachfolgestaat des nationalsozialistischen Deutschlands gewesen. Es sei demnach fraglich, „(...) ob die rassistischen, nationalistischen und antibolschewistischen Stereotypen der NS-Propaganda, die in der Bevölkerung zweifelsohne verbreitet waren, allein durch die gebetsmühlenartige Wiederholung des antifaschistischen Gründungsmythos der DDR tatsächlich aus dem Wertekanon

der Bevölkerung getilgt wurden“<sup>190</sup>. Es wird kritisiert, daß in der DDR keine öffentliche Diskussion über den Nationalsozialismus stattfand und stattdessen versucht wurde, vierzig Jahre lang die Bevölkerung auf die (Minderheiten-) Position der kommunistischen Widerstandskämpfer einzuschwören. Das Problem dabei bestehe aber darin, „(...) daß die Mehrheit der Deutschen die NS-Diktatur eher als Unterstützer oder Mitläufer erlebten, so daß schon früh eine Lücke zwischen den Erfahrungen und Einstellungen der Menschen und der Propaganda der SED entstand“<sup>191</sup>. Genau dieses gespannte Verhältnis zwischen der Herrschaft und der Gesellschaft in der DDR sei nun eine Grundvoraussetzung für die problematische Stellung „Fremder“ in der DDR gewesen, da deren Anwesenheit eng an die Maßnahmen staatlicher zentraler Stellen gekoppelt war.

Das zweite zentrale Argument des Potsdamer Thesenpapiers ist die Kritik, daß die SED-Propaganda ungeniert an ältere nationale Legitimationsmuster anknüpfte. Die DDR hielt in ihrer Rhetorik am Konzept der „Nation“ fest: „Ferner ist festzuhalten, daß eine Entwertung nationaler Ideen in der DDR nicht stattfand“<sup>192</sup>, und „(...) der Begriff der deutschen Nation war auch über das Ende der DDR hinaus für viele DDR-Bürger ein positiver Identifikations- und Orientierungspunkt, etwas worauf man stolz war“<sup>193</sup>, so die Autoren. Weiterhin betrachten sie die DDR als eine „geschlossene Gesellschaft“. Sie belegen dies u.a. damit, daß ohne Einladung oder ein Visum die DDR nicht betreten werden konnte. Auch eine (mehr oder weniger) freie Migration habe es nicht gegeben, stattdessen wurde seitens der SED vor Fremden misstrauisch gewarnt, als „feindliche Agenten, Provokateure und Saboteure“<sup>194</sup>. Zusätzlich habe in der DDR ein Streben nach Homogenität dominiert. Gesellschaftliche Konflikte sollten aufgehoben werden, statt ausgetragen und vom Staat moderiert zu werden. Wie zuvor Wagner führen die Vertreter dieser Thesen die geringe „(...) Toleranz gegenüber ‚randständigen‘ gesellschaftlichen Gruppen in der DDR“<sup>195</sup> an und schlussfolgern: „Dieses gesellschaftliche Klima, das ein Höchstmaß an Konformität und Konfliktfreiheit zum Normalzustand erklärte, schuf schlechte Voraussetzungen für einen toleranten Umgang mit ‚Anderen‘“<sup>196</sup>.

Der dritte Argumentationsstrang des Potsdamer Thesenpapiers untersucht die Beziehungen zu den ausländischen Vertragsarbeitern in der DDR. Nach den Thesen der Auto-

---

<sup>189</sup> Behrends, Jan C.; Kuck, Dennis; Poutrus, Patrice G.: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern, Thesenpapier, Zentrum für Zeithistorische Forschung (Hg.), Potsdam, 2000, S.1

<sup>190</sup> ebd., S.2

<sup>191</sup> ebd., S.2

<sup>192</sup> ebd., S.3

<sup>193</sup> ebd., S.3

<sup>194</sup> ebd., S.3

<sup>195</sup> ebd., S.3

ren wurden die ausländischen Vertragsarbeiter von der Bevölkerung „(...) primär als (illegitime) Konkurrenten um die wenigen Konsumgüter (...) wahrgenommen“<sup>197</sup>. Sie sehen das damalige Verhältnis zwischen den Ausländern in der DDR und der restlichen DDR-Bevölkerung als sehr konfliktbeladen an. Diese Konflikte wurden jedoch tabuisiert, so „(...) konnte sich auch keine Kultur des Umgangs mit ‚Fremden‘ und ‚Ausländern‘ entwickeln“<sup>198</sup>.

Diese dargestellten historischen Hypothesen seien nach dem Thesenpapier mitverantwortlich für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern. Es gebe heute deutliche Kontinuitäten zur Situation in der DDR:

1. Nach den Enttäuschungen im vereinten Deutschland werde die Marktwirtschaft und das politische System der BRD wieder als eine „Fremdherrschaft“ von großen Teilen der Bevölkerung angesehen.
2. Asylbewerber werden wieder als staatlich protegierte „Günstlinge“ wahrgenommen.
3. Ausländer gelten wieder als illegitime Konkurrenten um die neue Mangelware „Erwerbsarbeit“.<sup>199</sup>

### **5.3.3. Erklärungsansätze aus der Sicht der Autoritarismusforschung**

Stellvertretend für diese Position, die sich nicht auf die neuen Bundesländer reduzieren lassen will, aber dennoch für die Erklärung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern häufig herangezogen wird, sehe ich den Aufsatz von Ute Tschad „Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und sozial-pädagogische Defizite“, der 1999 erschien.

Tschad schlägt in ihrem Erklärungsansatz eine Brücke zur sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft und stellt fest: „Fremdenfeindliche und rassistische Vorurteile sprengen den Rahmen weltanschaulicher und parteipolitischer Grenzen“<sup>200</sup>. So lasse sich die emotionale und mentale Basis von Weltbildern, „(...) die in einer jahrhundertealten Tradition des europäischen Kolonialismus und einer noch älteren Geschichte des Antisemitismus geformt wurden“<sup>201</sup>, nicht einfach beiseite schieben, und diese präge auch Einstellungen und Haltungen in der Mitte der Gesellschaft. Diesen Gedanken verbindet sie nun mit der gesellschaftlichen Basis von Gewalttaten gegen Fremde. Hierfür spiele die Entwertung

---

<sup>196</sup> ebd., S.3

<sup>197</sup> ebd., S.4

<sup>198</sup> ebd., S.4

<sup>199</sup> Zusammenfassung nach ebd., S.4 f.

<sup>200</sup> Tschad, Ute: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und sozial-pädagogische Defizite, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26, 1999, S.24

und Entmenschlichung des Opfers bei dem Täter vor der Tat eine wesentliche Rolle. Würde die Fremdenfeindlichkeit nur von einer kleinen Gruppe in der Gesellschaft geteilt, wäre dies für die Täter eine zu geringe Legitimationsbasis. Statt dessen schlussfolgert Tschad: „Fremdenfeindliche Straftäter sind sich der Unterstützung der von ihnen proklamierten Motive in einer breiten (medialen) Öffentlichkeit durchaus bewusst. (...) Es ist der Diskurs der Mehrheitsgesellschaft, aus dem die Jugendlichen ihre Argumente beziehen.“<sup>202</sup>

Sie kritisiert das Erklärungsmodell von Wilhelm Heitmeyer und den Deprivationstheoretikern. Dieses Erklärungsmodell führe zu einer Zentrierung in der Rechtsextremismusforschung auf die Aspekte der Gewaltakzeptanz und auf Jugendliche unterer sozialer Schichten. Die Folge sei die Ausblendung der unterschiedlichen Facetten des Rechtsextremismus und eine Entlastung der „Mitte“ der Gesellschaft. Daher fordert Tschad: „Um das Phänomen Rechtsextremismus in seiner ganzen Bandbreite zu erfassen, erscheint es als angemessen, den unscharfen Begriff Rechtsextremismus, der sich an einem arithmetischen Rechts-Mitte-Links-Schema orientiert, durch die inhaltlich bestimmte Bezeichnung ‚autoritäre Einstellungsmuster‘ zu ersetzen“<sup>203</sup>. Die Dimensionen der „autoritären Einstellungsmuster“ sind hier Demokratiefeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus.

Ute Tschad sieht zwei Gruppen von autoritären Jugendlichen:

1. Jugendliche aus einem gehobenen sozialen Milieu, die in ihrer selbstbewussten und selbstbezogenen Überzeugung, die gesellschaftliche Norm zu repräsentieren, nur Verachtung für Schwächere und andere Lebensweisen übrig haben. Diese Jugendlichen bekennen sich zu Werten wie Leistung, Konkurrenz und Führung. Sie lehnen sozialstaatliche Maßnahmen zur Förderung von sozial Schwächeren ab und sind stark fremdenfeindlich eingestellt.
2. Jugendliche, die der Klischeevorstellung des ungebildeten, verunsicherten und fremdenfeindlichen Jugendlichen entsprechen: „Sprachliche Unbeholfenheit geht hier mit einem undifferenzierten Feindbilddenken und einem Hang zur Personalisierung einher“<sup>204</sup>. Die Angst vor einer weiteren ökonomischen und psychosozialen Verelendung präge ihre Lebensperspektive.

---

<sup>201</sup> ebd., S.24

<sup>202</sup> ebd., S.25

<sup>203</sup> ebd., S.26

<sup>204</sup> ebd., S.27

Sie warnt davor, die Anfälligkeit von machtüberlegenen sozialen Eliten für autoritäre Einstellungsmuster zu übersehen und vor dem Wechselspiel der Überlegenheitsgefühle, der konkurrenz- und leistungsorientierten etablierten Eliten mit den Ressentiments von statusniedrigen Gruppen. Diese Konstellation könne das politische Klima in der gesamten Bundesrepublik nach rechts verschieben.<sup>205</sup>

#### **5.4. Theoretische Herleitung des zivilgesellschaftlichen Handlungskonzepts**

Auch für den Zeitabschnitt nach 1998 gilt: Aus den aktuellen Erklärungsansätzen entwickelt sich eine neue Theorie für eine Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und daraus ein (pädagogisches) Handlungskonzept. Für die theoretische Ebene kann im Vergleich zu den Jahren 1987 bis 1993 eine deutliche Verschiebung in der Zielgruppe und der Theorie konstatiert werden: „Wenn aber die These vom Rassismus der Mitte zutrifft, hat unsere Gesellschaft ein großes Problem. Dann geht es nämlich nicht um die Auseinandersetzung mit den rechten Schlägern und ihrem direkten Umfeld, sondern die Gesellschaft als Ganzes muss das Zielobjekt der Aufklärung sein“<sup>206</sup>.

Die bisherige dominierende Wahrnehmung der Probleme des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit als ein Jugendproblem und wiederum dessen Reduzierung auf die Aspekte der Gewalt und der Kriminalität greifen viel zu kurz, argumentiert auch Sylke Kirschnick und fordert: „Die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft in Ostdeutschland ist gegenwärtig die einzige Möglichkeit, der Gefährdung der Demokratie durch den modernen Rechtsextremismus sowohl offensiv als auch effektiv zu begegnen, das ‚Kippen‘ von Kommunen und die weitere Schaffung von sogenannten ‚National befreiten Zonen‘ zu verhindern“<sup>207</sup>.

Der Begriff der „Zivilgesellschaft“ ist zentral im theoretischen Überbau für das nachfolgende Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Durch die Demokratisierung einer gesamten Kommune und ihrer Institutionen sollen die Jugendlichen demokratisch sozialisiert werden und entsprechende Werte internalisieren. Zwei Ebenen sind hierfür wichtig, das demokratische Klima in der gesamten Kommune

---

<sup>205</sup> ebd., S.29

<sup>206</sup> Watzal, Ludwig: „Editorial“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39 Jg. 2000, S.2

<sup>207</sup> Kirschnick, Sylke: Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus – Möglichkeiten der Intervention, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr. 4 Jg.1998, S.2

und demokratiefördernde Maßnahmen in den jugendspezifischen Räumen wie den Schulen, den Jugendclubs und den Sportvereinen.

Der Begriff der Zivilgesellschaft ist aber nicht unproblematisch, und so werde ich die dahinterstehenden Konzepte an dieser Stelle skizzieren, so weit es für das Verständnis und die Kritik der zivilgesellschaftlichen Handlungsansatzes notwendig ist. Der Begriff der Zivilgesellschaft besitzt eine lange Tradition. Seine Wurzeln finden sich in der politischen Philosophie der frühen Neuzeit von John Locke (1632-1704). Aufgenommen und weiterentwickelt wurde die Idee der „Zivilgesellschaft“ von Charles Montesquieu (1689-1755), Alexander de Tocqueville (1805-1859), Antonio Gramsci (1891-1937). Jürgen Habermas und Ralph Dahrendorf stellen in der heutigen sozialwissenschaftlichen Diskussion profilierte Vertreter einer „Bürgergesellschaft“ bzw. „Zivilgesellschaft“ dar.

Konsens ist bei allen genannten Autoren, daß der Begriff der Zivilgesellschaft eine dritte Sphäre zwischen dem Staat und seinen Institutionen einerseits und dem Bürger mit seinem privatem Handeln andererseits darstellt. Die Existenz einer solchen dritten Sphäre ist bei allen genannten Autoren unumstritten. Unter der Überschrift „Demokratisierungspotentiale der Zivilgesellschaft“ versuchen Merkel und Lauth eine Systematisierung der unterschiedlichen Konzepte der „Zivilgesellschaft“. In ihrem „Katalog zivilgesellschaftlicher Demokratisierungspotentiale“ finden sich folgende Punkte:

1. Die erste Funktion der Zivilgesellschaft ist der Schutz vor Übergriffen des Staates in die Privatsphäre und damit die Sicherung eines privaten wie gesellschaftlichen Raumes.
2. Mit der negativen Freiheitssicherung ist die zweite Funktion der Zivilgesellschaft verbunden: die Beobachtung und Kontrolle der staatlichen Macht.
3. Die dritte Funktion besteht in der demokratisch-partizipatorischen Sozialisierung der Bürger und der Rekrutierung demokratischer Eliten für die staatlichen Entscheidungsinstanzen.
4. Die Zivilgesellschaft kann wirkungsvolle Kanäle für die Erzeugung, Aggregation und Artikulation von gemeinschaftlichen Werten und gesellschaftlichen Interessen jenseits der politischen Parteien und Parlamente öffnen. Besonders wichtig erscheint diese Funktion der Zivilgesellschaft für ausgegrenzte oder benachteiligte Gruppen wie ethnische und religiöse Minderheiten.
5. Die Zivilgesellschaft hat eine wichtige Demokratisierungsfunktion für die lokale Ebene, die in jungen Demokratien häufig hinter der Demokratieentwicklung auf nationaler Ebene zurückbleibt.
6. Zivilgesellschaften ermöglichen durch ihre Netzwerke von Assoziationen, Initiativen, Bewegungen und überlappenden Mitgliedschaften, die tieferliegenden gesellschaftlichen

Konfliktlinien zu überbrücken, und tragen dadurch zur Mäßigung gesellschaftlicher Konflikte bei.<sup>208</sup>

Kontroverser ist die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Konzepte in den Arbeiten von Summers und Lohmann. Bei ihnen wird deutlich, daß aus der historischen Entwicklung des Begriffs drei unterschiedliche Definitionen und Funktionen der Zivilgesellschaft möglich werden:

1. Die Zivilgesellschaft als liberale Zone freier Märkte, die individuelle Freiheiten und Privatbesitz sichert und einen Schutz vor möglichen Zwängen des modernen Verwaltungsstaates bietet.
2. Zivilgesellschaft als eigentlicher Ort bürgerlicher Tugenden, wo diese entstehen, erlernt, praktiziert und weiterentwickelt werden.
3. Zivilgesellschaft als Ort für die politische Gemeinschaft, bestehend aus nicht marktbezogenen Netzwerken und freien partizipatorischen Assoziationen.<sup>209</sup>

Hier steht der Begriff Zivilgesellschaft für drei konträre Konzepte, wenn man diese auf die aktuelle politische Diskussion bezieht. Das erste Konzept steht heute für die *Stärkung einer neoliberalen Richtung* in der gesellschaftlichen Entwicklung. Das zweite Konzept steht für eine *Integration in das bestehende politische System*, u.a. durch die Schaffung eines gesellschaftlichen Konsenses durch die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und die mögliche Rekrutierung von politischem Personal für die politischen Parteien und Institutionen aus der Zivilgesellschaft. Der dritte Ansatz steht für eine *oppositionelle Zivilgesellschaft zu bestehenden gesellschaftlichen Entwicklungen*.

Folgende Definition des Begriffs Zivilgesellschaft wird in der Literatur als leitende Handlungstheorie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit angesehen. Lohmann und Merkel/Lauth verwenden den Begriff der Zivilgesellschaft im aktuellen Diskurs als einen, der für die Stärkung der parlamentarischen Demokratien steht und evolutionäre politische Veränderungen durch Anstöße der Zivilgesellschaft beinhaltet. Lohmann definiert den Charakter von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten über den anfangs skizzierten Konsens aller Autoren hinaus: „Zivilgesellschaft als eine Vereinigung von Gemeinschaften von Bürgern, die durch vier Kennzeichen bestimmt sein sollten: 1) friedlich, 2) freiwillig, 3) öffentlich, 4) gemeinschaftlich“.<sup>210</sup> Merkel/Lauth ergänzen diese durch einen nor-

---

<sup>208</sup> Merkel; Lauth; Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B6-7, 30.1.1998, S.6 f.

<sup>209</sup> Summers, Margaret R.: Das Konzept der Zivilgesellschaft und das Problem der „dritten Sphäre“, in: Berliner Journal für Soziologie, Band 8 Jg.1998, S.491

<sup>210</sup> Lohmann,Georg: Theoretische Grundlagen der Zivilgesellschaft und einige Auswirkungen, Vortrag auf der Tagung „Die Zivilgesellschaft - Modell für Brandenburg?, 1.4.1999, S.2



mativen Kern für zivilgesellschaftliche Aktivitäten, der Gewaltfreiheit, Toleranz und Fairness beinhaltet.<sup>211</sup>

Die Grundannahme der zivilgesellschaftlichen Akteure gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist, daß eine Erziehung zur Demokratie immer eine Erziehung gegen Rechtsextremismus ist: „Demokratie wird dabei verstanden als ein Wertesystem, in dem der Schutz von Minderheiten und das Prinzip der Menschenrechte die zentralen Positionen inne haben (...). Demokratie steht somit im diametralen Gegensatz zum Rechtsextremismus, dessen ideologischer Kern die Ideologie von der Ungleichwertigkeit der Menschen ist (...).“<sup>212</sup> Daraus folgt, daß in den Kommunen demokratische zivilgesellschaftliche Akteure gestützt, gestärkt und aufgebaut werden müssen, um damit gleichzeitig rechtsextreme Tendenzen einzuschränken. Sie sollen vor Ort Einfluss auf kommunale Diskurse nehmen und versuchen, diese zu bestimmen und zu dominieren.<sup>213</sup> Anders formuliert, sollen die „Demokraten“ endlich den Kulturkampf in der „dritten Sphäre“ - der Zivilgesellschaft - gegen rechtsextremistische Dominanzbestrebungen aufnehmen. Die Aufgabe der staatlichen Institutionen ist es nach diesem Konzept, die zivilgesellschaftliche Aufbauarbeit massiv zu unterstützen, gleichzeitig aber deren Unabhängigkeit zu akzeptieren. Dies bedeutet in der Praxis einen Abschied von einer „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ und der schnellen Umsetzung folgender Forderung seitens des Bundes, der Länder und der Kommunen: "Vorrang muß die Förderung von zivilgesellschaftlichen Basisinitiativen haben, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren“<sup>214</sup>.

## **5.5. Das zivilgesellschaftliche Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit**

Im Gegensatz zum Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ ist das zivilgesellschaftliche Handlungskonzept zwangsläufig wesentlich vielschichtiger, zielt es doch auf eine Veränderung des sozio-kulturellen Klimas einer gesamten Kommune. So sind hier alle Bürger des Gebietes die Zielgruppe, während die „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ eine sehr ein-

---

<sup>211</sup> Merkel; Lauth (1998), a.a.O., S.7

<sup>212</sup> Borstel, Dierk; Korgel, Lorenz; Sischka Kerstin; Wagner, Bernd: Rechtsextreme Tendenzen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen, Zentrum Demokratische Kultur, Berlin, 2000, S.214

<sup>213</sup> ebd., S.229

geschränkte Zielgruppe, nämlich rechtsorientierte gewaltbereite Jugendliche, in ihrem Blickfeld hatte.

Die Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Cottbus, Opferperspektive e.V., benennt aus ihrer Sicht die Handlungsziele des zivilgesellschaftlichen Ansatzes: „Gefordert ist gesellschaftliche Initiative: ein Ende der politischen Verharmlosung (...) und des Bangens um Imageschäden. Notwendig ist die spürbare Solidarität mit Opfern rechtsextremer Angriffe, ihr Schutz, eine Veränderung ihres Lebensalltags, die Abschaffung rassistischer Gesetze ebenso wie die Stärkung demokratischer Jugendkulturen. Im Mittelpunkt des politischen Handelns müssen gesellschaftliche Emanzipation und Partizipation stehen. Es geht dabei um nichts anderes als die Entwicklung demokratischer Strukturen.“<sup>215</sup> Eine Grundvoraussetzung dafür ist die, „daß diese Veränderungen von verschiedenen Menschen in der Kommune oder im Stadtbezirk gewollt wird, daß diese verschiedenen Instanzen klare Ziele formulieren, einander vernetzen und die Aufbauarbeit einer demokratischen Zivilgesellschaft übernehmen“<sup>216</sup>.

Initiiert wird das zivilgesellschaftliche Konzept durch „Community Coaching“. Dies beinhaltet zuerst eine detaillierte kommunale Lageanalyse und die Benennung direkter Problemfelder in der Kommune durch außenstehende unabhängige Institutionen auf den Wunsch von kommunalen Akteuren. Zwei Handlungsfelder werden hier bearbeitet:

1. Die Handlungsstränge und Handlungsmuster der rechtsextrem orientierten Kontrastgesellschaft.
2. Die Handlungsstränge und Handlungsmuster der demokratisch intendierten Gesellschaft.<sup>217</sup>

Für den Bereich der rechtsextremen Erscheinungen im kommunalen Raum müssen in die Analyse folgende Faktoren miteinbezogen werden:

- völkische Stimmungen, Trägermilieus und ihre Aufführungsorte (z.B. Kleingartenvereine, Fußballfanclubs, Feuerwehren u.a.m.);
- rechtsextrem orientierte Jugendkultur, Szenen und Gruppen und ihre soziokulturellen Verortungen;

---

<sup>214</sup> Wagner, Bernd: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39 Jg. 2000, S.30

<sup>215</sup> Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Cottbus - Opferperspektive e.V.: Rechtsextremismus im Land Brandenburg, Pressemitteilung vom 29.7.2000

<sup>216</sup> Kirschnick, Sylke; Wagner, Bernd: Zivile Gesellschaft – Ein Konzept, in: Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus – Möglichkeiten der Intervention, Bulletin, Nr.4 Jg. 1998, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), S.5

<sup>217</sup> ebd., S.5

- kommunikative – und sozialräumliche rechtsextreme Dominanzen;
- rechtsextrem intendierte Diskurslinien und Strukturen;
- rechtsextreme Organisationen und Parteien, sowie ihre Aktivitäten und Einflüsse;
- Grauzonen der Interaktion zwischen Rechtsextremen und Demokraten;
- Wirkungen großer gesellschaftlicher Debatten und politischer Meinungsvorgaben.<sup>218</sup>

Ausgehend von den oben benannten Handlungsfeldern und den Faktoren der rechtsextremen Erscheinungen wird beispielhaft in einer Pilotstudie des Zentrums Demokratische Kultur „Rechtsextreme Tendenzen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen“, im Auftrag des Bezirksamtes Hohenschönhausen, die Situation u.a. im öffentlichen Raum, in Sportvereinen, in Gaststätten, in den Schulen, Jugendzentren, im Flüchtlingswohnheim und im Bezirksamt des Bezirks analysiert. Auf dieser empirischen Basis entwickeln die Autoren in der Studie eine Strategie der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen für den Bezirk mit konkreten Handlungsvorschlägen an die kommunalen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Um die Methode des „Community Coachings“ verständlicher zu machen, stelle ich die Pilotstudie für den Bezirk Hohenschönhausen ausführlicher dar.

In der Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse kommen die Autoren der Studie für den Bezirk zu dem Ergebnis, „(...) daß in Berlin-Hohenschönhausen fast alle Erscheinungsformen des gegenwärtigen Rechtsextremismus anzutreffen sind“<sup>219</sup>. Sie stellen fest, daß:

1. Rechtsextreme Skinheads im Bezirk eine relevante Größe sind.
2. Der Fanbereich des örtlichen Fußballvereins „BFC – Dynamo“ rechtsextrem dominiert wird.
3. In der Hälfte der Jugendfreizeiteinrichtungen teilweise bis mehrheitlich rechtsorientierte Jugendliche verkehren und sich dies nicht in jedem Fall auf die pädagogischen Konzepte niedergeschlagen hat.
4. Es in allen Altersstufen als normal und legitim gilt, Migranten in ihrem Dasein in Deutschland direkt oder verschämt abzulehnen.
5. Sich Entwicklungen von „No-go-Areas“ zeigen.

---

<sup>218</sup> ebd., S.5

<sup>219</sup> Borstel, Dierk; Korgel, Lorenz; Sischka Kerstin; Wagner, Bernd (2000), a.a.O., S.211

Die Autoren der Studie benennen als Handlungsschwerpunkte, aktuell und perspektivisch, die Einstellungs- und Kulturpotentiale, die sich in jugendlichen Milieus (auch in den Schulen und Jugendeinrichtungen) entfalten, „(...) die von rechtsextremen Texturen geprägt werden (...), die mit der Formel rechts und ausländerfeindlich umrissen werden (können)“.<sup>220</sup>

Für den Bereich der „Demokraten“ im Bezirk wird konstatiert, dass diese in einem hohen Maße rechtsextreme Tendenzen ablehnen, jedoch bei ihnen Probleme im Bereich der Wahrnehmung und Deutung des Rechtsextremismus vorhanden sind: „Dies führt zu Verzerrungen in der Betrachtung des Problemfeldes, weil zum einen tatsächliche Bestrebungen des politischen Rechtsextremismus nicht hinreichend genau erkannt werden und zum anderen (...) nicht ausreichend ernst genommen werden“<sup>221</sup>.

Aus einer umfangreichen Analyse heraus entwickeln die Autoren auf der Basis ihres zivilgesellschaftlichen Ansatzes Vorschläge für Gegenmaßnahmen im Bezirk. Positiv wird als demokratischer Akteur eine Initiative erwähnt, die sich um die Bewohner des Flüchtlingswohnheims kümmert. Ihnen fehle aber ein Akteur, „(...) der sich explizit der Arbeit gegen den Rechtsextremismus und einer Demokratisierung verschreibt“<sup>222</sup>. Für die Selbstdefinition eines solchen zu gründenden Akteurs wird in der Studie ein Aufgabenkatalog vorgeschlagen:

- Beobachtung und Dokumentation rechtsextremer Tendenzen im Bezirk;
- Beobachtung und Dokumentation der Tätigkeiten des Bezirks sowie anderer zivilgesellschaftlicher Akteure bezüglich der Demokratieentwicklung;
- Beratung und Hilfe für Opfer rechtsextremer Gewalt;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Beratung und Weiterbildung für Sozialarbeiter, Lehrer, Jugendliche, Interessierte, Politiker;
- Vernetzung demokratischer Akteure;
- Durchführung eigener, noch zu bezeichnender Projekte.<sup>223</sup>

Als Organisationsmodell wird ein zweistufiges Konzept vorgeschlagen. Das neue zivilgesellschaftliche Bündnis trifft sich unabhängig von den Vertretern des Bezirksamtes und

---

<sup>220</sup> ebd., S.213

<sup>221</sup> ebd., S.211

<sup>222</sup> ebd., S.231

<sup>223</sup> ebd., S.232

der Parteien, aber es wirbt für einen zusätzlichen runden Tisch mit Vertretern des Bezirksamtes, der Parteien, der Polizei, der örtlichen Wirtschaft und Gewerkschaften. Das Bündnis soll vom Bezirksamt finanziell und infrastrukturell unterstützt werden.

Für direkte Problemfelder wie die Fans des „BFC-Dynamo“, den Bereich der Schulen, die notwendige Weiterbildung der Bezirksamtsmitarbeiter, der bezirklichen Ausländerpolitik u.a. machen die Autoren konkrete Projekt- und Maßnahmenvorschläge in ihrer Studie. Für die Jugendarbeit schlagen die Autoren die „Überprüfung“ und letztendlich ein Ende der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ in Hohenschönhausen vor. Sie haben besonders die Jugendlichen im Auge, die sich am Hohenschönhausener „Lindencenter“ treffen: „Das Ziel muß es dort sein, die Mitläufer von der Kameradschaft zu trennen, indem ihnen attraktive Angebote gemacht werden. Zu überlegen ist tatsächlich die Einrichtung eines Clubs in unmittelbarer Nachbarschaft des Einkaufszentrums, der jedoch für die rechtsextreme Kameradschaft nicht zugänglich sein dürfte und in dem ein klares, politisches und demokratieförderndes Konzept verfolgt wird“<sup>224</sup>. Weiter könnte es Aufgabe des zu gründenden Bündnisses sein, den Aufbau demokratischer Unterstützungsnetzwerke für Jugendliche zu fördern, damit nicht-rechtsextreme Jugendliche Räumlichkeiten zu ihrer Entfaltung erhalten. Dafür wären aber neue pädagogische Konzepte für einzelne Jugendclubs nötig.<sup>225</sup>

Entsprechende umfangreiche Studien sind erst für drei Kommunen (Fürstenwalde/Brandenburg, Königs-Wusterhausen/Brandenburg und Leipzig-Grünau/Sachsen) erstellt worden.<sup>226</sup> Bisher traten 45 Kommunen aus den neuen Ländern an das Zentrum Demokratische Kultur mit der Bitte um unterstützendes Community Coaching, hauptsächlich für den Bereich der Jugendarbeit, heran. Hier kam es jeweils zur Zusammenarbeit mit dem ZDK oder „mobilen Beratungsteams“ der RAA in Brandenburg.

## **5.6. Träger der Maßnahmen und die Umsetzung des Konzeptes**

Die Brandenburger Landesregierung gilt als Vorreiter bei der Umsetzung einer zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie. Sie ließ schon 1998 ein „Handlungskonzept gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Tolerantes Brandenburg“ konzi-

---

<sup>224</sup> ebd., S.239

<sup>225</sup> ebd., S.240

<sup>226</sup> ebd., S.7

pieren und begann unter dem Leitmotiv des Aufbaus der „Zivilgesellschaft in Brandenburg“ noch im gleichen Jahr mit der Umsetzung des Programms.

Die damalige SPD-Alleinregierung entwirft in diesem Handlungskonzept ein gesellschaftliches Leitbild mit den Normen „Recht, Toleranz und Solidarität“ und wendet sich gegen „Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“. Sie stellt weiterhin fest, daß es Konflikte über die konkrete Ausgestaltung dieser Werte zwischen der Landesebene und der kommunalen Ebene gibt. Diese Konflikte sollen mit den Mitteln einer demokratischen Gesellschaft und unter der Beteiligung möglichst vieler gelöst werden. Eine solche Vorgehensweise kennzeichnet die Zivilgesellschaft.<sup>227</sup> Ein besonderes Defizit wird von der Landesregierung in den Kommunen festgestellt, dort sollen lokale demokratische Strukturen und eine entsprechende kommunale Öffentlichkeit entstehen. Die von der Landesregierung angesprochenen Partner hierfür sind „Kirchen, Wirtschaft, Verbände und Bürgerinnen und Bürger“<sup>228</sup>.

In diesem Handlungskonzept werden alle Ministerien des Landes und damit faktisch fast alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst. Kernstücke dieses Programms von 1998 bis heute sind:

1. Die organisatorische und finanzielle Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Brandenburger Bündnisses „Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“. Für seine Arbeit erhielt das Aktionsbündnis, bestehend aus Vertretern der Wirtschaft, Gewerkschaften, Jugendverbänden und kommunalen Bündnissen, 1999 500.000 DM aus Landesmitteln.
2. Fünf regionale Büros mit „mobilen Beratungsteams“ in Trägerschaft der RAA-Brandenburg, deren Aufgabe es ist, „jenen Menschen, die sich gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in ihrer Region einsetzen wollen, Angebote zur Beratung und Initiierung von entsprechenden Projekten sowie zur Moderation von Prozessen im Gemeinwesen, die die Zivilgesellschaft fördern, zu unterbreiten“<sup>229</sup>. Hierfür wurden 1999 1,3 Millionen DM zur Verfügung gestellt.
3. Das Projekt „Opferperspektive“ in Fürstenwalde, eine Beratungsstelle für die Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Straftaten in Trägerschaft der RAA-Brandenburg.

---

<sup>227</sup> Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (1998), a.a.O., S.1

<sup>228</sup> Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“, 1999, S.22

<sup>229</sup> Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Tolerantes Brandenburg, Pressemitteilung vom 14.12.1998

4. Die RAA-Brandenburg, die seit 1991 zentraler Träger der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist. Der Hauptsitz befindet sich in Potsdam und es gibt neun weitere Niederlassungen im Land Brandenburg. Insgesamt werden 55 Personen hauptamtlich beschäftigt und über 150 Personen sind mit einem Werkvertrag oder auf Honorarbasis für die RAA in der Bildungs- und Projektarbeit tätig.<sup>230</sup>

Weiterhin wurden von der Landesregierung die Mittel für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit und für kommunale Projekte gegen „Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ erheblich aufgestockt. Weitere Institutionen im Raum Berlin-Brandenburg und für die neuen Länder, die nach der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie arbeiten, sind das schon erwähnte „Zentrum Demokratische Kultur (ZDK)“ seit 1997 und die „Amadeu-Antonio Stiftung - Initiativen für Zivilgesellschaft und demokratische Kultur“. Diese Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht:

1. Opferschutz und -hilfe zu leisten und insbesondere die lokalen Opferschutzinitiativen zu unterstützen.
2. Alternative Jugendkultur zu fördern. Lokale Jugendinitiativen wie z.B. in Schwedt, wo Jugendliche Hip-Hop-Konzerte, Graffiti - Workshops und Breakdance-Kurse als jugendkulturelle Alternative zum „rechtsextremen jugendkulturellen Mainstream“ organisieren, werden unterstützt.
3. Kommunale Netzwerke, die sich eindeutig gegen Rechtsextremismus und für den Schutz von Minderheiten einsetzen, erhalten die Hilfe der Stiftung. In Eberswalde, Angermünde und Belzig konnte die Stiftung finanziell oder beratend mitwirken.<sup>231</sup>

Ideell und quantitativ noch bedeutender für den Paradigmenwechsel bei den Handlungsstrategien ist die Position der rot-grünen Bundesregierung. So wird in einer Erklärung der SPD-Bundesfraktion darauf hingewiesen, daß mit dem beschlossenen neuen Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit „keine Glatzenpflege auf Staatskosten“ mehr bezahlt werden soll. Wolfgang Thierse, Mitglied der SPD und Bundestagspräsident, fragt „(...) ob das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit überhaupt funktioniert und ob wir es nicht verändern müssen“<sup>232</sup>, und Renate Künast, damalige Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, unterstützt Thierses Zweifel und hat

---

<sup>230</sup> Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (1998), a.a.O., S.4

<sup>231</sup> Wagner, Bernd: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39 Jg. 2000, S.37 f.

<sup>232</sup> Thierse, Wolfgang: Rede in der Debatte „Für Toleranz und Menschlichkeit – gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt in Deutschland“ im Deutschen Bundestag, 28.9.2000, S.5

eine klare alternative Vorstellung, wenn sie sagt: „Wir wollen keine Weiterführung der so genannten „akzeptierenden Jugendarbeit“. Wir wollen Räume schaffen und erhalten – für demokratisch denkende junge Leute“<sup>233</sup>.

Nach der letztjährigen Sommerdebatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit reagierte die Bundesregierung mit einem breit angelegten Maßnahmenpaket. Unter der Überschrift „Zivilgesellschaft und Demokratie in Ostdeutschland stärken“ wurden 75 Millionen DM für neue Projekte im Bundeshaushalt verankert. Die Grüne Bundestagsfraktion formuliert wortgleich mit Regierungsbeschlüssen die Richtung der neuen Projekte: „Dazu gehören Modellprojekte für Opferberatungsstellen, eine bessere Unterstützung und Beratung von mit Rechtsextremismus befassten Stellen durch mobile Beratungsteams (...), sowie eine Neuorientierung der Jugendarbeit und Stärkung demokratischer Jugendkulturen“<sup>234</sup>. Die Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Einzelnen:

- 5 Millionen DM für Modellprojekte zur Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt- und Straftaten;
- 5 Millionen DM für mobile Beratungsteams zur Beratung, Ausbildung und Unterstützung von Institutionen und Initiativen;
- 10 Millionen DM für die Entschädigung von Opfern rechter Gewalt, die von der Bundesanwaltschaft verwaltet werden;
- 25 Millionen DM jährlich bis zum Jahr 2006 für das Programm „Xenos“, wo zivilgesellschaftliche Aktivitäten mit erwerbsarbeitsorientierten Maßnahmen für Jugendliche in den neuen Ländern gekoppelt werden sollen;
- 30 Millionen DM für Maßnahmen gegen Gewalt- und Rechtsextremismus in der freien Kinder- und Jugendhilfe durch das Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“<sup>235</sup>.

Abgesehen vom "Xenos"-Programm liegen außer den dargestellten Haushaltspläne und Äußerungen noch keine genaueren Richtlinien vor, da die Programme erst im Herbst dieses Jahres beschlossen wurden und sich zum Teil noch in der Phase einer detaillierten Ausarbeitung und Ausschreibung befinden.

---

<sup>233</sup> Künast, Renate: Die Grünen und der Rechtsextremismus, in: Die Tageszeitung, 1.8.2001, S.3

<sup>234</sup> Bundestagsfraktion Bündnis90/Grüne, Beschluss vom 21.8.2000

<sup>235</sup> Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne, Pressemitteilungen vom 16.11.2000, 4.12.2000 und 5.12.2000



## 5.7. Die Kritik am zivilgesellschaftlichen Handlungskonzept

Die Kritik am Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ war leichter zu systematisieren, weil die Theorie, das Handlungskonzept und die Zielgruppe im Gegensatz zur zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie sehr eingegrenzt ist. Erschwerend für die Formulierung einer fundierten Kritik kommt hinzu, daß die zivilgesellschaftliche Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit relativ neu in der Diskussion und in der Umsetzung ist, die Projekte und Maßnahmen auf Bundesebene noch konzipiert werden und deswegen in der Sozialwissenschaft noch nicht reflektiert werden können. Da es sich darüber hinaus um eine sehr umfassende Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit handelt, die alle gesellschaftlichen Bereiche einer Kommune betrifft, müßte eine fundierte Kritik den theoretischen Überbau der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie erfassen, aber auch die Konzepte für die jeweiligen Teilbereiche in den Kommunen berücksichtigen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es somit lediglich möglich, eine fundierte theoretische Kritik zu skizzieren, aber nur eine skizzenhafte für die Umsetzung.

### 5.7.1. Die Kritik an der Theorie

In der Studie „Rechtsextreme Tendenzen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen“ des Zentrum Demokratische Kultur wird sich, wie bereits erläutert, an dem Modell der Zivil- oder Bürgergesellschaft von Ralf Dahrendorf orientiert. Für Dahrendorf basiert Freiheit als Grundprinzip jeder Demokratie auf drei Säulen: Erstens der politischen Demokratie (Exekutive, Legislative, Judikative), zweitens der freien Marktwirtschaft und drittens der Bürgergesellschaft, die sich autonom vom Staatsapparat organisiert.<sup>236</sup> Die Kritik an diesem Konzept der Definition von Zivilgesellschaft kommt hauptsächlich aus Gruppen und Organisationen der politischen Linken, die im antifaschistischen und antirassistischen Politikfeld aktiv sind und die Kritik in ihren Zeit- oder Flugschriften publizieren. Einer ihrer Hauptkritikpunkte ist die Ausblendung des institutionalisierten staatlichen Rassismus und damit eine bedenkliche Eingrenzung der „zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“: „Das Problem wird allein in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft verortet und soll dort angegangen werden“.<sup>237</sup>

Entgegen dieser Analyse gebe aber einen engen Zusammenhang zwischen einem institutionalisierten staatlichen Rassismus und der rechtsextremistischen und fremdenfeindli-

---

<sup>236</sup> Borstel, Dierk, Korgel, Lorenz, Sischka Kerstin, Wagner, Bernd (2000), a.a.O., S.216

chen Jugendbewegung, der von den Vertretern der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie ausgeblendet werde. Im „Antifaschistischen Info-Blatt“ wird rhetorisch gefragt, wer denn verantwortlich für die ausgrenzende und stigmatisierende Behandlung von Flüchtlingen sei; für die häufig menschenunwürdige Unterbringung von Flüchtlingen, die Lebensmittelgutscheine, mit denen Flüchtlinge einkaufen müssen, oder die Aufenthaltsbeschränkung für Asylbewerber auf eine Stadt oder einen Landkreis. Denn durch diese staatlichen Maßnahmen entstünden Bilder, „(...) in denen die einen mehr und die anderen für weniger wert befunden werden“<sup>238</sup>. Die Autoren verweisen weiter auf die Abschiebungen von Flüchtlingen und die Abschiebegefängnisse. Die Folge dieser restriktiven Migranten- und Flüchtlingspolitik: „Wenn Politiker dann auf das Gewaltmonopol des Staates und seine Gesetze verweisen, interessiert das die Rassisten nicht. Ihnen ist die feine Unterscheidung zwischen *demokratischer* Legitimation und *unanständiger* handfester Eigeninitiative egal“<sup>239</sup>.

Ein weiteres Problem aus der Sicht der Kritiker ist das der Unterscheidung in „nützliche“ und „nutzlose“, „erforderliche“ und „belastende Fremde“ in der aktuellen, von ökonomischen Interessen geleiteten Einwanderungsdebatte in Deutschland, „(...) weil das Bild, daß Andere hierher kommen, die eigentlich nicht hierher gehören, bestehen bleibt“<sup>240</sup>. Solange dies die politische Diskussion bestimme, werde sich bei den fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Einstellungen der Bevölkerung wenig zum Besseren ändern. Die Kritik endet mit der Feststellung der Autoren, daß die Zivilgesellschaft nicht der Handlungsgehilfe des Staates sei, sondern Zivilcourage selbstorganisiertes politisches Handeln bedeute.<sup>241</sup> Sie definieren die Zivilgesellschaft im Sinne Gramscis als gesellschaftliche Opposition.

Die Autoren des dargestellten Textes weisen berechtigt auf ein theoretisches Problem der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie hin. Die Staatsnähe der Definition von Zivilgesellschaft lässt eine Kritik an der staatlichen Migrations- und Asylpolitik kaum zu, so erfährt diese auch in den Texten von entsprechenden zivilgesellschaftlichen Handlungskonzepten nur selten Erwähnung. In der Studie für Hohenschönhausen vom ZDK wird z.B. vorgeschlagen, Flüchtlinge sinnvollerweise nicht mehr in Heimen, sondern in leerstehenden Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaften im Bezirk unterzubringen. Aber der Zusammenhang zwischen einem staatlichen „Rassismus“, verbreiteten fremden-

---

<sup>237</sup> Antifaschistisches-Info-Blatt: Rechte Gewalt als Standortproblem, Nr.51 Jg.2000, S.10

<sup>238</sup> ebd., S.11

<sup>239</sup> ebd., S.11

<sup>240</sup> ebd., S.11

<sup>241</sup> ebd., S.11

feindlichen Einstellungen in der Bevölkerung und der rechten subkulturellen Jugendbewegung erfährt nicht die notwendige Beachtung. Dies wäre erst möglich, wenn die Vertreter der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit sich der Definition der Zivilgesellschaft von Antonio Gramsci zuwenden würden. Ob sie mit einem solchen Konzept aber noch die heutige staatliche Anerkennung und Förderung ihrer Projekte erfahren würden, wage ich zu bezweifeln.

Unterhalb dieser theoretischen Kritik sind auf praktischer Ebene die Berührungspunkte mit den genannten Kritikern sehr groß, die kontinuierlichen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit „(...) werden zumindest was antirassistische/ antifaschistische Arbeit betrifft, bisher fast ausschließlich von der marginalisierten Linken und deren Veteranen mit Leben erfüllt“<sup>242</sup>. Auch überschneiden sich zum Teil das strategische Vorgehen und die Interessen von „Antifa-Gruppen“ und den Vertretern des zivilgesellschaftlichen Handlungskonzeptes: „Es zeigt sich, daß ausschließlich an den Orten, wo konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextreme auf der Straße mit alternativer Jugend- und Kulturarbeit, mit Bündnisarbeit in der Lokalpolitik, mit antirassistischer Arbeit, mit dem Aufbau und Erhalt von alternativen Treffpunkten verbunden wurde, das Entstehen von No-go-areas für Flüchtlinge, Migranten und nicht-rechte Jugendliche verhindert werden konnte.“<sup>243</sup>

Entsprechende Projekte sind in Brandenburg neben der Unterstützung jugendlicher „Antifa-Gruppen“ u.a. die „Aktion Noteingang“ oder der Verein „Opferperspektive“. Der Grund für die Kooperation ist wohl der, daß es zur Zeit (noch) wenige zivilgesellschaftliche demokratische Akteure in den Kommunen gibt, „(...) abgesehen von ein paar Zweckzusammenhängen von Industrie und Lokalpolitik zur Imagepflege am Standort sieht es mau aus mit Zivilgesellschaft“<sup>244</sup>.

### **5.7.2. Die Kritik an der Eingrenzung auf die neuen Bundesländer**

Ebenfalls auf der theoretischen Ebene argumentieren Linke aus der ehemaligen DDR und aus der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) gegen das dem zivilgesellschaftlichen Handlungskonzept zu Grunde liegende Erklärungsmodell für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie lehnen eine Zentrierung der Diskussion auf die Situation in den neuen Ländern ab und wehren sich dagegen, die Ursachen hauptsächlich in den Gesellschaftsstrukturen der ehemaligen DDR zu suchen. Sie beziehen sich in

---

<sup>242</sup> AG Antirassismus und Antifa Aktion Potsdam: Kein Anstand – Kein Aufstand! – Rechtsextremismus und Folgerungen für die Linke, Flugschrift, 11.12.2000, S.2

<sup>243</sup> Antifaschistisches-Info-Blatt: Editorial, Nr.2 Jg.2000, S.3

ihrer Kritik auf die dargestellte Studie von Bernd Wagner: „Aber – nehmen wir aus methodologischen Gründen für einen Moment an, alle Charakteristika würden stimmen. Träfen sie denn nicht weitgehend auch auf die alten Bundesländer zu? Autorität, Konformität, Anpassung. Finden wir das nicht massenhaft zum Beispiel in der Wirtschaft?“<sup>245</sup>

Ein weiterer Aspekt, der ihnen zu kurz kommt, sind die Folgen des Systemwechsels für die Menschen in den neuen Bundesländern. Dem Leser von Wagners Studie werde suggeriert, daß „(...) die Wirkungen der übertragenen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht der Rede wert seien, aber die Nachwirkungen der DDR fatal seien“<sup>246</sup>. Schlussendlich wird Wagner „Antikommunismus“ vorgeworfen. Es gebe seit neun Jahren keinen deutschen sozialistischen Versuch mehr und die heute ganz Jungen, „seien bewusst in dieser Bundesrepublik aufgewachsen“<sup>247</sup>. Daraus folgt für die Kritiker von Wagners historischem Erklärungsversuch: „Wer für die Chancen, die die Nazis bei einem nennenswerten Teil von ihnen haben, allein oder auch nur in erster Linie die DDR verantwortlich machen will, befördert Antikommunismus“<sup>248</sup>, und dieser habe bisher stets den Rechten genutzt.

Dieser Kritik an Wagners Erklärungsversuch widerspricht der PDS Strategie und Europaabgeordnete André Brie, der in einem Interview feststellt: „Die DDR war ein abgeschottetes Land. Schon dort gab es Neofaschismus, aber es durfte darüber nicht diskutiert werden. In der DDR lebten eine halbe Million sowjetische Soldaten und viele vietnamesische Vertragsarbeiter. Die wurden ghettoisiert und abgeschottet. Niemand musste kulturelle Widersprüche leben. Die DDR hat einen Antifaschismus postuliert, der nicht demokratisch erstritten wurde. (...) Die DDR war ein Law-and-order Staat, das ist für Neonazis bis heute ein Anknüpfungspunkt“<sup>249</sup>.

### **5.7.3. Die Kritik am Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“**

Das Brandenburger Handlungskonzept aus dem Jahre 1998 war wie beschrieben das erste zivilgesellschaftliche Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für ein ganzes Bundesland. An diesem Beispiel wird die Widersprüchlichkeit solcher Handlungskonzepte deutlich. Einerseits wird von antifaschistischen Gruppen

---

<sup>244</sup> ebd., S.2

<sup>245</sup> Brombacher, Ellen; Marohn, Heinz; Schwember, Gerald: Eine Studie über Rechtsextremismus – oder die Fortsetzung der Totalitarismuskonzepte mit anderen Mitteln, in: Mitteilungen der Kommunistische Plattform der PDS, Nr.10 Jg.1998, S.41

<sup>246</sup> ebd., S.39

<sup>247</sup> ebd., S.45

<sup>248</sup> ebd., S.45

<sup>249</sup> Brie, Andre: „Ohne uns gäbe es eine machtvolle rechte Partei“, in: Berliner Zeitung, 7.8.2000, S.6

zugestanden, „(...) daß es durchaus ein Fortschritt ist, wenn im Handlungskonzept ein Zusammenhang zwischen rechter Gewalt und Rassismus gesehen wird und nicht nur von einem Problem orientierungsloser Jugendlicher gesprochen wird“<sup>250</sup>. Dieses Handlungskonzept habe einige Kommunalpolitiker ermutigt, sich deutlich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu positionieren.

Bemängelt wird jedoch, „(...) daß völlig außen vor gelassen wird, wie staatliche Institutionen mit dem Rassismus der Zivilgesellschaft verstrickt sind. Die (...) propagierten Verfassungswerte „Demokratie“ und „Menschenrechte“ werden mit dem gegebenen Zustand des Staates gleichgesetzt und so aller kritischer Substanz beraubt“<sup>251</sup>. So werde das Konzept eine Werbeveranstaltung gegen „Demokratieverdrossenheit“ und für Staatsloyalität, dem sie sich so nicht anschließen wollen.

An anderer Stelle wird dem Handlungskonzept eine erfolglose Zukunft vorausgesagt. Der Grund dafür liegt in der Asyl- und Migrationspolitik des Bundeslandes: „Alle Bemühungen, durch Aktionsbündnisse und Konzepte dem rassistischen Klima in Brandenburg entgegenzusteuern, werden jedoch erfolglos bleiben, wenn die Landesregierung ihre politischen Entscheidungen mit der Ausländerpolitik konterkariert“<sup>252</sup>.

#### **5.7.4. Bewertung und Ausblick**

Eine Schwäche sehe ich beim zivilgesellschaftlichen Handlungskonzept gegen Rechts extremismus und Fremdenfeindlichkeit darin, daß für Teilbereiche wie die Jugendarbeit keine allgemeinen und konkreten pädagogischen Konzepte vorliegen. Die Studie für Hohenschönhausen ist hierfür ein gutes Beispiel. Sie verbleibt auf der Ebene von Empfehlungen, es werden „demokratische Standards“ in der Jugendarbeit gefordert, einen Jugendclub für rechtsorientierte Jugendliche aus einer Region des Bezirkes soll es geben und die Konzeptionen einiger Jugendclubs sollen überarbeitet werden. Ein ähnliches Vorgehen ist auch bei Bernd Wagner vorzufinden: „Sicher müssen die Jugendlichen, die nicht rechtsextrem gestimmt sind, in jeder Beziehung unterstützt werden. Sie müssen Möglichkeiten haben, sich kulturell und politisch zu artikulieren. Das kann methodisch unterschiedlich gestaltet werden (...).“<sup>253</sup> Anetta Kahane dokumentiert in einem Aufsatz eine aus ihrer Sicht nachahmenswerte Jugendarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen

---

<sup>250</sup> Grenzcamp: „Tolerandenburg“, Flugschrift, 21.7.2000

<sup>251</sup> ebd.

<sup>252</sup> Duhme, Kerstin; Kruschat, Axel, in: Stachlige Argumente, Wenn die SPD sich gegen Rechts versucht, Nr.114 Jg. 1998, S.23

in einem Jugendhaus der Kommune Milmersdorf. Aber auch in ihrem Text werden keine pädagogischen Konzepte formuliert, dies bleibt dem Leser überlassen. Folgende Elemente könnten aus ihrer Beschreibung des Milmersdorfer Projekts verallgemeinert formuliert werden:

- Es hängt viel von der Wertefestigkeit des Sozialarbeiters ab;
- die Kommune muß den demokratischen Ansatz unterstützen;
- das Projekt muß in die Kommune und in deren Institutionen eingebunden sein;
- rechte Musik und Kultur sollen im Jugendclub keinen Platz haben;
- es sollen erlebnis- und arbeitsorientierte Angebote gemacht werden.<sup>254</sup>

Auf der Ebene der konkreten Projekte sind die 91 Schülerclubs in Berlin und Brandenburg, Freizeiteinrichtungen in den Schulen die häufig auch nachmittags geöffnet haben, wichtig. Sie werden zum großen Teil von den jeweiligen RAAs betreut und unterstützt. Dreizehn von ihnen nehmen an einem Projekt teil, die Arbeit zu evaluieren und die Konzepte zu vereinheitlichen. Ziel ist es, diese Schülerclubs zu einem wichtigen Bestandteil der demokratischen Erziehung in- und außerhalb der Schule in Berlin und Brandenburg zu machen. In Brandenburg gibt es darüber hinaus einige von den RAAs betriebene interkulturelle Jugend- und Kulturzentren, u.a. in Angermünde.

Dennoch bleibt die Frage nach dem zivilgesellschaftlichen Handlungskonzept für die Jugendarbeit im Wesentlichen unbeantwortet. Wie soll eine pädagogische Konzeption von demokratischer Jugendarbeit im Jahre 2001 ausgestaltet werden, soll sie sich z.B. an die Konzepten der selbstverwalteten Jugendzentren der siebziger und achtziger Jahre der alten Bundesrepublik orientieren? Das gleiche gilt für die pädagogische Konzeption der schulischen und außerschulischen Jugendbildungsarbeit. Ebenso bleibt die Frage offen, ob neben der Unterstützung von nicht-rechten Jugendlichen auch noch mit rechtsorientierten Jugendlichen gearbeitet werden soll, und wenn ja, mit welchem Konzept. Hierzu gibt es unterschiedliche Aussagen. Bisher ist hierzu festzustellen, daß die rechten Jugendlichen über eine verstärkte außerschulische Jugendbildungsarbeit und Aufklärung in der Schule (mit) erreicht werden sollen. Zielgruppe dieser schulischen Bildungsarbeit sind hier aber nicht die organisierten rechtsorientierten Jugendlichen, sondern zuvorderst

---

<sup>253</sup> Wagner, Bernd: „Entwicklung der rechten Jugendkultur und die Bedeutung der akzeptierenden Jugendarbeit“ in: AK Zukunft der PDS im Bundestag (Hg.): Alles unsre Jungs! – Zwischen akzeptierender und antifaschistischer Jugendarbeit, Broschüre, 1999, S.94

rechtsorientierte und fremdenfeindliche „Mitläufer“ und wiederum nicht-rechte Jugendliche, die für ihre demokratischen und fremdenfreundlichen Haltungen Argumentationshilfen erhalten.

Trotz der dargestellten theoretischen Kritik aus der politischen Linken haben sich das „zivilgesellschaftliche Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ und damit zusammenhängende Erklärungsansätze für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit *auch* bei Jugendlichen vorerst im öffentlichen und sozialwissenschaftlichen Diskurs durchgesetzt. Zumindest überall dort, wo es SPD-Alleinregierungen oder rot-grüne Koalitionen gibt, wird diese Handlungsstrategie auch praktisch umgesetzt. Die Frage, die sich zukünftig stellt, ist, ob dieser Paradigmenwechsel - manifestiert durch das Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ und Länderprogrammen wie „Tolerantes Brandenburg“ - sich auch auf den Diskurs und die Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den Kommunen und in den CDU-regierten Bundesländern auswirken wird. Konkret würde das für die dortige Jugendarbeit bedeuten, daß auch hier Abschied von der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ genommen wird und zukünftig demokratische Jugendarbeit und demokratische Jugendszenen unterstützt werden. Erst dann hätte sich die „zivilgesellschaftliche Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ in der Praxis dauerhaft durchgesetzt.

## **6. Abschließender Vergleich und Ergebnis**

Ich hoffe zunächst, daß es mir mit der angewandten historischen und vergleichenden Methode gelungen ist, den Zusammenhang von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, dominierenden sozialwissenschaftlichen Erklärungen und der jeweilig dominierenden Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen nachzuweisen.

Eine der Fragen, die ich zu Beginn der Arbeit gestellt habe, war die, ob in den dargestellten Situationsanalysen und Erklärungen wichtige Punkte ausgeblendet werden, deren

---

<sup>254</sup> Kahane, Anetta: Kippende Kommunen – was kann Praxis leisten?, in Kalb, Peter E.; Sitte, Karin; Petry, Christian (Hg.): „Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?“, Weinheim und Basel, 1999, S.17 - 46

Berücksichtigung aber für eine relevante Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bei Jugendlichen notwendig wäre. Ein Ergebnis ist, daß weder in der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ in den neunziger Jahren noch in der heutigen „zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie“ ein ausreichender Zusammenhang zwischen der staatlichen Flüchtlings- und Migrationspolitik und Signalen aus der Politik und den fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Einstellungen von Jugendlichen hergestellt wird. Ich sehe aber einen engen Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren und den Einstellungen in der Gesamtbevölkerung, die wiederum das Klima gegenüber Migranten und Flüchtlingen in den Kommunen bestimmen und damit auch die politische Sozialisation der Jugendlichen stark beeinflussen. Hier darf nicht weiter, wie bisher in dem zivilgesellschaftlichen Konzept, die Frage des staatlichen Umgangs mit Flüchtlingen und Migranten weitgehend ausgeklammert werden.

Signale aus der Politik, wie beispielsweise die Unterschriftenkampagne der CDU 1999 gegen die Reform der Staatsbürgerschaft oder die Kampagne des CDU-Politikers Rüttgers, der gegen die „Green-Card“ für Computerspezialisten in seinem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen mit dem Satz „Kinder statt Inder“ polemisierte, verstärken das fremdenfeindliche Klima. Nachgewiesen ist dies anhand von Forschungsarbeiten, die die Asyldebatte am Anfang der neunziger Jahre analysierten<sup>255</sup>. Durch die Verwendung stigmatisierender Begriffe wie „Asylantenschwemme“ oder mit der genannten Wahlkampagne „Kinder statt Inder“, „(...) liefere auch die politische Mitte ‚Steil-Vorlagen‘ für gewaltbereite Rassisten, die sich dadurch als ‚Vollstrecker eines breiten Volkswillens‘ empfinden“<sup>256</sup>, bestätigt Christoph Butterwege in einer aktuellen Studie. Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, appellierte am 9. November 2000 in einer Rede: „Meine Damen und Herren Politiker: Überlegen Sie was Sie sagen, und hören Sie auf, verbal zu zündeln“<sup>257</sup>.

Die Signale an die Bevölkerung, die von der Flüchtlings- und Migrantenpolitik des Berliner Innensenators Werthebach und des Brandenburger Innenministers Schönbohm ausgehen, tragen ebenso nicht zur Förderung eines fremdenfreundlichen Klimas in den Berliner und Brandenburger Kommunen bei. Die ablehnende und ausgrenzende Behandlung von Flüchtlingen in beiden Bundesländern fördert die fremdenfeindliche Stimmung

---

<sup>255</sup> Willems, Helmut: Fremdenfeindliche Gewalt - Einstellung, Täter, Konflikteskalation, Opladen, 1993, S.243

<sup>256</sup> DPA: Studie: Bürgerliche Mitte Stichwortgeber für Rechtsextremisten, 29.1.2001 (Agenturmeldung)



und verhindert einen durchschlagenderen Erfolg des Handlungskonzeptes „Tolerantes Brandenburg“. Eine zivilgesellschaftliche Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, die dies weitgehend ausblendet, agiert durch die demokratisierenden Maßnahmen zwar gegen den Autoritarismus - aber erfasst die Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen und Erwachsenen nur ungenügend.

Ein wirksames zivilgesellschaftliches Handlungskonzept müßte die „Signale aus der Politik“ und den „staatlichen Rassismus“ offensiv aufgreifen und kritisieren, um erfolgreich gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu wirken, mit dem Ziel so auf die politische Sozialisation von Jugendlichen und Erwachsenen Einfluß zu nehmen. Ansätze hierfür sind in den Konzepten der siebziger und achtziger Jahre zu finden, wo Akteure der Jugend- und Bildungsarbeit sich als „kritisch“ und „oppositionell“ zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik der staatlichen Institutionen definierten und auch die Fremdenfeindlichkeit in der sog. „Mitte“ der Gesellschaft in ihrer Bildungsarbeit thematisierten.

Ein zukünftiges Spannungsfeld in der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie zeichnet sich in dem Verhältnis vom Staat zur Zivilgesellschaft ab: „Etwas ist neu im Vergleich zu den Jahren um Rostock-Lichtenhagen und Solingen. Damals organisierte sich der Antirassismus von unten. Heute wird er von der rot-grünen Regierung von oben verordnet. Das wäre etwas Neues, und lässt Schlimmes befürchten, weil so an das autoritäre Denken vieler Deutscher angeknüpft wird“<sup>258</sup>. Ein grundsätzliches Problem taucht dann auf, wenn sich der Staat einerseits als Akteur für die Förderung der Zivilgesellschaft einsetzt und gleichzeitig der Adressat für kritische politische Forderungen aus der Zivilgesellschaft sein muß.

In der Einleitung der Arbeit formulierte ich weiterhin die Frage, welche Schlussfolgerungen sich aus der historischen und vergleichenden Perspektive für eine heutige Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen ziehen lassen. Meiner Ansicht nach ist zuerst folgendes Problem deutlich geworden: eine enge und komplexe Wechselbeziehung zwischen Medien, Politik, Projektträgern und der Sozialwissenschaft, aus der heraus sich schließlich eine Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit weithin durchsetzt. Hierzu habe ich aber in meiner Recherche keine Forschungsarbeiten gefunden, so daß ich hier ein offenes zu-

---

<sup>257</sup> Spiegel, Paul: Rede vor dem Brandenburger Tor anläßlich der Großdemonstration „Für Menschlichkeit und Toleranz“, 9.11.2000

künftiges Forschungsfeld sehe. Im Folgenden fasse ich die Bedeutung dieser vier Akteure noch einmal zusammen.

Die Medien stellen nach öffentlichkeitswirksamen rechtsextremistischen und/oder fremdenfeindlichen Gewalttaten das Scheitern einer Handlungsstrategie fest, weil das Ziel, rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen und Handlungen einzuschränken, offensichtlich nicht erreicht worden ist.<sup>259</sup> So geschah es mit dem Konzept der „antifaschistischen Jugendarbeit“ in den achtziger Jahren und mit der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ am Ende der neunziger Jahre. Sie üben damit in solchen Situationen Druck auf die Regierungen aus, die Handlungsstrategie zu ändern und die Bemühungen zu verstärken.

Die Bundesregierung, die Länderregierungen und die Kommunen stellen die finanziellen Mittel zur Verfügung und bestimmen dadurch wesentlich, welche Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen praktiziert wird. In den siebziger und achtziger Jahren über die Zuwendungen an die Jugendverbände, in den neunziger Jahren durch das AgAg-Programm, und heute wird der beschriebene Paradigmenwechsel in der Handlungsstrategie u.a. mit dem Bundesprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ praktisch durchgesetzt. Die Situation ist zur Zeit die, daß auf der Bundesebene der Paradigmenwechsel zu einer zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie vollzogen worden ist. Auf der Länderebene ist die Situation noch indifferent. Während in Bundesländern wie Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nord-Rhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt diese Strategie bereits verfolgt wird, wird im Saarland ein Programm aufgelegt, das sich allgemein gegen „Extremismus“ bei Jugendlichen wendet. In den Kommunen läßt sich ein langsames Umdenken anhand der häufigen Kontaktierung mobiler Beratungsteams und des Zentrums Demokratische Kultur feststellen. Jedoch wird vielerorts noch an der „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ festgehalten.

Die Träger der Jugendarbeit orientieren sich neben eigenen pädagogischen Vorstellungen auch an den Vorgaben aus der Politik und bewerben sich bei den zuständigen Ministerien um ausgeschriebene finanzielle Mittel für die Durchführung ihrer Projekte. So ist

---

<sup>258</sup> Seidel, Eberhard: Antirassismus von oben, in: Die Tageszeitung, 5./6.8.2000; S.1

es durchaus denkbar, daß freie Träger, um sich am Leben zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern, von den Projekten einer „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ jetzt Abschied nehmen werden, um die Arbeit mit neuen Projekten und Konzepten der Förderung von demokratischen Jugendlichen aufzunehmen. Was im konkreten Fall zuerst vorhanden war, eine pädagogische Analyse des Scheiterns des akzeptierenden Ansatzes und der Wunsch nach einer neuen Praxis gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen - oder die Angst vor dem Entzug der ökonomischen Grundlage, bleibt unklar. Damit verbunden ist mein Zweifel an einer überzeugten und fachlich qualifizierten Umsetzung des zivilgesellschaftlichen Handlungskonzeptes in den Kommunen, insbesondere bei bestehenden Trägern, die bisher das Konzept einer „akzeptierenden Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ verfolgt haben.

Die Sozialwissenschaft dient als der Theorie- und Stichwortgeber für die Politik, die Medien und die praktische Pädagogik. Welcher Erklärungsversuch und welche Handlungsstrategie sich aber letztendlich durchsetzt, darauf hat die Sozialwissenschaft nur einen begrenzten Einfluss, obwohl es auch ein Ergebnis ihres Diskurses ist, welche Theorien im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen. Daß für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neunziger Jahren z.B. nicht der Erklärungstheorie von Birgit Rommelspacher gefolgt und darauf aufbauend eine Handlungsstrategie konzipiert und durchgesetzt wurde, hat Gründe, die außerhalb des sozialwissenschaftlichen Diskurses liegen. Obwohl Rommelspachers Thesen und die aus der Autoritarismusforschung theoretisch und empirisch fundierter sind, als die im damals dominierenden Erklärungsansatz von Wilhelm Heitmeyer vertretenen, konnten sich ihre Analysen für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen weder sozialwissenschaftlich noch in anderen gesellschaftlichen Bereichen durchsetzen. Die Gründe dafür liegen u.a.:

- in der damaligen ablehnenden Ideologie und Haltung der Bundesregierung;
- in dem entgegenstehenden verbreiteten Wunsch nach einer Entpolitisierung der Jugendarbeit und der gesamten Pädagogik bei vielen Praktikern und Trägern;

---

<sup>259</sup> Ein herausragendes Beispiel hierfür liefert der „Der Spiegel“ mit seiner Titelgeschichte „National befreite Zonen“ (Nr.13 Jg. 1998)

- in der euphorischen Reaktion der Medien ab Mitte der achtziger Jahre auf Ulrich Becks Buch „Risikogesellschaft“ und auf Heitmeyers darauf aufbauende Thesen für Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen.

Eine zentrale Schlussfolgerung für die Umsetzung der zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategie auf der Ebene der Träger ist die, daß *neue* Projekte und *neue* Träger aus der „Zivilgesellschaft“ entstehen und gefördert werden. Diese könnten u.a. „demokratische interkulturelle Zentren“ und „selbstverwaltete demokratische Jugendzentren“ ausgestalten und selbstständig betreiben. Allerdings ist für die Ebene der pädagogischen Konzepte dieser Projekte darauf zu achten, daß sie sich nicht auf den jugendkulturellen Aspekt verengen. Der Rechtsextremismus ist heute so stark geworden, daß er fast alle Jugendkulturen beeinflusst, so gibt es rechte „Gruffies“, rechte „Sprayer“ und auch rechte „Skater“. Der kognitive Ansatz müßte in den Projekten wieder aufgegriffen und daran gearbeitet werden, eine Pädagogik gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu aktualisieren, die sich politisch eindeutig gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Einstellungen positioniert. Hierzu gehören die Modernisierung einer aufklärenden schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit, die sich explizit mit den aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit auseinandersetzt, wie auch eine Modernisierung der Gedenkstättenpädagogik und der lokalen geschichtlichen Spurensuche.

Die „antifaschistische Pädagogik“ in den siebziger und achtziger Jahren verstand sich als politisch, hatte einen kritischen und emanzipatorischen Ansatz. Die „akzeptierende Jugendarbeit mit Jugendlichen in rechten Jugendcliquen“ entpolitisierte die Jugendarbeit wieder und konzentrierte sich auf den Aspekt der Gewalttätigkeit der Jugendlichen. Die zivilgesellschaftliche Handlungsstrategie politisiert die Jugendarbeit, will aber integrativ wirken. Wer aber heute „alternative“ und „demokratische“ Jugendkulturen fördern, sowie einer fremdenfreundlichen und demokratischen Kultur zur Durchsetzung verhelfen will, muß sich zuerst auf die wenigen Jugendlichen und Erwachsenen konzentrieren, die diesen Prozess einleiten können. Dazu gehört allerdings die Offenheit seitens der Regierungen und Projektträger, auch solche Akteure zu fördern, die sich zu Maßnahmen des Staates in der Sozial-, Migrations- und Flüchtlingspolitik kritisch verhalten. Ein ehrliches Bekenntnis zur Zivilgesellschaft muß auch echten Pluralismus beinhalten. Eine unflexible Auffassung des Begriffs Zivilgesellschaft, die die Auseinandersetzung mit kritischen Bürgern scheut und lediglich stabilisierende Effekte wünscht (wie es z.B. die Definition der Zivilgesellschaft von Dahrendorf nahe legt), würde wesentliche Akteure für einen solchen

gewünschten und geforderten Prozess ausschließen und die Erfolgsmöglichkeiten von Anfang an stark einschränken.

## 7. Literaturverzeichnis

- AG Antirassismus und Antifa Aktion Potsdam: Kein Anstand – Kein Aufstand! – Rechtsextremismus und Folgerungen für die Linke, Flugschrift, 11.12.2000
- Ahlheim, Klaus: Wider den sozialpädagogischen Gestus – Rechtsextremismus als Herausforderung an die Pädagogik, in: Jansen, Mechthild M.; Prokop, Ulrike: Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit, Basel und Frankfurt a. Main, 1993
- Aktion Noteingang: Zivilcourage gegen Rassismus – Ein Jahr Aktion Noteingang - Erfahrungen eines antirassistischen Jugendbündnisses, Broschüre, Potsdam, 1999
- Akzeptierende Gewaltarbeit – Zum Umgang mit neonazistischer Jugendkultur im Bereich der Sozialarbeit und Jugendpolitik, in: Antifaschistisches-Info-Blatt, Nr. 44 Jg. 1998
- Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Cottbus - Opferperspektive e.V.: Rechtsextremismus im Land Brandenburg, Pressemitteilung vom 29.7.2000
- Anstieg rechtsextremistischer Gewalt, in: Der Tagesspiegel, 17.1.2001
- Antifa AG der Alternativen Liste, Rechtsextremismus an Berliner Schulen, Broschüre, 1989
- Beck, Ulrich: Risikogesellschaft – Auf den Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. Main, 1986
- Behrends, Jan C.; Kuck, Dennis; Poutrus, Patrice G. : Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den Neuen Bundesländern, Thesenpapier, Zentrum für zeithistorische Forschung (Hg.), Potsdam, 2000
- Benz, Wolfgang; Erb, Rainer; Widmann, Peter: Gewalt ohne Ausweg? – Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg, Berlin, 1999
- Borstel, Dierk; Korgel, Lorenz; Sischka Kerstin; Wagner, Bernd: Rechtsextreme Tendenzen und Erfordernisse demokratischen Handelns in Berlin-Hohenschönhausen, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Berlin, 2000
- Brie, Andre, in: Berliner Zeitung: „Ohne uns gäbe es eine machtvolle rechte Partei“, 7.8.2000, S.5
- Bringt, Friedemann: Rechtsextreme Jugendkulturen als Herausforderung sozialpädagogischer Bildungskonzepte, Diplomarbeit an der Ev. Fachhochschule für soziale Arbeit, Dresden, 2000
- Brombacher, Ellen; Marohn, Heinz; Schwember, Gerald: Eine Studie über Rechtsextremismus – oder die Fortsetzung der Totalitarismuskonzepte mit anderen Mitteln, in: Mitteilungen der Kommunistische Plattform der PDS, Nr.10 Jg. 1998
- Bruderus, Andreas: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten – Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik, Bonn, 1998
- Bundesministerium des Innern: Bestandsaufnahme, Präventionsstrategien und Modellprojekte gegen rechtsextremistische Gewalt, Berlin, 2000
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: „Xenos“ – Leben und Arbeiten in Vielfalt, Berlin, 2000
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Programm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, Berlin, 2000
- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Grüne, Pressemitteilungen vom 16.11.2000, 4.12.2000 und 5.12.2000
- Bohn, Irina: Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt: in Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsextremistische Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993

- Dies.: Jugend – Gewalt – jugendpolitischer Umgang – Eine Bilanz des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 31 Jg. 1998
- Dies.: Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt, in: Deutsches Jugendinstitut (DJI): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe – Dokumentation zum Hearing des DJI am 13. Januar 2000 in Berlin, Leipzig, 2000
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, Darmstadt, 1996
- DPA: Studie: Bürgerliche Mitte Stichwortgeber für Rechtsextremisten, 29.1.2001 (Agenturmeldung)
- Drieschner, Frank: Glatzenpflege auf Staatskosten, in: Die Zeit, 13.8.1993
- Düsseldorf: War es ein antisemitischer Anschlag?, in: Die Welt, 29.7.00
- Duhme, Kerstin, Kruschat, Axel: Wenn die SPD sich gegen Rechts versucht, in: Stachlige Argumente, Nr.114 Jg. 1998
- Erb, Rainer: Rechtsextreme Jugendszene in Brandenburg in: www.brandenburg.de, 20.11.2000
- Grenzcamp: Tolerandenburg, Flugschrift, 21.7.2000
- Hafeneger, Benno: Pädagogik gegen Rechts – Zur Geschichte der pädagogischen Reaktionsmuster gegen den Rechtsextremismus, in: Paul, Gerhard (Hg.): Hitlers Schatten verblasst – Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn, 1989
- Ders.: Männliche Jugendliche und Gewalt, in: Sozialmagazin, Nr.1 Jg. 1992
- Heim, Gunda; Krafeld, Franz Josef: Lieber ein Skinhead als sonst nichts? – Grundsätze einer akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen, in: Neue Praxis, 21 Jg. 1991
- Heitmeyer, Wilhelm; u.a.: Die Bielefelder Rechtsextremismusstudie: erste Langzeituntersuchung zur politischen Situation männlicher Jugendlicher, Weinheim – München, 1992
- Ders.: Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse als Ursachen von fremdenfeindlicher Gewalt und politischer Paralysierung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Argumente gegen den Haß, Band II, Bonn, 1993
- Ders.: Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (BMI): Bestandsaufnahme, Präventionsstrategien und Modellprojekte gegen rechtsextremistische Jugendgewalt, Berlin, 2000
- Hoffmann, Lutz; Even, Herbert: Soziologie der Ausländerfeindlichkeit, Weinheim und Basel, 1984
- Hopf, Christel: Autoritäres Verhalten, in: Merten; Roland; Otto, Hans-Uwe: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993
- Hopf, Wulf: Rechtsextremismus von Jugendlichen: Kein Deprivationsproblem?, in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, Nr.3 Jg. 1994
- Holthusen, Bernd (Hg.): Rechtsextremismus in Berlin: aktuelle Erscheinungsformen, Ursachen, Gegenmaßnahmen, Marburg, 1994
- Huhn, Anne; Meyer, Alwin: Einst kommt der Tag der Rache – Die rechtsextreme Herausforderung 1945 bis heute, Freiburg, 1986
- Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) an der Universität Potsdam: Ausgewählte Ergebnisse Jugend in Brandenburg, Potsdam, 2000
- Jaschke, Hans-Gerd: Für eine aktivierte Bürgergesellschaft – Thesen zur Diskussion, Mainz, 2000

- Junge Nationaldemokraten: Kulturelles Manifest der Jungen Nationaldemokraten, in  
www.thulenet.com, 22.12.2000
- Kahane, Anetta: Gedanken zum Gedenken, in: Die Rechten in Berlin oder wie sich Ost und West ergänzen, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Berlin, 1998
- Dies.: Kippende Kommunen – was kann Praxis leisten?, in: Kalb, Peter E.; Sitte, Karin; Petry, Christian: Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?, Weinheim und Basel, 1999
- Kemper, Markus; Klier, Harald; Funke, Hajo (Hg.): Ich will mich nicht daran gewöhnen – Fremdenfeindlichkeit in Oranienburg, Berlin, 1998
- Kirschnick, Sylke; Wagner, Bernd: Zivile Gesellschaft – Ein Konzept, in: Bulletin: Handeln für mehr Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus – Möglichkeiten der Intervention, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.4 Jg. 1998
- Dies.: Keine Akzeptanz von Intoleranz – Grenzen der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen, in: Bulletin, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.1 Jg. 1999
- Korgel, Lorenz: Akzeptierende Sozialarbeit und Erwachsenenbildung in Bulletin: Keine Akzeptanz von Intoleranz – Grenzen der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.1 Jg. 1999
- Krafeld, Franz Josef: Cliquenorientierte Jugendarbeit – Grundlagen und Handlungsansätze, Weinheim und München, 1992
- Ders.: Eskalation der Gewalt gegen Ausländer – und was tun?, in: Deutsche Jugend, Nr. 11 Jg. 1992
- Ders.: Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen, in: Merten, Roland; Otto, Hans-Uwe: Rechtsextremistische Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993
- Ders.: Jugendarbeit in rechten Szenen, Landeszentrale für politische Bildung der Freien Hansestadt Bremen (Hg.), Bremen, 1993
- Ders.: Ist die akzeptierende Jugendarbeit gescheitert?, in: Bulletin: Keine Akzeptanz von Intoleranz – Grenzen der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen, Zentrum Demokratische Kultur (Hg.), Nr.1 Jg. 1999
- Kraußlach, Jörg; u.a.: Aggressive Jugendliche – Jugendarbeit zwischen Kneipe und Knast, 1978, München
- Künast, Renate: Die Grünen und der Rechtsextremismus, in: Die Tageszeitung, 1.8.2001
- Landesamt für Verfassungsschutz Berlin, Verfassungsschutzbericht Berlin 1998, April 1999
- Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg, Verfassungsschutzbericht Brandenburg 1998, April 1999
- Landeskommission Berlin gegen Gewalt: Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, Berlin, 1999
- Leif, Thomas: Neonazis als Sozialarbeiter, in: Erziehung und Wissenschaft, GEW-Berlin (Hg.), Nr.10 Jg. 1992
- Ders.: Rechte Helfer zur unpolitischen Frustbearbeitung, in: Der Tagesspiegel, 29.9.92
- Lohmann, Georg: Theoretische Grundlagen der Zivilgesellschaft und einige Auswirkungen, Vortrag auf der Tagung Die Zivilgesellschaft - Modell für Brandenburg?; 1.4.1999
- Madloch, Norbert: Rechtsextremismus in Ostberlin und in den Ländern der einstigen DDR, in: Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost – Fakten und Gegenstrategien, Magistratsverwaltung für Jugend, Familie und Sport (Hg.), Berlin, 1990



- Ders. : Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der DDR und in Ostdeutschland von den siebziger Jahren bis Ende 1990, in: Harnischmacher, Robert (Hg.): Angriff von Rechts – Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins, Rostock, 1993
- Ders. : Ursachen und Perspektiven des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, in: Kein Sommerloch – Diskussionen, Strategien, Differenzen, PDS-Landesvorstand-Berlin (Hg.), Berlin, 2000
- Mecklenburg, Jens: Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin, 1996
- Ders.: Was tun gegen rechts, Berlin, 1999
- Merkel, Angela: Jugend im Kontext von Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993
- Merkel; Lauth: Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B6-7, 30.1.1998
- Merkens, Hans; Steiner, Irmgard; Wenzke, Gerhard: Lebensstile Berliner Jugendlicher 1997, Senatsverwaltung für Schule Jugend und Sport (Hg.), Berlin, 1998
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Handlungskonzept der Landesregierung gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Tolerantes Brandenburg, Potsdam, 12.6.1998
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung des Handlungskonzepts Tolerantes Brandenburg, Potsdam, 1999
- Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Pressemitteilung „Tolerantes Brandenburg“, Potsdam, 14.12.1998
- Münz, Rainer; Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland-Strukturen, Wirkungen, Perspektiven, Frankfurt Main/ New York, 1997
- „National befreite Zonen“, in: Der Spiegel, Nr.13 Jg. 1998
- Neubacher, Frank: Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland: vor und nach der Wende, Bonn, Forum-Verlag, 1994
- Norddeutsche Antifagruppen: Rosen auf den Weg gestreut - Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen, Hamburg, o.J.
- Oesterreich, Detlef: Leben die hässlichen Deutschen im Osten?, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, 1993
- Otto, Hans-Uwe; Merten; Roland: Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993
- Pfahl-Taughber, Armin: Rechtsextremismus: eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn, 1993
- Rechte Gewalt als Standortproblem, in: Antifaschistisches-Info-Blatt, Nr. 51 Jg. 2000
- Rechtsextremismus in Brandenburg: Interview mit Bernd Wagner, in: Die Tageszeitung, 22.3.1997, S.5
- Rommelspacher, Birgit: Rechtsextremismus und Dominanzkultur, in: Foitzik, Andreas; Leiprecht, Rudi; Marvakis, Athanasios; Seid , Uwe (Hg.): Ein Herrenvolk von Untertanen – Rassismus – Nationalismus – Sexismus, Duisburg, 1992
- Dies.: Männliche Gewalt und gesellschaftliche Dominanz, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsextreme Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993
- Schafft befreite Zonen, ohne Autor, in: www.Thulenet.com, 22.12.2000

- Scherr, Albert: Akzeptierende Jugendarbeit – Arbeitsprinzipien, Erfahrungen und Erfolgsbedingungen, in: Deutsches Jugendinstitut (DJI): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Aufgaben und Grenzen der Kinder- und Jugendhilfe – Dokumentation zum Hearing des DJI am 13. Januar 2000 in Berlin, Leipzig, 2000
- Schmitz, Michael: Gewaltbereite Jugendliche und Handlungskonzepte der Sozialarbeit, Godern, Selbstverlag, 2000
- Schubarth, Wilfried: Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 39 Jg. 2000
- Schultze, Günther: Ausländerfeindlichkeit – woher sie kommt und was man dagegen tun kann, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr.7 Jg. 1989
- Seidel, Eberhard: Antirassismus von oben, in: Die Tageszeitung, 5./6.8.2000
- Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie: Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus, Berlin, 1990
- Simon, Titus: Nazis sind keine Rocker, in: Jungle World, Nr. 15 Jg. 1998, S.14
- Spannbauer, Andreas: Wertkonservative oder Neonazis?–Streit um Club, in: Die Tageszeitung, 5.2.1998
- Ders.: „Antifaschismus ist für uns nicht alles“, in: Jungle World, Nr.46 Jg. 1998
- Spiegel, Paul: Rede vor dem Brandenburger Tor anlässlich der Großdemonstration „Für Menschlichkeit und Toleranz“, 9.11.2000
- Stöss, Richard: Die Extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 1989
- Ders.: Wieviel Rechtsextremismus darf es sein, in : Ideen für antifaschistische und antirassistische Arbeit, Nr.4 Jg. 1991
- Ders.: Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, Manuskript des Vortrages vor dem Brandenburger Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, 4.2.1999 in Potsdam
- Ders.: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), Berlin, 2000
- Stöss, Richard; Niedermayer, Oskar: Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, Ausgewählte Befragungsergebnisse für die Pressekonferenz am 11.8.2000
- Sturzbecher, Dietrich: Jugendliche in Brandenburg – Signale einer unverständenen Generation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 2-3 Jg. 1993
- Ders.: Jugend und Gewalt in Ostdeutschland, Göttingen, 1996
- Ders: Jugend in Brandenburg, in: Jugend und Kriminalität in Brandenburg, Ministerium des Innern Brandenburg (Hg.), Potsdam, 2000
- Summers, Magret R.: Das Konzept der Zivilgesellschaft und das Problem der dritten Sphäre, in: Berliner Journal für Soziologie, Band 8 Jg. 1998
- Thierse, Wolfgang: Rede in der Debatte Für Toleranz und Menschlichkeit – gegen Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt in Deutschland vor dem Deutschen Bundestag, 28.9.2000
- Trüper, Ursula: Von der Mohrenstraße bis Hoyerswerda, in: Die Tageszeitung, 6.5.2000
- Tschad, Ute: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und sozial-pädagogische Defizite, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr.26 Jg. 1999

- Über die Probleme mit Nazis in Brandenburg, speziell in der Industriestadt Eberswalde, in: Antifaschistische Nachrichten, Nr.5 Jg. 1998
- Wagner Bernd: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Bundesländern – Studie, Zentrum Demokratische Kultur, Berlin, 1998
- Ders.: Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 39 Jg. 2000
- Ders.: Entwicklung der rechten Jugendkultur und die Bedeutung der akzeptierenden Jugendarbeit, in: PDS-Landesvorstand-Berlin (Hg.): Kein Sommerloch, Broschüre, Berlin, 2000
- Ders.: Entwicklung der rechten Jugendkultur und die Bedeutung der akzeptierenden Jugendarbeit, in: AK Zukunft der PDS im Bundestag (Hg.): Alles unsre Jungs! – Zwischen akzeptierender und antifaschistischer Jugendarbeit, Broschüre, 1999
- Willems, Helmut: Fremdenfeindliche Gewalt – Einstellungen, Täter, Konflikteskalationen, Opladen, 1993
- Ders.: Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsextremistische Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993
- Willems, Helmut; Würtz, Stefanie; Eckert, Roland: Fremdenfeindliche Gewalt: Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen – Auszug, in: Otto, Hans-Uwe; Merten, Roland: Rechtsextremistische Gewalt im vereinigten Deutschland, Bonn, 1993
- Winter, Yvonne: Nazis akzeptiert, in: Jungle World, Nr. 24 Jg.1998
- Ziel, Alwin: Rechtsextremismus in Brandenburg, Rede des Innenministers auf dem SPD-Kongress Rechtsextremismus in Brandenburg, Potsdam, 13.2.1999

Hiermit erkläre ich, daß ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)